

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monat 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Annoncen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Sonnabend, den 10. März 1900. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die feindlichen Freunde.

Der Reichstag feierte am Freitag die zweite Beratung des Fleischbeschau-Gesetzes fort. Die Beratung gewann neues Leben und hohe politische Bedeutung durch das endliche Eingreifen der Regierung in die Debatte.

Das Haus war noch stärker besetzt als Tags zuvor. In dichten Scharen hatten die Agrarier sich kampflustig zusammengefunden und versuchten die gegnerischen Redner niederzulegen, als wären sie im Dreiklassen-Landtag, wo Agrarisch höchster Trumpf ist. Die Rede des pommerischen Abgeordneten Steinhauer z. B., der als „freisinniger Bauer“ und Führer des „Nord-Ost“ den Landwirtschaftsbündlern besonders verhaft ist, ging im jückerlichen Geheul fast völlig verloren.

Mit geschickter Rede eröffnete der freisinnige Dr. Pachnide die Debatte. Er verstand es, die Liebesgaben- und Schacherpolitik der „Edelsten“ scharf zu brandmarken. Nebenbei freilich konnte es sich Herr Pachnide nicht verfangen, in seiner Rede gegen die Fleischvertenerungs-Politik echt wadenstrümpferische Empfehlungen der Flottenvorlage einzuflechten.

Die Ausführungen des Grafen Kanig, der nach Herrn Pachnide zum Worte kam, gipfelte in einem Lobesbannus auf — Frankreich, dem, weil es schutzzöllnerisch ist, der östpreussische Magnat selbst die republikanische Staatsform verleiht. Die Unruhe, die während der doktrinarischen Vorlesung des gräflichen Schutzzöllners geherrscht hatte, wich gespannter Aufmerksamkeit, als — endlich! — Staatssekretär von Posadowsky den von allen Seiten des Hauses gestellten Fragen Antwort zu geben und das Dunkel ein wenig zu lichten sich anschickte, in dem die Regierung bisher ihre Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen verborgen gehalten hatte.

Graf Posadowsky's Rede war das natürliche Ergoßnis der verworrenen Lage, in der die Regierung steckt. Sie floß über von Freundschaften für die Agrarier in demselben Augenblick, da agrarischer Nebermut der Regierung eine Forderung aufzuzwingen gedankt, die für sie absolut unannehmbar ist, die selbst Graf Posadowsky, den die Agrarier stets und noch vor kurzem als befondern Freund der Landwirtschaft in der Regierung gefeiert haben, zurückweisen muß. Graf Posadowsky versuchte mit heiligem Vernünftigen, wie er zwischen seiner agrarischen Freundschaft und der Unmöglichkeit, den Vertrag der Gleichadaptionierung zu erfüllen, hindurchzukommen. Es gelang ihm nicht. Mit edler Unparteilichkeit verteilte der Reichsgraf des Innern seine Verbeugungen unter die Gegner und die Anhänger der Kommissionsbeschlüsse. Auf jeden Einwand gegen das Nachwerk der Kommission folgte ein Symphonie auf die konservative, staatsverhaltende Rolle, die in dieser bösen Zeiten umstürzenden Radikalismus die Landwirtschaft zu spielen berufen ist, auf jede Schmeichelei, die den Agrariern zu teil wurde, folgte die Mahnung, doch auch der Industrie und dem Handel etwas gönnen zu wollen. Der Vorsitzende des Landwirtschaftsbundes hatte aber auch den Reichskanzler unmißverständlich herausgefordert: Er solle sein Versprechen, das Ausland dem Inland in der Frage der Fleischkontrolle gleichzustellen, erfüllen, indem er den Kommissionsbeschlüssen zustimme. Fürst Hohenlohe verlangte das Wort vom Präsidenten und es sprach frei weg, ohne Konzept. Er sprach sehr kurz und sehr leise, so daß nur die Nächststehenden ihn zu verstehen vermochten. Aber er sprach weit entschiedener als zuvor der Staatssekretär des Innern, entschieden genug, um die Freundschaft, mit der ihn die Junker längst beehren, lebhaft zu schüren. Er erklärte, daß sein Versprechen durch die Vorlage, welche die Regierung dem Reichstag gemacht habe, erfüllt sei, daß die Kommissionsbeschlüsse unlogisch und unerfüllbar seien. Damit war die ablehnende Haltung der Regierung außer jeden Zweifel gestellt. Eine längere Rede des Hamburgischen Bundesrats bevollmächtigten Dr. Burchard bekräftigte die Stellungnahme der verbündeten Regierungen gegen die agrarische Forderung des absoluten Fleischverbot.

Der Staatssekretär mußte es denn erleben, daß ihm abwechselnd von rechts und von links Beifall kam; jeder seiner Sätze hob den andern auf. Der langen Rede kurzer Sinn war aber der: Obgleich der Regierung das Herz blutet, daß sie ihren geliebten Agrariern einen Wunsch abschlagen muß, kam sie doch aus anderweitigen Rücksichten zu den Kommissionsbeschlüssen nicht Ja und Amen sagen; dafür verspricht sie aber, beim demnächstigen Abschluß der Handelsverträge eine Fülle von Liebesgaben auf ihre Lieblinge herabträufeln zu lassen.

„Bartel, wartet ein paar Jährchen!“ so klang Posadowsky's Rede melodramatisch aus.
 Die Junker wollen aber vom Bartel nichts wissen; es hat keinen Eindruck auf sie gemacht, daß der Staatssekretär den römischen Feldherrn Fabius Cunctator, den „Zauderer“, ihnen als guten Taktiker anpries. Die Junker wollen nicht nur das Volk ausplündern, sondern jeder Tag, der der Ausplünderung noch irgendwelche Schranken setzt, ist ein „nationaler“ Unglückstag. Herr v. Wangenheim antwortete dem Grafen Posadowsky mit brücker Ablehnung der versteinerten Zukunftsversprechungen; sofort sollen die agrarischen Wünsche erfüllt werden.

Es ist klar: das Verhältnis zwischen Regierung und Junkertum hat eine weitere Verschärfung erfahren. Nicht weil etwa die Regierung nicht agrarisch wäre, sondern weil die Forderungen der Agrarier so ungezügelt sind und so unpolitisch auftreten, daß die Regierung sie nicht ohne weiteres erfüllen kann. Es verlaute, daß die Reichsregierung noch bis Donnerstag zweifelhaft gewesen sei, ob sie das Fleischverbot annehmen könne. Dem Hausminister v. Wedell-Piesdorf, so hat die „Freis. Ztg.“ erfahren, war es bereits gelungen — die „Rebenregierung“ tritt da wieder in die Erscheinung! — die Regierung zur Kapitulation vor den Agrariern zu bewegen mit der Vorstellung, daß sonst die Flottenvorlage verloren sei. Da aber seien aus den Hausstädten und sonstiger die eifrigsten Flottenbefürworter, die Vertreter der Rhedereien und des Kaufmannskapitals herbeigezogen und hätten der Ansicht des Reichsfinanz-Oberwasser über die agrarischen Strömungen am Hofe gegeben. Fürst Hohenlohe hat offenbar die Kabinettsfrage gestellt und der drohende Abfall der Hausstädte und der Industriekreise von der Flottenvermehrung, dem Lieblingsplan des Kaisers, gab den Ausschlag.

Was die Debatte dann noch brachte, war ohne größere Bedeutung, wenngleich der Volksparteiler Fischbeil noch manch treffendes Wort gegen die Agrarier zu sagen wußte. Stürme der Heftigkeit entfesselte schließlich noch die Rede Sant Paasche's. Herr Paasche teilte mit, daß die Nationalliberalen in nichts weniger als drei Gruppen zerfallen: die eine ist für die Kommissionsbeschlüsse, die andere für die Regierungsvorlage, die dritte, zu der Paasche selbst gehört, will sich die Sache noch einmal überlegen und stimmt vorläufig für die Kommissionsfassung.

Nach der Rede Paasche's beantragte Graf Pompejich Schluß der Debatte, wodurch unserm Genossen Wandert das Wort abgeschritten wurde. Die Antwort darauf war ein Antrag Singer auf namentliche Abstimmung über den Schlußantrag.

Natürlich fekte die geschlossene Mehrheit der vereinigten Agrarier den Schluß der Debatte durch. Es wurde darauf zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen geschritten. § 1 wurde einstimmig angenommen. Ueber § 2 (Befreiung der Hauschlachtungen von der Kontrolle) wurde wiederum namentlich abgestimmt; dergleichen über § 14a (Einfuhrverbot). Das Resultat war — wie voranzusehen — Annahme aller bisher beratenen Paragraphen in der Kommissionsfassung. Am Sonnabend soll der Rest des Gesetzes beraten werden.

Es ist möglich, daß bis zur dritten Lesung des Fleischbeschau-Gesetzes eine Verständigung zwischen Regierung und Reichstag zu stande kommt. Ein Teil der Nationalliberalen hat seinen Unfall bereits angeündigt. Es fragt sich, ob das Centrum, gedrängt von seinen agrarischen Flügeln aus Bayern, wagen wird, das Interesse der industriellen Arbeiterklasse seiner rheinisch-westfälischen Kreise an geinüber und nicht wucherisch vertenerter Fleischmahlung rücksichtslos zu schädigen, oder ob es sich auf ein Kompromiß einlassen wird. Vielleicht kommt die Einigung in der Weise zu stande, daß die Regierung die agrarische Forderung der Freilassung der Hauschlachtungen von sanitärer Kontrolle annimmt, während die Parteien das Fleischverbot aufgeben.

Welches aber auch das Schicksal des Fleischbeschau-Gesetzes sein wird, die Beratung dieses Gesetzes hat gelehrt, daß eine handels-, industrie- und arbeiterfeindliche Majorität im Reichstag sich, welche gewillt ist, die deutschen Handelsbeziehungen mit dem Ausland zu verwirren und die Regierung beim Abschluß der neuen Handelsverträge zu einer Politik der Lebensmittelvertenerung und heillosster Volksauswanderung zu Gunsten agrarischer Partei-Interessen zu zwingen. Die Debatten über das Fleischbeschau-Gesetz haben ein Gutes zuwege gebracht, wenn sie die gesamte industrielle und kommerzielle Bevölkerung Deutschlands, wenn sie insbesondere die arbeitenden Klassen zum Widerstand gegen die drohende agrarische Gefahr aufrütteln!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. März.

Das preussische Abgeordnetenhaus

setzte am Freitag die Beratung des Antitrustgesetzes fort. Die Verhandlungen verliefen im Gegenstoß zu gestern und vorgestern sehr still. Wäre nicht von Professor Wichow der Fall des gemahregelten Pastors Weingart zu Donabrad, der die körperliche Ausfertigung der Toten zu bezweifeln sich erlaubt hat, zur Sprache gebracht worden, so hätte es überhaupt an einem Gegenstand allgemeinen Interesses gefehlt. Minister Studt gewinnt sich immer mehr die Herzen der Redner. Die Berührung des Falls durch Professor Dr. Wichow, der nicht im Geuch der Rechtgläubigkeit steht, berührte ihn „unheimlich“. Er nahm die Donabradbrüder frommen Herzens, die den Reyer aus seinem Amte entfernten haben, in Schutz und erklärte das Urteil der selbständigen Disziplinardienste für rechtskräftig und unumstößlich. Wenn ein hohes Landeskonstitutum gesprochen hat, dann hat der Landtag, in dem Katholiken, Juden und Heiden sitzen, über diese innere Angelegenheit der hannoverschen Landeskirche zu schweigen. Gleichwiegen wurde aber nicht, sondern sehr lange debattiert, ohne daß irgend etwas dabei herausgekommen wäre. Zwei Priester, der konservative Pastor Schall, der die positiv schwarze Nuance, und der nationalliberale Pastor Gadenberg, der die hellere Nuance vertritt, gerieten dabei aneinander. In dem erbitterten Streit um den Begriff „evangelisch“ erwies sich Herr

Gadenberg seinem Amtsbruder aus Cladow rednerisch bedeutend überlegen. Freilich irrt er, wenn er aus der Erregung, die der Fall Weingart hervorgerufen hat, ein Erwachen des protestantischen Bewußtseins und eine Wirkung des evangelischen Glaubensbekenntnisses folgert. Wir sehen in der flüchtigen Geschichte nur ein Symptom für die innere Ferkelung der protestantischen Kirche. — Aus den weiteren Verhandlungen war nur noch die Anregung des national-liberalen Abg. Venner erwähnenswert, das Examen bei der Befreiung von Unter- nach Oberkunda, diese Wüste der letzten Schulreform, wieder abzuschaffen. In andern Kulturländern ist dieses Examen, das den ganzen Unterricht schädigt und zur mechanischen Abrichtung auf die Prüfung macht, unbekannt. Nur in Deutschland wird unvermeidlich gelebt, und die Vielgeprüften, die glücklicherweise alle Examina hindurch kommen, sind doch nicht klüger als die Nichtgeprüften in andern Ländern. Aus der Erwiderung des Ministerialdirektors Althoff ging hervor, daß die Beilegung dieses Examen zu erwarten ist.
 Sonnabend geht die Beratung des Antitrustgesetzes weiter.

Nochmal die Arbeiterverhältnisse der preussischen Staatsbahnen.

Unser Artikel vom letzten Sonnabend über die Arbeiterverhältnisse in der preussischen Eisenbahnverwaltung hat nicht den Beifall des Ministers v. Thielen gefunden. Wir hatten das auch gar nicht erwartet, denn es ist leicht verständlich, daß es dem Minister unangenehm ist, zu derselben Zeit, wo er im Landtage in allen Tonarten seine Arbeiterfürsorge preist und die Arbeiterverhältnisse in seinem Ressort als wahrhaft idyllisch hinstellt, plötzlich in der Presse auf einen Artikel zu stoßen, der die Zustände im Reich des Herrn v. Thielen so schildert, wie sie in Wirklichkeit sind. Um den Eindruck unserer Darstellungen abzuschwächen, veröffentlicht nun die offizielle „Berliner Korrespondenz“ einen langen Artikel, der uns zum Vorwurf macht, daß wir die Arbeiterverhältnisse der Staatsbahnen in „hämisch nögelebter Weise“ kritisiert hätten, der im übrigen aber nicht vermag, auch nur einen einzigen der von uns gegen die Verwaltung erhobenen Vorwürfe zu widerlegen oder abzuschwächen. Die „Berliner Korrespondenz“ behauptet, der „Vorwärts“ wolle zeigen, „wie der Arbeiter im Dienst des Staats ein ganz besonderes mißbeholtes und undankbares Dasein führen müsse“, und er bediene sich zu diesem Zweck illoyaler Mittel. Nun, diese angeblich illoyalen Mittel sind lediglich das Material, das der Minister selbst in seiner Denkschrift veröffentlicht hat und das wir, da es die Vertreter der Bourgeoisie im Landtag zu verteidigen streben, weiteren Kreisen zugänglich zu machen für uns Pflicht hielten.

Besonders unangenehm sind der „Berl. Korrespondenz“ unsere Mitteilungen über die Dienstdauer des unteren Eisenbahnpersonals. Begleichen kann der offizielle Artikelhreiber die Thatsachen nicht, und so bemüht er sich denn, durch allerhand Redensarten um den Kern der Sache herumzukommen. Er gibt selbst zu, daß 2000 Beamten mehr als 15 bis 16 Stunden Dienst hatten, meint aber, daß das nicht so schlimm ist, da in diese planmäßige Dienstzeit auch die Ruhepausen mit eingerechnet sind. Aber ist denn das wirklich eine Ruhepause, wenn ein Beamter etwa als Zugführer von einem Orte zum andern fährt, hier einige Stunden wartet und dann wieder den Zug nach dem ersten Orte begleitet? Thatsächlich ist doch der Beamte die ganze Zeit über im Dienste. Wenn man so argumentieren wollte wie die „Berl. Korresp.“, so könnte man schließlich noch dahin kommen, die Stunden, während deren der Schaffner auf der Fahrt in seinem Coups sitzt, ebenfalls von der Dienstzeit abzuziehen, da er sich ja während dieser Zeit vielleicht etwas andrücken konnte. Uebrigens stehen wir mit unserer Ansicht über die zu lange Dienstdauer nicht vereinzelt da. Vielmehr findet Herr v. Thielen einmal Zeit, sich die Nr. 16 der „Soz. Praxis“ vom 18. Januar d. J. anzusehen. Er wird darin einen ebenso scharfen Urteil über die Arbeitszeit seiner Angestellten bezeugen, wie wir es angeprochen haben. Und diesem Urteile steht bekanntlich Herr v. Thielen, der höhere Kollege Thielen's, sehr nahe, der doch die Verhältnisse noch genauer kennen muß als andere Steuerleute.

Weiter nimmt es uns die „Berliner Korrespondenz“ übel, daß wir die Verwendung von vieler Angehöriger von unteren Bediensteten zu einem Spottpreise getadelt haben. Es wird behauptet, daß es sich hier um eine „fürsorgliche Maßnahme“ handelt, um den unteren Beamtenfamilien in angelegenen Gegenben einen Nebenverdienst zu eröffnen. Das ist es aber gerade, was wir tabeln. Wir verlangen, daß die Unterbeamten so auskömmlich entlohnt werden, daß sie ihre Familien auch ohne Zuhilfenahme der Arbeit ihrer Frauen und Töchter ernähren können. Und sicher würden auch die Beamten selbst mit Freuden auf diese „fürsorgliche Maßnahme“ des Ministers verzichten, wenn sie nicht infolge der jämmerlichen Bezahlung darauf angewiesen wären.

Auf die übrigen von uns mitgeteilten Daten geht der offizielle Artikel nicht ein, er erkennt also wohl ihre Wichtigkeit an. Wenn der Artikel es am Schluß als eine undankbare, weil ausichtslose Aufgabe bezeichnet, derartig voreingenommene Kritiker, wie wir es sein sollen, anzuklären, so können wir unerschrocken mit erwidern, daß wir es als eine sehr dankbare, weil ausichts volle Aufgabe betrachten, auch in Zukunft die Beamten und Arbeiter darüber aufzuklären, wie es um die Fürsorge des Eisenbahn-Ministeriums um seine Angestellten bestellt ist.

Deutsches Reich.

Der Heiratskonsens. Wir erhalten folgende Verichtigung.

In der in Nr. 49 des „Vorwärts“ unter „Politik im Heiratskonsens“ erwähnten Generalkommando-Verfügung ist weder auf eine allerhöchste Kabinettsordre Bezug genommen worden, noch enthält dieselbe ein Verbot der Eheschließung zwischen „deutschen“ Unteroffizieren der Garnison Posen mit Mädchen polnischer Nationalität oder solchen Mädchen, deren Angehörige Anhänger der Socialdemokratie sind. Ebensovienig ist den verheirateten Unteroffizieren unterlagt worden, ihre Kinder in eine Jährlings zu senden.
 Königlich-Preussisches Generalkommando des V. Armeecorps.

Diese Erklärung ist in hervorragender Weise mit den gewöhnlichen Eigenheiten offizieller Verordnungen behaftet: Sie überzeugt niemand. Wir legen keinen Wert darauf, daß in der Verordnungsform die Befehlskraft nicht befristet wird, daß Unteroffiziere des 3. Minnekorps nicht „bescholtene“ Mädchen heiraten dürfen, auch wenn die Bescholtenheit von dem betreffenden Unteroffizier selbst veranlaßt worden ist. Wichtig ist, daß in der Verordnung jede positive Eingabe fehlt, was denn in jenem Corps-Befehl, dessen Existenz nicht in Abrede gestellt wird, gefunden hat. Es kommt ganz darauf an, mit welcher Betonung man die obige Verordnungsform liest. Vermutlich hat man den Accent auf die Worte „Verbot“ und „unterliegt“ zu legen. Vielleicht hat es sich nur um eine „erzürnte Verordnungsform“ gehandelt, die ja im Effekt einem formellen Verbot gleich kommen würde.

Hebrigens vertritt sich unser Gewächsmann, der den Corps-Befehl im Wortlaut vor Augen gehabt hat, für die jugendliche Wiedergabe des Inhalts, so wie wir ihn veröffentlicht haben.

Eine Erleichterung der Kinderausbeutung durch die Agrarier bedeutet die Aufhebung einer recht verhängenen Verfügung durch die Regierung zu Marienwerder (Westpreußen). Nach dieser Verfügung konnten Arbeitgeber oder deren Stellvertreter in Strafe bis zu 60 M. genommen werden, wenn sie schulpflichtige Kinder während der Schulzeit beschäftigten. Das Kammergericht hat solche Strafen aufgehoben, weil es sich auf den Standpunkt stellt, daß nur die Eltern oder deren gesetzliche Stellvertreter haftbar sind, sobald die Kinder den planmäßigen Schulunterricht vermissen.

Wohl in der richtigen Erkenntnis, daß oft auf dem Lande die Eltern schuldlos sind, wenn die Kinder zur Arbeit gehen statt zum Schulunterricht, hat nun die Marienwerder Regierung die Strafen für Schulvermissen außerordentlich niedrig festgesetzt. Es sollen Strafen von 10 Pf. bis 1 M. pro Tag oder Fast verhängt werden. Die agrarischen Kinderausbeuter werden vergnügt von der Aufhebung der Verfügung, die sich als äußerst heilsam erwiesen hatte, Kenntnis genommen haben.

Ueber unerwartete Folgen des Volkstotts, den das Halle'sche Militärkommando über die dortigen Gasse verhängt hatte, wird der „Leipziger Volkszeitung“ berichtet: Es war so weit, daß die Liberalen keinen Saal zu Versammlungen bekamen. Der national-liberale Stadtverordnete Rechtsanwalt Dr. Reil erklärte in einer Stadtverordneten-Sitzung, um die Bürger zu beruhigen, der Höchstkommmandierende Generalleutnant v. Renthe-Fink, der den Volkstott verhängt habe, sei sich jedenfalls der Tragweite seiner Handlung nicht bewußt gewesen. Jetzt hat sich nun das Blattchen gewendet. Der Kaiserhof, das größte Lokal in Halle, welches die Ordnungsmänner nur gern allein denitzen möchten, hat schon wiederholt zu Streitigkeiten zwischen Bräuereien und der sozialdemokratischen Partei geführt. Kürzlich ist unter Partei der Saal wieder entzogen. Die Direktion der Halle'schen Aktienbrauerei, die den Kaiserhof mit Bier versorgte, hat jetzt nun Halle'schen mit unserer Partei aus dem Wege zu geben, dem Bier der Kaiserhöfe, Herrn Meyer, die Bierlieferungen entzogen und die Direktion soll auch mit dem Gedanken angehen, dem Meyer die Hypothek zu kündigen. Das schmeckt nicht, was aber, daß die sämtlichen anderen Bräuereien, um Konflikte mit der Arbeiterpartei zu vermeiden, dem Herrn Meyer ebenfalls kein Bier liefern. Und so sind denn nun die Ordnungsmänner von den hiesigen Bräuereien boykottiert. Das mag schmerzhaft sein, aber es schadet ihnen nichts; vielleicht bekommen sie Bier von außerhalb. Die konservative „Hallische Zeitung“ ist, was ja erstlich ersieht, wütend darüber und schreibt: „Herr Meyer ist in großer Verlegenheit, er kann kein Bier bekommen und die Sozialdemokratie ist die unbedingte Herrscherin in Halle geworden.“

Wenn das wahr wäre, könnte sich Halle glücklich preisen.

„Arbeitslose“ Sitten. Ein von den organisierten Antifeministen in letzterem Sittensaal, wie er bei ähnlichen Gelegenheiten wohl selten gesehen wurde, trat sich am Dienstagabend im Restaurant Kreuzbräu in München zu. Der Wiener Gemeinderat Lucian Brunner sollte im „Demokratischen Verein“ über „Die Lage der Deutschen in Oesterreich“ sprechen. Dr. Quisde eröffnete die Versammlung und ließ auch die Gegner willkommen. Als er dem ersten Redner des Abends das Wort erteilen wollte, erhoben die etwa die Hälfte des Saales füllenden Antifeministen wie auf Kommando ein ohrenverletzendes Gebrüll, Pöhlen und Pfeifen. Rufe wie „Bureauwahl“, „Rauch mit den Juden“, „Hoch Pöcher“, „Kafengefährlichkeit“, „Hepp-Hepp“, „Pöhl Leo hoch!“ vernagelten sich in einem wirren Durcheinander, so daß man die Worte Dr. Quisdes, der den Anwesenden volle Redefreiheit garantierte, nur in unmittelbarer Nähe verstehen konnte. Das Indianergeschrei der Versammlungshörer wurde so groß, daß die Versammlung von dem überwachenden Kommissar für aufgelöst erklärt wurde, bevor sie richtig eröffnet worden war. Nun rümpelten die „Christen“ erst recht, und als sich der Referent Brunner erhob, wurde er mit Pfeilsitzen, Kesseln, Eiern und Brot beworfen. Darauf entstand ein Handgemenge, das schließlich in eine regelrechte Meuterei ausartete, bei der die antifeministischen Madonnenbrüder mit Mähtzügen zuschlugen. Der Referent Brunner mußte flüchten, einige seiner Freunde wurden an die Luft gesetzt. Vergleichs war die Aufforderung des Kommissars an die Anwesenden, das Lokal zu verlassen. Die antifeministisch-kristlich-socialen-ulkamontanen Brüder feierten den „glänzenden Sieg“ der „banijah-katholischen Einwohnerpartei“ Münchens über die Juden, bis etwa 20 Säuglinge aufmarschierten und den Saal räumten. Der Wiener Bürgermeister Pöcher wurde ein Telegramm abzumitteln. Als die Rednerischen von den Polizisten aus dem Saal getrieben wurden, erließen sie an Dr. Quisde die Einladung, heute Mittwochsabend ins Kasino zu kommen, wo ein paar Juden verbrannt werden. Vor dem Lokale hatte die Gesellschaft ein Plakat angebracht des Inhalts: Wegen Mangels an Kohlen werden hier Juden verbrannt. Gegen einige Hauptführer soll wegen Körperverletzung, Beschädigung und groben Unfugs vorgegangen werden.

Eine originelle Ausdehnung des Abzahlungs-Geschäfts. In Würzburg wollen die Spitzer dem Verweirter Wahners ein Reiterdenkmal setzen. Sie haben dazu die bequeme Manier der ratenweisen Beitragszahlung gewählt. Unser Würzburger Wanderorgan ist in der Lage schon vorzeitig folgenden originellen Verpflichtungschein zu veröffentlichen:

Nr.	Nr.
Zahner:	Unterzeichneter leistet einen Beitrag von
.....	M.
.....	zur
.....	Errichtung des Prinz-Regenten-
	Denkmals in Würzburg.
Beitrag:	Der Beitrag wolle
M.	am in Teilzahlungen
 am M.
Zu erheben:
.....	ganz, oder
.....	erhöhen werden.
	Unterchrift:
	Sothnung:

Felamlich ist die Denkmalbaukunst schon längst ein Gegenstand der Massenproduktion geworden. Bismard- und Wilhelm I.-Denkmäler kann man von Gladbeck u. Cobu nach der Katalognummer beziehen, ja nach Wunsch mit dem rechten oder linken Bein noch vorn, eventuell auch hinten. Bei solcher Massenproduktion eines Artikels, für den nur geringer Bedarf vorhanden, kommt man ganz von selbst zu den bekannten „soulaanten Zahlungsbedingungen“.

Wir werden es noch erleben, daß die Denkmalsfabriken ebenfalls unter das Massenbauwesen-Gebiet fallen!

Bremen, 8. März. (Eig. Ber.) Der Norddeutsche Lloyd hat sich von der Bürgerpartei eine neue kleine Liebesgabe bewilligen lassen. Er hat sich ein Madonnenbildchen zugelegt und forderte vom Staat, er solle ihm eine alademisch gebildete Lehrkraft, die der Seefahrtschule zugeteilt werden soll, stellen und begähnen. Dieser Genosse Rhein begründete den ablehnenden Standpunkt unserer Fraktion. Die englische Leutenot habe der Lloyd selbst verschuldet; zähle er bessere Heuern und behandle er die Coffin-bemannung besser, so würde es an Patrosen nicht fehlen. Zudem werde das Schulschiff, wie aus der hohen Jahresvergütung sich ergibt, nur Schülern aus immerhin begüterten Familien dienen. Die Lloyd-Auflage der Bürgerpartei jagte darauf ein Loblied auf den Lloyd und fast alle anwesenden bürgerlichen Vertreter votierten die Lloyd-Forderung.

Dann gab es wieder eine Stenodebatte. Vor Jahresfrist wollte man oben von einer Befreiung der unteren Einkommensstufen bis 1000 M. von der Steuer nichts wissen. Jetzt will die Finanzdeputation die Einkommen bis 900 M. steuerfrei lassen und außerdem eine Dividendensteuer einführen. Den Standpunkt unserer Fraktion vertrat Genosse Hartmann, der an der Unterstufe von 1000 M. festhalten wollte und außerdem die progressive Höherbesteuerung der Einkommen über 8000 M. forderte. Der Senat schaukelt in der Frage hin und her und wo er neulich das Finanzbild fertig gemalt hatte, malte er jetzt psychisch. Schließlich wurden alle gestellten Anträge einer Kommission überwiesen.

Die Wohl der Kommission brachte den Bürgerlichen noch eine empfindliche Kritik seitens unseres Genossen Ebert. Die Liberalen verhielten sich auch jetzt wieder unsere Genossen aus der Kommission fernzuhalten. Sie erklärten offen, sie leunten keine Fraktionen, sondern nur Klassen, und ließen unsere Kommissionskandidaten durchfallen. Die Kritik Eberts sah indessen, eine ganze Anzahl bürgerlicher Vertreter stimmte für die Wahl des Sozialdemokraten. Vielleicht ist dieser Vorgang ein Symptom, daß die Liberalen sich mit der Zeit zu einer nicht nur lokalen, sondern einzig verlässlichen Anstalt bequemen werden. Die Angst vor neuen Mandatsverlusten wird sie zwingen.

Zeitungsbestellung durch die Post. Wiederholt ist angeregt worden, zur Erleichterung und Vereinfachung des Postzeitungsbezugs die Zeitungsgebühren vor Beginn der regelmäßigen Bezugsfrist durch die Briefträger einzuziehen zu lassen. Ueber den gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit schreibt die „Deutsche Verkehrszeitung“:

Da ein solches Verfahren schon seit langer Zeit in den Bezirken der Ober-Postdirektionen in Karlsruhe und Konstanz mit Erfolg angewendet wird, so ist die allgemeine Einführung von Reichs-Postamt in Erwägung gezogen und ein großer Teil der Ober-Postdirektionen mit einer Prüfung der Angelegenheit beauftragt worden. Das Reichs-Postamt hat sich veranlaßt gesehen, von der Einführung eines einheitlichen Verfahrens vorläufig noch abzusehen und zunächst das Ergebnis weiterer Versuche abzuwarten. Es sind zu diesem Zwecke mehrere Ober-Postdirektionen beauftragt worden, ein ihnen geeignet erscheinendes Verfahren auszuwählen und für das II. und III. Viertel des laufenden Jahres versuchsweise anzuwenden.

Sehr patriarchalisch geht es im weimarischen Landtag zu. Der Präsident des Landtages, v. Notenhain, hielt sich für berechtigt, dem Berichterstatter eines bürgerlichen Wlattes darüber Belehrung zu geben, daß in den Landtagsberichten die Reden der Sozialdemokraten und der Freimünnigen nicht so ausführlich zu bringen seien, andernfalls müsse er dem Berichterstatter den bevorzugten Platz im Saale entziehen.

Das Versammlungsrecht ist in Sachsen-Weimar schon aufgehoben. Jetzt geht es, wie scheint, an die Pressefreiheit.

Einen starken Mangel an Stillsgefühl verrät die Dresdener „Volkswacht“ in einer ausführlichen Darstellung des halbes „Vorwärts“ kontra Sombart. Sie findet eine „bemerkenswerte Ähnlichkeit des Stils wie der Art der Polemik zwischen dem Artikel Mehring und dem gegen Sombart gerichteten Artikel des „Vorwärts“.

Wir können der „Volkswacht“ verraten, daß die Artikel von drei verschiedenen Verfassern herrühren, daß insbesondere am Anfang der Polemik Genosse Mehring völlig ungeschicklich ist.

Ausland.

Die zwei Revanchen.

Paris, 7. März. Die französischen Nationalisten befinden sich seit geraumer Zeit in der Lage des Durandischen Esels, dem es so schwer war, zwischen zwei Heubündeln zu wählen. Früher wußte jeder gute Patriot, daß Frankreich nur einen einzigen „Erbsind“ hat und folglich nur eine einzige Revanche anzustreben muß. Seit Fashoda aber ist es mit der Einheitlichkeit der patriotischen Bestimmung vorbei: „Zwei Seelen, ach! wohnen“ in der patriotischen Gesamtbrust, wo nicht in der Brust jedes einzelnen Patrioten, — eine deutsch-feindliche und eine englisch-feindliche. Der tragische Seelenkampf ist vorderhand noch nicht beendet, aber zur Stunde neigt sich der Sieg unverkennbar auf Seiten des Englandthafes. Gerade die gewerbmäßigen, die geräuschvollsten Chauvinisten, die ehemals vom Deutschland lebten, arbeiten mit aller Kraft daran, England als den „Erbsind“ an Stelle Deutschlands zu setzen.

Fashoda allein kann diesen Frontwechsel nicht erklären. Die tiefere Erklärung liegt vielmehr darin, daß die tapferen Revancheführer nachgerade eingesehen haben, daß auf die vergottete Arme im Falle eines Kriegs mit Deutschland kein Verlaß wäre. In dieser Beziehung war die Drenth-Affäre wohl ein Faktor des internationalen Friedens. Andererseits aber erwachte dieselbe Affäre bei den Nationalisten ein heißes Verlangen nach einer kriegerischen Divergenz, die zugleich die „Heinde der Arme“ im Innern erdroffen und die beschädigte „Arme“ wieder aufrichten sollte. — Der Sieg der französischen Waffen natürlich vorausgesetzt. Kein Wunder nun, daß die kriegerischsten Elemente ihr Ungeschick gegen England richteten, das ihnen als die Lunte des geringeren Widerstandes erschien. Zwar ist es nun die französische Flotte nach dem Ereignis aller Sachumgaben ungleich trauriger bestellt als nun das französische Landheer. Alle Welt weiß ja jetzt, daß während des Fashoda-Konflikts in aller Eile über 60 Millionen Franken außerordentliche Ausgaben gemacht werden mußten, um die verwahten Häfen und Arsenale für den Kriegsfall einzuräumen auszurüsten und das trotz eines regelmäßigen Marinebudgets von 250 bis 300 Millionen Franken und trotz der vielen außerordentlichen Notenausgaben. Die Englandtheder sagen ja jedoch, daß ein Seekrieg offenbar gefahrloser sei als ein Kontinentalkrieg, zumal England außer Stande wäre, mit Landtruppen in Frankreich einzudringen.

Seit dem Transvaal-Krieg hat die Englandtheder demgemäß den Höhepunkt erreicht. Die englischen Niederlagen und überhaupt die volle Inanspruchnahme Englands durch den Krieg haben den tapferen Revanchehelden neuen Mut eingebläht. Hand in Hand damit ging das Wiederwachen der Chauvinisten mit Deutschland, welches ebenso fremdlich wie schamlos zur Förderung der chauvinistischen Pläne durch eine Einmischung zu Gunsten der Boeren eingeladen wurde. Das wird wohl so noch eine Weile fortgehen, trotzdem auch die Dummsten bereits eingesehen haben müssen, daß Deutschland sich von den Zeiten der kaiserlichen Begrüßungsdepesche an Krüger sehr weit entfernt hat.

Zwischen hat die alte Revanche einen öffentlichen Dolmetscher gefunden. In seiner jüngsten Sonntagsrede hat der Kammerpräsident Deschanel noch lauter als in seiner „unsterblich“ als demnächstigen Inauguralrede in die altehrwürdige Revanchetrompete geblasen. Die neue, gegen England gerichtete Revanche erscheint ihm als eine unpatriotische Ablenkung vom „unveränderlichen Ziel“, von den „großen Pflichten“, welche den Franzosen durch „die Kon-

tinentalkriege der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts“ (lies: den deutsch-französischen Krieg) auferlegt worden sind. ... Vorher verweist er noch lakonisch darauf, daß Frankreich „die erste Kanone“ der Welt besitze und in kurzer Zeit auch „das erste Gewehr“ der Welt besitzen wird. Also branden die tapferen Revanchehelden nicht zu ängstlich zu sein.

Deschanel's Rede kommt jedoch praktisch nur die Bedeutung eines Nihilismus zu, der die Harmonie der anti-englischen Revanchemelodien hört und die Zerrissenheit der patriotischen Stimmung offensichtlich dokumentiert. Daß Deschanel nicht nur „unsterblicher“ Madonnenkünstler, sondern auch Kammerpräsident ist, erhöht lediglich die Heberschnappheit des Revancheredners, nicht aber die Tragweite seiner Rede. Der halb oder ganz offiziöse „Matin“ hat sich überdies die Mühe gegeben, aus nachdrücklicher Deschanel's Rede als eine individuelle Meinungsäußerung zu kennzeichnen, mit welcher weder die Regierung noch die Kammer etwas zu thun haben.

In Wirklichkeit ist die Doppelseitigkeit der Revanchebestimmung ein weiterer Beweis und eine weitere Bürgschaft für deren praktische Schmach. Die Revanchehelden sind auf dem besten Wege, zwischen den zwei Heubündeln zu verhungern, inwiefern beide in einer Respekt einflößenden Entfernung liegen.

Oesterreich-Ungarn.

Politische Duelle. Aus Budapest meldet der Draht: Das Duell zwischen dem Baron Banffy und dem Abg. Agron findet Sonntagmorgen in der Honvedkaserne statt. Es wurde zweimaliger Angelwechself auf 20 Schritte Distanz vereinbart. Der Abg. Agron ließ auch Kolowacz fordern und wird sich mit diesem am selben Tage um 4 Uhr nachmittags auf Säbel schlagen. Die Ursache zu den Duellen ist in den Beschuldigungen zu suchen, die Banffy wegen Nichtablieferung eines Wahlfonds gemacht worden sind.

In Ungarn scheint die Austragung politischer Streitigkeiten durch Duellierung überhaupt sehr beliebt zu sein. Ein weiteres Telegramm meldet vom Donnerstag aus Budapest:

Zwischen dem Abgeordneten Ludwig Holló und dem Redakteur Martin Dienes fand heute ein Säbelduell statt, bei welchem der letztere im ersten Gange schwer verwundet wurde; Holló erhielt eine leichte Stichwunde. Der Zweikampf war veranlaßt durch eine Zeitungspolemik, in welcher Dienes den Abgeordneten Agron wegen der bekannten Vieserungsaffäre heftig angegriffen hatte, worauf ihm der Abgeordnete und Redakteur Holló sofort entgegengetreten war.

Wien, 9. März. („Voss. Zig.“) In Lemberg kam es gestern nach der Verfündigung der Wahl des Ministers Dr. Piental zum Landtags-Abgeordneten zu ausgedehnten Straßendemonstrationen. Die Sozialdemokraten, deren Kandidat Daszynski in der Minderheit geblieben war, zogen in Massen vor das Landhaus Pientals und die Universitäts-; Piental war nämlich bis zu seiner Berufung ins Ministerium Professor. Die Behörden ließen Infanterie und Reiterei ausrüden, Mann hinterstellte das Landhaus Pientals, während Infanterie die dorthin führenden Straßen besetzte, auch das Universitätsgebäude, das Amtshaus der Judengemeinde und das Wohnhaus des Abgeordneten Dr. Hyl, der die Wahl des Ministerialen Piental unterstützt hatte, wurden militärisch bewacht.

Wien, 9. März. Heute vormittag fand ein Ministerrat statt, in welchem angeblich sehr wichtige Beschlüsse für den Fall gefaßt wurden, daß sich der Reichsrat nicht weiter arbeitsfähig zeigen sollte. In Fragegezeichneten verläuft gerichtlich, es sei eine militärische Diktatur geplant.

Frankreich.

Paris, 9. März. Der heutige Ministerrat genehmigte in den Grundzügen den von Finanzminister Caillaux verfaßten Gesetzentwurf, betreffend die allgemeine Einkommensteuer. — Ueber die Haager Friedenskonferenz wird demnächst ein Gelbdruck erscheinen.

Dänemark.

Die Branntweinsteuer ist vom dänischen Folkething abgelehnt. Der Regierungsvorschlag beantragte eine Erhöhung von 9 bis 25 Cere und berechnete die Mehreinnahme auf fünf Millionen Kronen, wofür die Zölle um fünf Millionen herabgesetzt werden sollten, der Landesthing dagegen wollte die Zölle nur um 1 850 000 Kronen herabsenken, also die indirekten Abgaben um über drei Millionen erhöhen. Die Ausschussmehrheit des Folkething hat nun beantragt, das Gesetz völlig abzulehnen, da er es nicht empfehlen kann, Verbrauchsabgaben zu vermindern, die auf Artikel ruhen, welche von allen Gesellschaftsklassen gebraucht werden, um einen mehr zu belasten, der nur bei den Vermögensmitteln im Gebrauch ist. Der Ausschuss empfiehlt: den Hebergang zur Tagesordnung, da er eine Erhöhung der Branntweinsteuer nicht für wünschenswert hält, um so mehr, als kein finanzielles Bedürfnis für eine solche Steuererhöhung vorliegt.

Kopenhagen, 9. März. Nach viertägiger Verhandlung beschloß der Folkething heute mit 64 gegen 42 Stimmen, die Branntwein-Steuererhöhung der Regierung nicht weiter zu bekräftigen.

Rußland.

Kalenderreform in Rußland. Am 8. März ist eine Verschiebung des Datums des julianischen Kalenders gegen das Datum derjenigen Länder eingetreten, die den gregorianischen Kalender eingeführt haben, da nach dem julianischen Kalender das gegenwärtige Jahr ein Schaltjahr ist, nach dem gregorianischen Kalender aber nicht. Der Unterschied zwischen den beiden Kalendern wird jetzt durch 20 Jahre 13 Tage statt wie bisher 12 Tage betragen.

Die russische Regierung beschäftigt sich aber bereits stark mit der Kalenderreform, um die russische Zeitrechnung der der übrigen Länder anzupassen. Die Regierungskommission zur Einführung der Kalenderreform erlaube die Möglichkeit der Einführung eines neuen Kalenders an, welcher folgenden Grundzügen entspricht: Die gemeinen Jahre haben 365 Tage, die Schaltjahre 366 Tage. Schaltjahre sind alle die Jahre, deren Jahreszahlen durch 4 ohne Rest teilbar sind, ausgenommen diejenigen, welche durch 128 ohne Rest teilbar sind. Diese Jahre sind gleichfalls gemeine Jahre. Aus dem jetzigen russischen Kalender werden 14 Tage ausgelassen. Den Vertretern der griechisch-orthodoxen Kirchen und Staaten soll vorgeschlagen werden, über die Annahme des neuen Kalenders von Seiten der Kirche zu beraten und eine entsprechende Aenderung der Festsetzung des Ostersfestes vorzunehmen.

Türkei.

Russische Bahnen in der Türkei. Die Frage wegen des Baues von Eisenbahnen im nordöstlichen Teile Kleinasiens ist nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ prinzipiell in der Weise geregelt worden, daß der Sultan Rußland ein unbedingtes Vorkaufsrecht gegenüber anderen Nationalitäten einräumt, aber sich das Recht des Baues der Bahnen für eigene Rechnung vorbehält. Die russische Postkammer übermittelte diese prinzipielle Entscheidung nach Petersburg, wo sie indessen nach der Antwort des Zaren an den Sultan kaum auf Annahme rechnen darf.

Amerika.

Santo Domingo, 8. März. Der Kongreß hat den Verfassungszustand proklamiert, viele Verfassungen wurden vorgenommen.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. In Weesen bei Halle wurde ein Parteigenosse in den Gemeinderat gewählt und in Döllitz zwei. In diesem Ort sind nun sämtliche Vertreter der dritten Klasse und auch einer der zweiten Sozialdemokraten.

Werftarbeiter und Flottenvorlage. In Bremen wurde am Dienstag eine öffentliche Werftarbeiter-Versammlung

lung abgehalten, die sich mit der geplanten Flottenvermehrung beschäftigte. Genosse Haverkamp aus Bremen hielt einen ausführlichen Vortrag, worin er die Stellung der Socialdemokratie zur Flottenpolitik kennzeichnete.

Nach ihm sprach ein beim Kriegsschiffbau beschäftigter Werftarbeiter. Wenn man sage, die ungeheuren Geldausgaben würden den Werftarbeitern zu gute kommen, so danke er dafür, als Schmarozker an den 6-7 Millionen Arbeitern gelten zu sollen. Denn die würden es doch wieder sein, welche die Kosten zu tragen hätten. Die herrschende Klasse sei unfähig, eine Steuer zu schaffen, welche nur die Besitzenden belaste, das beweise in Bremen das Kapitel von der Konsumtionsabgabe und im Gegensatz dazu die Ablehnung der progressiven Einkommensteuer.

Die darauf einstimmig angenommene Resolution lautet: Die heutige öffentliche Werftarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Sie ist überzeugt, daß die Kostendeckung für die geplante Flottenvermehrung im Fall ihrer Annahme wiederum der großen Masse des arbeitenden Volks auferlegt würde. Sie ist im weiteren davon überzeugt, daß die sogenannte Weltpolitik, deren Folge die gegenwärtige Flottenvermehrung ist, zu internationalen Verwicklungen führen wird, und fordert darum vom Deutschen Reichstag unbedingte Ablehnung der Vorlage.

Ueber den Vorfall in Einshorn, wo vier socialdemokratische Stadtverordnete für eine Ehrung Köllers gestimmt haben, wird berichtet, daß sich eine stark besuchte Wahlvereins-Versammlung mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Es waren auch anwesend der Reichstags-Abgeordnete v. Elm, zwei Genossen von der Wahlkreis-Leitung und Genosse Köhn-Hamburg. Nach einer längeren Verhandlung wurde auf den durch v. Elm vorgetragenen Vorschlag der auswärtigen Genossen ausgesprochen, daß die Versammlung die Niederlegung der Mandate der vier Stadtverordneten billigt, weil sie sich in direktem Gegensatz zu ihren Wählern gesetzt haben, indem sie der Einladung des Herrn v. Köller zustimmten, die unabweislich mit einer Ehrung jenes Mannes verbunden sei. Dagegen wird der Ausschluß aus dem Wahlverein nicht ausgesprochen, weil die Stadtverordneten in dieser Sache nicht aus unehrendhaften Motiven gehandelt haben. Die Versammlung erkennt aber ausdrücklich an, daß Genosse Budag vollkommen korrekt gehandelt habe, indem er die Vorgänge in jener geheimen Sitzung dem Vorstande mitteilte. Es sei das nicht allein sein Recht, sondern seine Pflicht gewesen.

Wenn das Stadtverordneten-Kollegium die Niederlegung der Mandate nicht gestattet, soll in einer späteren Versammlung nochmals darüber verhandelt werden. Der Stadtverordnete Krause hat auch seine sonstigen Partei-Genossen niedergelegt.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Die Situation hat sich bisher nicht geändert. Von einem bedeutungsvollen Aufgeben des Kampfes kann auf Seiten der Arbeiter keine Rede sein und die Unternehmer können auf einen solchen Ausgang des Streiks absolut nicht rechnen. Sie unterschätzen die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter, der Kampf kann sich noch auf Wochen hingehen. In der gesamten Arbeiterschaft ist die höchste Erbitterung eingetreten und die Unterstützung der Streikenden und so frivole Indispositionen wird gestiftet durch die Hilfsmittel, die ihnen die gleichgestimmte mit ihnen führende Arbeiterschaft gewährt wird. Der Holzarbeiter-Verband hat gestern abends circa 70000 Mark ausgezahlt. Den Gewerkschaften kommt es klar zum Bewußtsein, daß, wenn die Tischler unterliegen, die gesamte Arbeiterschaft unter dem Eindruck dieses Erfolges der Unternehmer zu leiden hätte. Der Kampf, der sich hier aufspielt, würde sich wiederholen und die Schwächung der Widerstandsfähigkeit der Gewerkschaften auf andere Berufe stünde sicher bevor. Hier heißt es zur gemeinsamen Abwehr zu rufen, die Niedertracht der Unternehmer darf nicht triumphieren, die Aussperrung mehrerer tausend Arbeiter ohne jeden berechtigten Grund muß zur Vernichtung derselben werden, die zu diesem nichtwürdigen Schicksal anhalten.

Niemand wird den Tischlern verargen, wenn sie bei den hohen Lebensmittelpreisen und den hohen Mieten einen Lohn von 24 M. verlangen, es sind keine hohen Ansprüche. Die glänzende Geschäftslage hätte den Meistern diese Lohnserhöhung, die nur teilweise eintreten sollte, gestattet. Hier handelt es sich aber um die Anerkennung der Organisation der Arbeiter, und das ist der große Gegensatz. Der Kampf ertzt zu einer Kraftprobe aus.

Wären die Unternehmer ihrer Sache sicher, glaubten sie sich im Recht, dann läge keine Veranlassung vor, sich dem Urteil oder der Einigung des Gewerbegerichts zu entziehen. Die Arbeiter branden die Öffentlichkeit vor dem Gewerbegericht nicht zu scheuen, sie können ihre Sache mit gutem Gewissen vertreten. Die Unternehmer scheuen sich, diesen Weg zu betreten, sie wissen, daß ihr Gedächtnis in der Öffentlichkeit keine Stütze finden kann, deshalb die Ablehnung des Einigungsamts. Diese Auffassung scheint selbst in bürgerlichen Blättern zu dümmern. Sucht doch die „Staatsbürger Zeitung“, die sonst im blöden Schlimpfen alle überträgt, die Gewaltmaßnahmen, die damit zu verteidigen, daß es im Interesse des Mittelstands gehe. Die Herren v. Elm und Genossen als Vertreter des Mittelstands nehmen sich wirklich sehr gut aus. Die kleinen Meister werden die Folgen dieser freundschaftlichen Umgarnung noch lange verspüren können. Die großen Fabriken haben ihre Lager geräumt, die Möbelhändler beginnen ihre Lager mit Fabrikanten aus anderen Städten zu füllen und rufen andere Geschäftsvorbinder an. Es daß zum Nutzen der Kleinen geschieht, mögen sich die Meister selbst beantworten.

Für sie kann die Frage nur zum besten gelöst werden, wenn sie eine Einigung mit den Arbeitern herbeiführen. Die Gewaltmaßnahmen verschärfen den Kampf, ohne daß der Unternehmer auf einen Erfolg rechnen können. Die ca. 20000 Tischlergesellen, die heute in Berlin beschäftigt sind, lassen sich von den Unternehmern nicht terrorisieren, das mag den Sachverständigen gesagt sein.

Bei Vagenbogen tagte gestern nachmittags eine Meisterversammlung von etwa 400 Mann. Tischlermeister Kämmerel als Referent behauptete, der Streik läme ihnen gerade jetzt sehr gelegen; es hätten sich auch die Unternehmer der Pianoerzeugung mit ihnen solidarisch erklärt und wollten sich dem Kampfe anschließen.

Der Direktor Lorenz aus der Fabrik von Pfaff verglich die Regelmäßigkeit der Berliner Tischlergesellen und die Bedürfnislosigkeit der Chinesen, was ja wohl ein zureichender Grund für die Hartnäckigkeit der Berliner Unternehmer sein dürfte. Ein Drechslermeister Wolf sprach die Hoffnung aus, daß den Arbeitern das Geld zur Unterstützung bald angeschlossen würde, während wieder ein Herr Sogel seine Verachtung zu den Großunternehmern ausdrückte und noch wochenlang auszuhalten versprach.

Als ein Drechslermeister Berger seine Leberzeugung ausdrückte, daß gewiß schon viele kleine Meister bewilligt hätten, wenn die Maschinenarbeiter nicht ausgeschlossen worden wären, erhob sich sofort allgemeines Murren. Beschlüsse wurden:

Die heute in Vagenbogenes Kaiserhofl verammelten Tischlermeister und Holzindustriellen Berlin und der Umgegend erklären die ihnen von ihren Arbeitern gestellten Forderungen für unannehmbar und halten einen Friedensschluß nur durch Zurückziehung derselben für möglich.

Die Versammlung erwartet von dem Vorstand der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, daß er diesen Beschluß bei seinen ferneren Maßnahmen voll und ganz berücksichtigt.

Ein Herr Koffel hatte unter der Voraussetzung, daß eine Einigung zu Stande käme, beantragt, die Meister sollten die Maschinenarbeiter zahlen ohne Garantie für Zeitverluste bei nicht rechtzeitiger Lieferung. 24 M. Wochenlohn sollen gezahlt werden an solche, die nicht zu alt und nicht zu jung und genügend befähigt seien. Eine Lohnserhöhung sollen nur die Arbeiter fordern, die bisher weniger wie 24 M. bezönnen und 52 Stunden arbeiten. Die Abmachungen sollen bis

zum 1. März 1901 gelten. Diese als Grundlage einer Einigung gemachten Vorschläge wurden dem Vorstand überwiesen.

Die Hoffnung der Arbeitgeber, daß es ihnen gelingen würde, durch Aussperrungen die Kräfte der Organisation zu sprengen und dadurch die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, rückt in immer weitere Ferne! Noch sind die Kräfte des Holzarbeiter-Verbandes nicht einmal erheblich angegriffen, viel weniger erschöpft, da regt und bewegt es sich schon allerorten in der Arbeiterschaft, den kämpfenden Unterstützung zukommen zu lassen. Bald hier, bald da, bald dort beschließen Arbeiterorganisationen, den Streikenden größere oder kleinere Beträge zuzuführen. Ueber einen neuen derartigen Fall, der ansehnlich auch auf andre Vereinigungen wirken sollte, wird uns folgendes mitgeteilt: Der Spar- und Rabattverein Süd-Ost beschloß gestern in einer stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung, den streikenden und ausgesperrten Holzarbeitern einen Betrag von 10000 Mark zu überweisen, und zwar 9000 M. den Tischlern, 500 M. den Maschinenarbeitern und 500 M. den Möbelpolierern. Dieser Beschluß wurde mit zehnfacher Majorität gefaßt!

Mögen sich die Herren Sachverständigen gefaßt sein lassen: Die Arbeiterschaft vergißt ihre im Kampf stehenden Brüder nicht!

Herr v. Elm sendet uns folgende Zuschrift: Die Nummer 57 des „Vorwärts“ vom 9. März er. enthält unter „Aussperrung in der Berliner Holzindustrie“ die Mitteilung, daß ich während der Dauer des Streiks an den Tischlermeister Ködler, Weinstraße, Journiere und Diäten geliefert habe.

Einen Kunden dieses Namens habe ich nicht, wohl aber zählt Herr A. Ködler, Weinstr. 6, zu meinen Abnehmern.

Lauf Ausweis meiner Bücher hat derselbe am 6. Februar er. zuletzt Waren von mir bezogen; seinen vor einigen Tagen erteilten Auftrag auf Nachlieferungen habe ich nicht ausgeführt, da meine Nachlieferungsabrik zur Zeit nicht arbeitet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Kohler haben auf ihre Lohnforderung zum Teil eine ablehnende Antwort erhalten. Am 18. März wird hierzu eine Verammlung Stellung nehmen. Der nächste Jahrtag ist am Sonntag bei Schmidt, Ramlersstr. 28, mag dort jeder seine Sammelkarte in Ordnung bringen.

Der Vertrauensmann: Bernau, Ramlersstr. 22.

Achtung, Aelter (Tapezierer). Folgende Bauten sind gesperrt: Spandauerstraße, Ede Wischoffstraße, Michaelisstraße 25, Hinzendorferstraße 3.

Deutsches Reich.

Der vierte internationale Textilarbeiter-Kongress ist von dem Organisationskomitee in Berlin zum 16.-20. Juli d. J. nach Berlin einberufen.

Das Waldenburger Gewerkschaftskartell besprach in seiner letzten Sitzung die Zustände im dortigen Bezirk. Die Forderung der „Glückselig-Friedenshoffnung-Grube“, den Achtstundentag einzuführen, wurde allgemein mit Begeisterung entgegengenommen. Man erwartet man, daß die Direktion drei Schichten einrichtet und nicht etwa nebenher noch freiwillige vierstündige Leberarbeiten. Das Sekretariat der Gewerkschaft hat in verflochtenen Jahren 365 Personen Rat und Auskunft erteilt. Der Mangel an Versammlungsmitteln hat zu dem Beschluß geführt, durch Ausgabe von Anteilsscheinen Mittel für den Ankauf eines Lokals herbeizuschaffen.

Die höchste Strafe denen, die für die gemahregelten Vergarbeiter sammelt! Wie aus Zwidan berichtet wird, hat die Amtshauptmannschaft Zwidan zu wiederholten Malen Strafverfügungen über Parteigenossen verhängt, die für die gemahregelten Vergarbeiter Unterstützungsgelder gesammelt haben. Die Strafverfügungen lauten auf die für „unerbautes Sammeln“ höchste zulässige Strafe von 150 M. Diese Verfügungen sind nicht an sich, sondern wegen ihrer Höhe bemerkenswert. Wegen „unerbauten Sammelns“ sind ja schon immer Strafmandate erlassen worden, obwohl das Sammeln zu Straf- und ähnlichen Zwecken, da die Sache erlaubt ist, eigentlich ohne weiteres erlaubt sein sollte. Aber daß aus einem solchen Anlaß wie hier die höchste Strafe ausgeworfen wird, das dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. Die Strafverfügungen dürften aber auch sonst wenig Verständnis finden. Es ist doch einfach die Pflicht der Arbeiter, für die Opfer der Sache der Grubenbarone zu sorgen. Oder sollen die alten ausgemergelten Arbeiter verhungern? Oder wollen vielleicht die Behörden für die Opfer kapitalistischer Profitgier sorgen??

Der Ausstand der Maler und Läufer in Mainz umfaßt 300 Ausständige. Die Verhandlungen mit der Innung sind bisher ergebnislos gewesen, da den Arbeitern nur ein Maximallohn von 40 Pfennig vorgeschlagen wurde, während 42 Pfennig Minimallohn verlangt wurde. Bemerkenswert ist, daß sich auch die Maler der Christlichen Gewerkschaft dem Ausstand angeschlossen haben.

Zur Lohnbewegung der Düsseldorf Textilarbeiter bei Herzfeld u. Söhne ist zu melden, daß die Firma den Spinnern je 20 Pf. pro Tag Lohnzuschlag angeboten hat, von den anderen Forderungen und bezüglich der Forderungen, die Arbeiter beharren darauf, auf den mitgeteilten Forderungen und haben der Firma geantwortet, am Sonnabend kündigen zu wollen. Die Christlichen Quereisler sind natürlich wieder fest bei der Arbeit. In dem Augenblick, wo die Gewerkschaft der Textilarbeiter die in der Lohnbewegung befindlichen Arbeiter energisch unterstützt, trennelt die sogenannten Christlichen eine Versammlung zusammen, wählpmpfen unter Aufsicht eines Kaplans auf den „socialdemokratischen“ Verband, nennen das Vorgehen gegen die belästigt jüdische Firma Herzfeld „Hegererei“ und gründen einen christlichen Quereislerverband. Ja, der christliche Vorsitzende sagte selber in öffentlicher Versammlung, ein Fabrikant habe den Christlichen Geld angeboten zur Gründung dieses Verbands!

Der Streik der Bauarbeiter Bremens nimmt einen günstigen Fortgang. Bis Donnerstag hatten 30 Arbeitgeber die ernstlichsten Forderungen bewilligt. Die Maurer beschloßen, sich solidarisch zu verhalten, die Streikenden durch hohe Unterstützungen zu kräftigen und nicht mit Streikbrechern zusammenzuarbeiten.

Eine Massenaussperrung sieht in Tuttlingen bevor. Dort hatten die jänmerlich bezahlten Zwiider in drei Fabriken ihre im Herbst fallen gelassenen Forderungen wieder aufgenommen. Die Fabrikanten verzögerten ründerweg die Erfüllung der Forderungen. Die im Herbst eingeleitete Einigungscommission vermochte sie so wenig aufzuschnüren, wie das als Einigungsamt zusammengesetzte Gewerbegericht. Schon Freitagabend hatten die Herren Ringfabrikanten sich durch Beschloß verpflichtet, sämtliche Zwiider, wenn sie ihre Forderungen nicht zurückziehen, zu kündigen. Die Zwiider der drei genannten Fabriken hatten ebenfalls beschloßen, zu kündigen. Bedar jedoch dieselben ihre Kündigung einreichen, kündigten sämtliche Fabrikanten ihrem gesamten Personal, mit Ausnahme von zwei Fabriken, welche nicht dem Ring angehören. Die Kündigung läuft am 17. März ab; betroffen davon sind 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Organisation der Kellnerinnen. Wie uns eine Privatdepesche meldet, beschloß in München eine Versammlung von 400 Kellnerinnen die Gründung eines Vereins zur Besserung ihrer Lage.

Der französische Eisenbahner-Kongress.

Der 11. Jahreskongress der französischen Eisenbahner-Gewerkschaft tagte in Paris, in einem Saal der Arbeiterbewegung vom 1. bis 4. März. Er war besetzt mit etwa 60 Lokalgruppen, die durch 40 Delegierte sich vertreten ließen. In mehreren Fällen sind die Vertretungsstellen der Gruppen von den Gemeinderäten oder Departementsräten bezahlt worden. Der Kongress vollerte den bestreiffenden Mätern seinen Dank.

Der mihlungene Generalstreik-Versuch vom Herbst 1898 bildet einen Wendepunkt in der Thätigkeit der Eisenbahner-Gewerkschaft. Seitdem ist der frühere Vorstand, der demissioniert hatte, durch einen neuen ersetzt worden. Für den Geist des neuen Vorstands ist es bezeichnend, daß er den Eisenbahn-Gesellschaften keine Konstituierung in einem Rundschreiben anzeigte, worin ausdrücklich „mit der Vergangenheit gebrochen“ wurde. Wegen dieses Ausdrucks kam es auf dem Kongress zu lebhaften Auseinandersetzungen. Ein Delegierter sagte, jenes Rundschreiben wäre eine Verletzung des großartigen Werks der ersten neun Kongresse, und daß hätte die neue verhältnismäÙere Taktik zu keinen besseren Resultaten geführt als die alte. Schließlich wurde der Zwischenfall für erledigt erklärt.

Bezeichnend ist ferner der Antrag des Vorstands auf eine Verständigung zwecks späterer Vermählung mit den nicht-socialistischen Eisenbahner-Gewerkschaften Gimbret und Petiti (so benannt nach ihren respektiven Führern). Die Mehrheit nahm jedoch eine ziemlich unverbindliche Resolution an, welche den Vorstand bevollmächtigt, mit den beiden Gewerkschaften einen Verständigungsboden zu suchen lediglich zum Zwecke, die gemeinsamen Forderungen schneller durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang sei noch berichtet, daß ein Antrag aus der Mitte des Kongresses auf Besichtigung des allgemeinen Jahreskongresses der socialistischen Partei leider abgelehnt wurde. Die Ablehnung wird damit begründet, daß die thätigsten Gewerkschaftler ohnehin zugleich Mitglieder socialistischer Gruppen seien, und daß die wirtschaftliche Aktion von der politischen getrennt bleiben müsse. Der Beschluß entspricht der alten „nurgewerkschaftlich-revolutionären“ Taktik.

Am Delegierten der Gewerkschaft im Höheren Arbeiterrat (eine von Müllerand eingeführte Reform in der Zusammensetzung des Arbeiterrats) wurde einstimmig Guéard gewählt, der frühere Leiter der Gewerkschaft. Guéards Mandat geht dahin, so verhältnismäßig als möglich aufzutreten. Sollten aber die Unternehmer-Delegierten sich unverhältnismäßig zeigen, so hätte Guéard demonstrativ aus dem Arbeiterrat zurückzutreten.

Der Kongress stellte folgende Forderungen auf: Erhöhung der Löhne der am niedrigsten bezahlten Kategorien, Achtstundentag, entlohnter zweiwöchentlicher Urlaub im Jahre für alle Arbeiter und Angestellten, Beförderung des Personals alle drei Jahre, volle Bezahlung der Krankentage für die ganze Dauer der Krankheit u. a. m.

Ferner wurde beschloßen, in die städtische Arbeitsbörse einzutreten, sofern dies mit den Statuten der Gewerkschaft vereinbar ist.

Im Laufe der Verhandlungen wurden vom Kongress zwei Abordnungen gewählt. Die eine suchte die Senatskommission auf, die an der Beratung des Justizministergesetzes für Eisenbahner „arbeitete“, eines Gesetzes, welches von der Kammer schon vor mehr als zwei Jahren votiert wurde. Die andre Delegation begab sich zum Minister der öffentlichen Arbeiten, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß seine neulichen Dekrete über die Arbeitszeit teils nicht durchgeführt, teils die Arbeiter benachteiligen. Die Delegierten wurden an beiden Orten natürlich sehr freundlich aufgenommen und erhielten die schönsten Versprechungen, die aber ebenso natürlich von zweifelhaftem Werte sind.

Eine Berechnung, was die große Arbeiter-Aussperrung für Verlust verursacht hat, ist in der dänischen „Tidsskrift for Industrie“ aufgestellt. Während 13 Wochen waren 85000 Arbeiter ausgesperrt, in den letzten beiden 50000. Wenn man die Sonntagstage abrechnet, ergibt sich ein Verlust von 3 1/2 Millionen Arbeitstage. Die größten Streiks der Schwedenszeit 1897 hat 33000 Arbeitstage, der Malerstreik 1898 25000 Arbeitstage gekostet, die Arbeiteraussperrung in der Eisenindustrie 1897 100000 Arbeitstage.

Sociales.

Beerdigung und Geburtshilfe auf Gemeindefosten. Von unsern Parteigenossen im Stadtverordnetenkollegium in Offenbach a. M. war seiner Zeit angeregt worden, die Kosten für Beerdigungen auf die Stadtkasse zu übernehmen. Der Antrag konnte mitten im Rechnungsjahre keine Folge gegeben werden; zum Beginn des nächsten Rechnungsjahres gedenkt man aber einen Anfang zu machen. Nach einem an die Stadtverordneten gerichteten Antrag sollen für Gewährung der mangelhaften Bestattung 5000 M. und weiterhin für Gewährung mangelhafter Hebammenhilfe ebenfalls 5000 M. in den Etat eingestellt werden.

Gewerkschaftliche.

Das Vereinsgesetz gegen den Windthorst-Bund. Eine für das Vereinsleben wichtige Entscheidung hat das Kammergericht gefällt. Die katholische Organisation „Windthorst-Bund“, deren Sitz in Eisen ist, hat eine große Anzahl Ortsgruppen, an deren Spitze Obmänner stehen. Eine solche Ortsgruppe existiert auch in Altdorf. Die Polizei sah sie als einen selbstständigen Verein an, auf den die Vorschriften des § 2 des Vereinsgesetzes zuträfen. Für die Rechtseinreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis machte sie aber nicht den Altdorfer Obmann verantwortlich, sondern den Bundesvorsitzenden Fehrenberg in Eisen. Er wurde mit einer Geldstrafe bedroht und das Schöffengericht hielt diese aufrecht. Dagegen sprach das Landgericht als Berufungsinstanz den Angeklagten mit der Begründung frei, daß die Ortsgruppe in Altdorf nicht als ein selbstständiger Verein angesehen sei, wenn auch dort Versammlungen stattfänden und eine Vereinsfähigkeit entfaltete wurde. Die Staatsanwaltschaft legte hiergegen Revision ein, worauf der Strafsenat des Kammergerichts die Vorentscheidung aufhob und die Sache an das Landgericht zurückverwies. Der Senat führte an: Wenn die Ortsgruppe des Windthorst-Bunds ein selbstständiger Verein wäre, dann hätte die Obmann der Polizei das Statut und das Verzeichnis der Mitglieder der Ortsgruppe einreichen müssen. Der Vorderrichter habe aber thatsächlich festgestellt, daß hier kein selbstständiger Verein vorliege. Es siehe jedoch gleichfalls fest, daß in Altdorf eine Vereinsfähigkeit des Bunds entfaltet worden sei. Unter diesen Umständen wäre der Präsident des Windthorst-Bunds verpflichtet gewesen, der Orts-Polizeibehörde in Altdorf ein Verzeichnis von sämtlichen Bundesmitgliedern aller Ortsgruppen und das Statut einzureichen. Als Orts-Polizeibehörde im Sinne des Vereinsgesetzes gelte die Polizeibehörde an dem Ort, wo ein Verein seinen Sitz habe, und an dem Ort, wo er auch nur eine Vereinsfähigkeit entfalte. Das Landgericht müsse noch feststellen, ob den Angeklagten ein solches Verzeichnis treffen.

Diese Entscheidung ist insoweit erfreulich zu nennen, als sie am Ende auch die regierende Partei gegen das preussische Vereinsgesetz mehr als bisher mobil machen wird. Es bedarf selbstverständlich gar keiner Auseinandersetzung darüber, daß es thatsächlich für den Centralvorstand einer über ganz Deutschland ausgebreiteten Organisation unmöglich ist, der Behörde in der geleglich vorgezeichneten Zeit von drei Tagen ein zuverlässiges Mitgliederverzeichnis einzureichen!

Polizeikommiss gegen socialdemokratische Kalender. Aus Halle a. S. wird uns vom 7. März geschrieben: Berzeln Partei-genossen, Metallarbeiter, Tischler usw. fanden heute vor dem Schöffengericht wegen Sonntagsentheiligung mit Unflotte. Sie wurden beschuldigt — so heißt es wörtlich in der im höchsten Juristendeutsch verfaßten Anklage — am etc. eine öffentlich bemerkbare Arbeit, nämlich das Verteilen von Volkskalendern vorgenommen und dadurch das religiöse Gefühl in

in einem Allgemeingefühl verlegt und die Feiertagsruhe gestört zu haben. Die Parteigenossen bestritten, sich strafbar gemacht zu haben, haben aber zu die Kalender auf den Dörfern Jöberig und Markwig im Dezember und Januar vertrieben zu haben. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob vielleicht festgestellt worden sei, daß jemand Mißfallen über die Verbreitung geäußert habe, entgegnete der Wachmeister Kundi: „Ja, ein Gutsbesitzer hatte sich über die Kalender beklagt, aber das ist schon einige Tage vor der Verbreitung geschehen.“ Der Ober-Polizei-Inspektor Weydemann, der die Anklage vertritt, bemerkte: „Man denke sich nur, wenn in ein kleines Dorf mit 30 Häusern 15 Socialdemokraten kommen, ob das nicht auf das fromme Gemüt der Landleute einwirken soll.“ Beantwortet wurden 6 M. Geldstrafe event. 2 Tage Haft. Der Verteidiger Rechtsanwalt Herzfeld bemerkte, daß die Angeklagten, wenn sie an Stelle der Volkskalender vielleicht religiöse Traktäthen verteilt hätten, nicht verfolgt worden wären, und beantragte Freisprechung. Der Gerichtshof sprach die Angeklagten mit der Begründung, daß die Verbreitung keine gewerbliche Thätigkeit sei, frei.

Zu 50 Mark Geldstrafe ist der Redacteur der „Vollzeitung für die Kreise Niederbarnim und Oberbarnim“, Herr Albert Koch in Lichtenberg, verurteilt worden, weil er in einem Wirtschaftsgespräch dem Redacteur der Ortskrankenkasse für Lichtenberg, Oberförster a. D. Th. Kaufmann, zu Luredi nachgelagt hat, daß dieser die Milch, die von der Kasse für dessen krankes Dienstmädchen geliefert worden sei, für seinen eignen Hausstand verwendet habe. In einer andren Preß-Verleumdungssache, die wie die vorige Gelegenheit das Schöffengericht am Landgericht II beschäftigte, ließ sich die Anklage auf Verleumdung des Gesamtverbandes der genannten Kasse nicht aufrechterhalten, so daß das Gericht auf Freisprechung erkannte.

Weshalb Kriegervereine gemahregelt werden. Der Vorsitzende des Kriegervereins Germania in Halle, Herr Generalleutnant Lange, war zugleich Vorsitzender des Verbandes deutscher Veteranen und hatte als solcher sehr eifrig für die Besserstellung der vom Staate recht vernachlässigten Veteranen gewirkt. Das wurde ihm oben über genommen. In Halle versuchte man mit verschiedenen Mitteln, ihn aus dem Vorstande des Kriegervereins Germania zu entfernen. Als die Versuche erfolglos blieben, ging man gegen den Verein Germania selbst vor. Am 30. August 1898 nahm die Hallenser Polizeiverwaltung die Bestätigung des Vereins als eines Kriegervereins zurück, wodurch er alle den Kriegervereinen eingeräumten Sonderrechte verlor. Herr Lange klagte darauf gegen die Polizeiverwaltung beim Bezirksamt, ohne Erfolg zu haben. Auf seine Berufung wies das Ober-Verwaltungsgericht seine Klage ebenfalls wegen Unzulässigkeit des Verwaltungsstreit-Verfahrens ab. Präsident Perjus führte begründend aus: Die Befugnis, Kriegervereine zu bestätigen, sei den Ortspolizeibehörden durch Statutenordnungen vom 22. Februar 1842 erteilt worden. Die Bestätigung schließe in sich die ein für allemal erteilte Erlaubnis, die verstorbenen Waffen-geführten mit militärischen Ehren zu Grabe zu tragen. Es handle sich hier um Vergünstigungen, die von der Krone gewährt würden, und nicht um Akte der Polizeigewalt. Die Polizei sei in solchen Fällen ein Organ der Krone. Deshalb stelle sich auch die polizeiliche Zurücknahme der Bestätigung eines Kriegervereins nicht dar als eine Polizeiverfügung im Sinne des vierten Titels des Landes-Verwaltungs-Gesetzes und sei nicht durch die Klage anzufechten. Die Zurücknahme habe lediglich zur Folge, daß der Verein der besonderen Vergünstigungen der Kriegervereine verlustig gehe und nun nur noch nach dem gemeinen Vereinsrecht zu behandeln sei. Das Vereinsrecht werde durch die Verfügung in keiner Weise berührt, also würden auch nicht Rechte der Vereinsmitglieder verletzt, die man im Verwaltungsstreit verteidigen könnte.

Kurpfuscherei lag der Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung und Uebertretung der Medizinalordnung zu Grunde, die gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I gegen den Masieur Wilhelm Schaller verhandelt wurde. Der Angeklagte steht besonders in den Kreisen in dem Ruf, daß er schnell gewisse Krankheiten zu heilen vermag. Ende 1898 wurde er von einem Mann-Trompeter in Anspruch genommen. Ohne den Patienten auch nur der geringsten körperlichen Untersuchung zu unterwerfen, verabreichte der Angeklagte demselben eine Salbe und eine Mischung, wofür er sich 250 M. zahlen ließ. Es trat auch anscheinend Besserung ein, so daß der Trompeter sich geheilt glaubte, dann aber brach die Krankheit in so verstärktem Maße hervor, daß der Patient ins Lazarett gebracht werden mußte. Die ihn behandelnden Aerzte erfuhren von dem Grunde der Verschleppung und brachten den Angeklagten zur Anzeige. Dieser gab im Termin zu, daß er keinerlei medizinische Vorbildung genossen habe. Die Rezepte habe er von seinem Vater geerbt. Die Mischung bestehe aus 8 Gramm Cremortarari, Wasser und einem Fuderzulaß, außerdem aber noch aus einem Ingredienz, das er nicht nennen wolle, um sein Geheimnis nicht preiszugeben. Der medizinische Sachverständige, Prof. Dr. Straßmann, begutachtete, daß es ihm unter diesen Umständen unmöglich sei, ein Entschieden über den Wert oder Unwert der Mischung abzugeben, aber jedenfalls sei der Patient dadurch körperlich geschädigt worden, daß er durch die Kur des Angeklagten einer sofortigen rationalen Behandlung entzogen wurde. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Werthauer hatte mehrere Zeugen laden lassen, die bezeugten, daß sie von dem Angeklagten mit Erfolg behandelt worden waren. Der Staatsanwalt hielt trotzdem die Anklage aufrecht, er beantragte wegen des Vergehens drei Monate Gefängnis, wegen der Uebertretung 150 M. Geldstrafe.

Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von insgesamt 600 Mark.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den dritten Wahlkreis hielt am 6. März im Reuen Klubhaus in der Kammandantenstraße eine gut besuchte Versammlung ab. Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine besprach in einem weitläufigen Vortrage die lex Heinze und die Sittlichkeitsfrage. Redner behandelte eingehend die Ursachen der Prostitution, um dann die wichtigsten Bestimmungen des dem Reichstag vorliegenden Gesetzes zu kritisieren. Zum Schluß wandte sich Redner den sogenannten Kaufbestimmungen zu, indem er mit vernichtendem Spott der Dunselmänner gedachte, die an den reinsten und schönsten Meisterwerken der Kunst etwas Schmutziges finden und ihre schmutzigen Gefühle auf andre übertragen. In den Vorschlägen gegen die Kunst siede der Geist eklektischer Heidelei, eine Scheu vor dem Wahren und Natürlichen, die nicht ehrlich sein könne und die, wo sie ehrlich ist, von ihm, Redner, nur als krankhaft aufgefaßt werden könne. Nicht aus dem Geiste der Sittlichkeit und des Anstandes seien die Bestimmungen geboren, sondern aus einer Bräuberie, die in ihrem inneren Kern unfeindlich sei. (Großer Beifall.) Nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde die Versammlung geschlossen.

In der Versammlung des Wahlvereins für den fünften Wahlkreis, welche am Donnerstagabend im Rosenhaller Hof stattfand, berichtete Liepman über den Stand des Protestes gegen die Wahl des Herrn Dr. Rwid, über den die „Vorwärts“-Leser bereits unterrichtet sind. Es gelangte sodann die Frage zur Erörterung, ob infolge der Aufhebung des Verbindungsverbots eine Kenderung in der Partei-Organisation eintreten soll. Die Einleitung zu der sehr regen Diskussion giebt Jigewig. Derselbe hält die Uebertragung sämtlicher Geschäfte der Partei-Organisation auf den Wahlverein im allgemeinen für vorteilhaft, da sich bisher an den öffentlichen Wahlen Leute beteiligten, die Wahlergebnisse beeinflussen konnten, die der Partei vielleicht recht fern standen. Allerdings hätten wir auch den Uebelstand in Kauf zu nehmen, daß den socialdemokratischen Frauen dann noch die wenigen Gelegenheiten, bei denen sie sich in der Partei beteiligen konnten, genommen würden. Es wäre besser

gewesen, der Parteivorstand hätte eine bestimmte Direktive gegeben, daß mit etwaigen Kenderungen in der Organisation bis zum Parteitag gewartet werden soll. Genosse Liepman führte aus: In ihrer Jugend hat die Socialdemokratie kein ganzes Jahr Bedenkzeit gebraucht, um sich neuen Formen anzupassen, wenn die Möglichkeit der Notwendigkeit dazu vorhanden war. Schon der Erfurter Parteitag hat ausgesprochen, daß das Vertrauensmänner-System nur ein Nothbehelf sei. Da nun die Fessel gelöst ist, steht doch nichts im Wege, das Beste an die Stelle des Unvollkommenen zu setzen. Nur wer den Mut hat, sich offen als Socialdemokrat zu bekennen, indem er sich organisiert, soll auch das Recht haben, bei der Vergebung der Parteiämter das entscheidende Wort zu sprechen. Wenn dem Vertrauensmänner-System nachgerichtet wird, daß dasselbe sich für die Parteikasse bewährt hat, so ist das ein Irrtum: nicht das System, sondern die Parteigenossen haben das Geld aufgebracht. Die Parteikasse wird sich auch nicht schlechter stehen, wenn derselben ein bestimmter Prozentsatz der Beiträge überwiesen wird. Auch für die politische Bewegung ist die Centralisation die beste Organisationsform. Was die Beteiligung der Frauen anbetrifft, so sei dieselbe leider in Berlin so minimal, daß die überzeugten socialdemokratischen Frauen selber zustimmen werden, daß die Möglichkeit auf diese nicht ein Grund sein kann, den Ausbau und das Fortschreiten der Partei-Organisation aufzuhalten. Außerdem würde den Frauen immer noch Gelegenheit geboten werden, sich an den wichtigsten Partei-Aktionen beteiligen zu können. Jedenfalls gehören die Geschäfte der Partei in die Hände der organisierten Parteigenossen. Im selben Sinne sprachen wiederholt noch Liepman und Vatte. Willner, Herzer, Lange und Krauze stehen auf dem gegenteiligen Standpunkt. Vor allen Dingen müsse erst das Organisationsstatut der Partei geändert werden. Mißstände bei der Vergebung der Parteiämter haben sich bis jetzt nicht herausgestellt; Unorganisierte seien wohl noch wie mit Parteifunktionen betraut worden. Es sei auch entschieden zu weitgehend, nur die organisierten Parteigenossen als Socialdemokraten zu bezeichnen. Gegen eine solchecheidung müsse entschieden Einspruch erhoben werden. Und wenn schon die Beteiligung der Frauen an der Bewegung keine starke sei, so soll man denselben die Möglichkeit der Beteiligung nicht noch mehr beschränken. Es gelangte dann gegen eine starke Minderheit folgender An Liepman gestellter Antrag zur Annahme: „Die Parteigenossen des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises halten es für richtig, daß das Vertrauensmänner-System aufzuheben und die Geschäfte der Partei dem Wahlverein als der Organisation der Partei zu überweisen sind.“ Nachdem sodann der Vorsitzende auf die am 13. März bei Ripp's stattfindende Volksversammlung und auf die am 1. Osterfeiertag im Hotel Alexandersplatz stattfindende Matinee hingewiesen, erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die Arbeiter und Unterangestellten der städtischen Betriebe Berlins hielten am Mittwochabend bei Stecher, Andreasstraße, eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab. Bruno Börsch behandelte das Thema: „Wie stellen wir uns zur Einführung von Arbeitsordnungen, Arbeiterausgängen und Kündigungsfristen und zur Nichtbeantragung unserer Petition, betreffend Einführung von Pensionskassen seitens des Magistrats.“ Redner leitete namens des Ausschusses der vereinigten Berliner Filialen den Versammelten eine Eingabe an den Magistrat vor, welche fordert, für alle einen Lohn von weniger als 2000 M. beziehenden und nicht Beamtenqualität besitzenden städtischen Arbeiter und Unterangestellten Arbeitsordnungen zu erlassen. Der Referent begründete ausführlich das Verlangen. Zwar seien die städtischen Betriebe nach bereits ergangenen Entscheidungen nicht als gewerbliche im Sinne der Gewerbe-Ordnung anzusehen; die herrschenden Mißstände ließen es aber dringend geboten erscheinen, die geringen Vorteile dieses Gesetzes auch den städtischen Arbeitern zu teil werden zu lassen. So beständen z. B. Arbeitsordnungen in den meisten städtischen Betrieben überhaupt nicht. Anstatt sich ein Beispiel an andern, besonders sächsischen Städten zu nehmen, welche für ihre Arbeiter Kündigungsfristen eingeführt haben, schaffe die Stadt Berlin diese noch in den wenigen Fällen, wo sie beständen, nimmere ab. Ferner müßten die Löhne nach bestimmten Stufen festgesetzt sein, daß nicht, wie bisher, Günst und Mißgünst der unteren Aufsichtsborgane hierin maßgebend seien. Das Strafenumweilen müsse aufhören und dem § 194 Abs. 6 der Gewerbe-Ordnung angepaßt werden; seien doch Strafen, wie achtstägiges Aussetzen und ähnliches nichts Seltenes. Darum müßten die Arbeiterausgänge in solchen Fällen ein letztes Wort sprechen. Diese Ausschüsse seien überhaupt eine zwingende Notwendigkeit; sie müßten aber auf geänderter Basis ruhen, als die weniger bisher bestehenden, die nur ein jämmerliches Ausstattungsstück seien. Am schließlich dem Zustande ein Ende zu machen, daß in einem Betriebe langjährige Arbeiter angeblich wegen Arbeitsmangel entlassen, in andren aber neue Arbeiter zur selben Zeit eingestellt werden, wird gefordert, wie es in Stuttgart eingerichtet ist, eine Arbeitsnachweisstelle einzuführen. Neuanstellungen müßten aus den in Berlin und in den Vororten wohnenden Arbeitern entnommen werden; nicht, daß nach der Praxis des einen Herrn Stadtrats verfahren werde, der gesagt habe, ihm seien die Berliner zu schlau, er stelle nur noch Auswärtige ein. Redner schloß mit einem lebhaften Appell an die Versammelten, der Organisation beizutreten, wenn dem Magistrat eine energische und geschlossene Arbeiterschaft gegenüberstehe, werde er sich gezwungen fühlen, deren berechtigten Wünschen mehr Entgegenkommen zu zeigen wie bisher. (Lebhafter Beifall.) — In der Diskussion sprach Stadverordneter Hing. Er stimmte den Ausführungen des Referenten bei und sicherte den vorgetragenen Wünschen die thätkräftige Unterstützung der socialdemokratischen Stadtverordneten zu. Schließlich wurde die vorgeschlagene Eingabe angenommen und beschlossen, dieselbe zur Unterschriftensammlung in den städtischen Betrieben einzulagern zu lassen und sie so dem Magistrat zu übermitteln. — Zum zweiten Teil des Themas, die Nichtbeantragung der Petition über die Pensionskassen betreffend, war eine Resolution eingegangen, die ohne Diskussion unter lebhafter Zustimmung einstimmig ge Annahme fand:

Die Versammelten sprechen ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Magistrat auf die im August des vorigen Jahres an denselben bezüglich des Sommerurlaubes gerichtete Petition bis zur Gegenwart keinen Bescheid erteilt hat.

Die Versammelten meinen, daß sie durch ihre langjährige Thätigkeit im Dienste der Stadt sich so viel Rechte erworben haben, daß der Magistrat ihnen auf ihre beschiedene Eingabe wenigstens einer Antwort würdige.

Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen jede Verachtung der städtischen Arbeiter, welche durch die Nichtbeantragung der Petition zum Ausdruck kommt.

Vom Kriege.

Wir erklärten es schon gestern für wahrscheinlich, daß die Boeren Bloemfontein nach ihrem letzten Rückzug jedenfalls ohne besonderen Widerstand preisgeben und sich zum Entscheidungslampf erst hinter dem Baal-Fluß, der die Grenze Transvaals und des Oranje-Freistaats bildet, stellen würden. Diese Ansicht wird, wie es scheint, auch im englischen Kriegslager geteilt. Ein Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Kapstadt, den 8. März:

Wie ich höre, werden die Boeren wahrscheinlich den nächsten ernstlichen Widerstand gegen den Vormarsch der englischen Truppen, von kleineren Versuchen abgesehen, auf der Transvaaler Seite des Baal-Flusses leisten.

Weiter berichtet derselbe Korrespondent: Der Feind hat ungeheure Vorratmengen nach dem Spelonken-Distrikt geschickt. Es scheint, als ob er sich dort, falls er bei Pretoria gefangen wird, zum letzten Widerstand festsetzen, die Verteidigung der Forts angeworbenen ausländischen Truppen überlassen und die un-

vermeidliche Kapitulation in der Hoffnung auf fremde Intervention hinzuziehen will.

Bei dem Kampfe am 7. März sollen, wie Lord Roberts nach London berichtet, die Präsidenten Krüger und Steijn zugegen gewesen sein und hätten das Kräfteverhältnis und die Boeren zu jammeln. Die Boeren hätten jedoch erklärt, es sei ihnen unmöglich, gegen die englische Artillerie und eine so bedeutende Kavalleriemasse Stand zu halten.

Ueber den siegreichen Vorstoß

des Feldmarschalls Roberts vom 7. März wird dem „Reuterschen Bureau“ aus Oshfontein gemeldet:

Die aus drei Brigaden Kavallerie, zwei Brigaden berittener Infanterie und sieben berittenen Batterien bestehende Division French verließ das Lager um sieben Uhr morgens und marschierte südöstlich. Bei Tagesanbruch befand sie sich fast gegenüber dem linken Flügel der Boeren, deren Stellung aus einer Gruppe von sieben Hügeln bestand. Sobald die Umgebungsbeziehung begann, eröffneten die Boeren das Feuer mit einem Krumpfsunder-Geschütz, richteten jedoch wenig Schaden an. Die erste britische Brigade unter dem Obersten Porter schob im Rücken des Feindes ihre Geschütze vor und brachte die Kanonen der Boeren zum Schweigen. Porter legte dann den Vorstoß längs dem Rücken des Feindes fort, welcher plötzlich von den östlich gelegenen Hügeln ein Gewehrfeuer eröffnete. Porter sandte um die berittene Infanterie vor und schob auch die Kavallerie vor. Da er den Feind zu beiden Seiten hatte, schob eine Hauptbatterie aus der Position des Generals Kelly-Kenny auf die Boeren, so daß der Feind die westlichen Hügel räumte und Porter frei wurde, um den Feind rechts zu engagieren. Die britischen Lanzenreiter versuchten, dicht an den Feind heranzukommen, wurden aber durch große hervorbrechende Truppenmassen der Boeren gezwungen, sich zurückzuziehen. Nunmehr wurde von englischer Seite eine Batterie mit Truppen vorgeführt und hielt den Feind in Schach, welcher sich hartnäckig verteidigte und achtzehn Pferde der Batterie tötete. Die englische berittene Infanterie und die britischen Geschütze trieben dann allmählich die Boeren zurück, welche ihr Lager in Verwirrung verließen und sich in östlicher Richtung zurückzogen, während sie vom General French und einem Teil seiner Truppen verfolgt wurden.

Neben der Lage im Norden der Kapkolonie wird am Freitag gemeldet, daß Korvalspont jetzt von den Engländern besetzt sei. Die Boeren wurden am Donnerstag gezwungen, über den Fluß zurückzugehen.

Am Kapstadt erfährt man, daß nach den aufreißerischen Bezirken des nordwestlichen Teils der Kapkolonie Truppen abgeschickt worden sind.

Deutsche für Transvaal? Der Korrespondent des Kap Agens in Delagoa telegraphiert unter dem 6. März: Der deutsche Reichspostdampfer „Kaiser“, der am Dienstag hier angekommen ist, brachte fünfzig Deutsche für Transvaal, darunter vier deutsche Artillerie-Offiziere. Diesen wurde auf Verlangen des britischen Konsuls das Gepäck untersucht und bei jedem ein Gewehr mit Munition gefunden, was konfiszirt wurde. Die Offiziere befinden sich noch in Lorenzo Marques.

Englische Pläne.

Die „Times“ sagen bei Besprechung der Frage der Annexionierung der südafrikanischen Republiken: Wir können Gebiete, von denen wir stets behauptet haben, daß sie zu unrem Reich gehören und der Königin als Suzeränin unterthan sind, wenn ihnen auch große autonome Rechte zugehoben wurden, nicht unrem Reich einverleiben unter Bedingungen, welche dieselben stets mißachtet haben, sondern es besteht kein Zweifel über das, was bezüglich ihrer beabsichtigt ist. Unser Land hat opfervolle Aufkämpfungen gemacht, um eine Organisation zu zerstören, welche mit dem Bestehen der Reichsautorität in Südafrika unvereinbar und ihr feindlich ist, und es ist vollständig ausgemacht, daß dort kein Kern zurückbleiben darf, um welchen eine solche Organisation sich von neuem bilden könnte. Es ist ein Glück, daß die Handlungsweise des Oranje-Freistaats uns von jeder Schwierigkeit befreit hat, die entstanden sein würde, wenn derselbe ehrlie Neutralität beobachtet hätte.

Die Befriedigung über den Ausbruch des blutigen Kriegs wird hier ebenso offen wie eifrig geäußert. Das schadet die Hinopferung vieler Tausende von englischen Soldaten, wenn es gilt, die Boerenrepubliken mit ihren reichen Goldlagern zu annektieren!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 9. März. Die für heute, Freitagabend, nach dem großen Saal der „Philharmonie“ einberufene Versammlung der durch die lex Heinze bedrohten Kunst- und Berufsvereine zum Zweck eines gemeinsamen Protestes hat im Publikum ein so ungewöhnliches Interesse erregt, daß schon in sechster Stunde der Vorhof der „Philharmonie“ von einer dichten Menschenmenge besetzt war, die von Minute zu Minute anwuchs. Der Ansturm von Menschen war ein so fürchterlicher und gefahrdrohender, daß das Komitee auf die Abhaltung der Versammlung verzichten mußte.

Essen a. d. Ruhr, 9. März. (W. L. B.) Die hiesige Handelskammer hat sich heute in eingehender Beratung mit dem Reichsbeschau-Beschauverwurf und den von der Kommission des Reichstags hierzu gefaßten Beschlüssen beschäftigt. Man war einstimmig der Ansicht, daß die Annahme der von der Kommission eingeschalteten Bestimmungen zu § 14 eine große Schädigung der nationalen Interessen zur Folge haben müsse und beschloß, an die Reichsregierung das dringende Verlangen zu richten, keinem Beschlusse des Reichstags zuzustimmen, welcher über die allein maßgebenden hygienischen Gesichtspunkte hinausgeht.

Frankfurt a. M., 9. März. (W. L. B.) Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Konstantinopel: Der französische Dampfer „Bajo“ wurde von einer Batterie der Dardanellen fast beschossen, weil derselbe kurz nach Sonnenuntergang die Meerenge passiren wollte. Der Dampfer mußte sich infolgedessen aus den Dardanellen zurückziehen.

München, 9. März. (W. L. B.) Im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten kam heute die Petition des Vereins zur Gründung eines Mädchenschulsystems in München um Gewährung eines Staatszuschusses zur Beratung. Sowohl die Centrumsabgeordneten Schäbler und Verus, wie die liberalen und socialdemokratischen Ausschussmitglieder bestritten die Petition. Dagegen sprachen sich die Centrums-Abgeordneten Daller und Orterer, wie auch der Kultusminister Dr. von Landmann gegen die staatliche Unterstützung der genannten Schule aus. Schließlich wurde bei Stimmengleichheit durch Entscheidung der Stimme des Vorsitzenden und Ausschusses Daller die Gewährung des Staatszuschusses abgelehnt.

Paris, 9. März. Der Brand des Theaters Francaix führte zu einer Interpellation in der Deputiertenkammer. Der Minister Leguec erklärte, daß der Brand nicht durch den Heizapparat verursacht sei. Der Aufbau des Theaters werde schnellig erfolgen und hoffentlich vor Schluß der Weltausstellung vollendet sein. Hierauf wird die einfache Tagesordnung angenommen. — Nach der Sitzung erklärte der Minister, man habe das Odeon als provisorisches Theater in Aussicht genommen.

Auch der Gemeinderat beschäftigte sich mit der Angelegenheit.

London, 9. März. (W. L. B.) Nach einer bei London eingegangenen Meldung aus Calais von heute berichtet der Kapitän des Dampfers „Windor“ aus Leith, der Dampfer „Cuvier“, von Antwerpen nach Brasilien unterwegs, sei um 5 Uhr morgens infolge einer Kollision mit einem unbekannten Dampfer gesunken. Der Dampfer „Windor“ nahm um 7 Uhr morgens den zweiten Steuermann und zwei Seeleute an. Man befürchtet, daß der Rest der Mannschaft ertrunken sei.

Reichstag.

163. Sitzung vom Freitag, 9. März 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowski. Die zweite Beratung des Fleischbeschaugesetzes wird fortgesetzt. Zur Diskussion stehen noch die gestern citierten §§ 1, 2 und 14a—d und die Abänderungsanträge Beth und Albrecht und Genossen.

Abg. Dr. Pachnide (fr. Vg.):

Wenn meine Freunde in der Kommission in der Gesamtentscheidung für das Gesetz gestimmt haben, so nur aus dem Grunde, weil wir mit seiner Grundtendenz einverstanden sind, mit allen Einzelheiten sind wir durchaus nicht einverstanden. Vor allem halten wir den § 14a für viel zu weitgehend. Das die deutsche Fleischzufuhr allein den deutschen Fleischbedarf decken kann, ist eine ganz unbeweisbare Behauptung. Eine Zunahme der Viehproduktion ist ja zuzugeden, daraus geht aber nur hervor, daß sich die Lage der Landwirtschaft günstiger gestaltet hat. Herr Holz hat zwar behauptet, daß die Preise für alle landwirtschaftlichen Produkte gesunken seien. Das ist aber nicht der Fall. Die Statistik beweist, daß die Getreidepreise immer höhere geworden sind. Zugunsten ist nur, daß es den kleinen Landwirten schlechter geht, denen kann man aber mit höheren Getreidepreisen nicht helfen, denn sie müssen selbst noch Getreide kaufen. Wir Erhöhung der Getreidepreise würde außerdem die Viehproduktion zurückgehen, weil das Futter teurer würde. Sehr ungewiß ist weiter, ob auch eine noch so gesteigerte Viehproduktion mit der Zunahme der Bevölkerung gleichen Schritt halten könnte. Also Sie müssen doch wenigstens mit der Möglichkeit rechnen, daß der deutsche Fleischbedarf nicht von der einheimischen Landwirtschaft wird gedeckt werden können. Und tritt dieser Fall ein, dann kommt es zur Fleischvertierung, dann schädigen Sie die arbeitende Bevölkerung und auch den Mittelstand, den Sie schützen wollen. Die Öhren würden Ihnen sausen von dem Rumor, der sich dann gegen Sie erheben würde; fürchten Sie besonders die Ungnade der deutschen Hausfrau! (Lachen rechts.) Den Augen von dem Enttäuschungsturm, der sich dann erhebt, werden natürlich wieder die Sozialdemokraten haben. Und dann die Folgen für unser Verhältnis zu Amerika! Ein Zollkrieg ist doch ein recht zweischneidiges Schwert. Wir exportieren für 90 Millionen Rohzucker, Porzellan für 10 Millionen nach Amerika. — Der Zollverlust, den wir erleiden würden, wenn amerikaisches Fleisch von der Einfuhr ausgeschlossen würde, beträgt 15 Millionen Mark! Ich verweise auch auf die Flugblätter „Arbeiter und Flotte“. Da heißt es: „Große Fleischmassen kommen aus der Ferne zu uns und erleichtern den Armen den Fleischgenuß! (Hört! hört! links.) Mit solchen Gründen sucht man die Arbeiter für die Flotte zu gewinnen und auf der anderen Seite will man die Einfuhr dieses so wohlthätigen amerikaischen Fleisches verhindern. — Sie wird sich nun die Regierung zu diesem Gesetz stellen? Alle Augen richten sich auf den Herrn Grafen Posadowski, doch er will nicht reden. Die Regierung hat aber die Pflicht, sich zu erklären, denn der Entwurf ist in der Kommission aus einem sanitären zu einem prohibitiv-protektionistischen geworden, und was ist der Herr Staatssekretär des Innern, Graf v. Helldorf? Gewiß glauben wir, daß es ihm sehr unangenehm ist, zu dem Gesetz zu reden; aber es bleibt doch seine Aufgabe, für gute Beziehungen des Deutschen Reichs zum Ausland zu sorgen, und es ist unabweisbar, daß ein solches Gesetz unsere Beziehungen zu Amerika verschlechtern würde. Soll das Schweigen der Regierung vielleicht die Kapitulation insofern bedeuten, als man dadurch die Annahme der Flottenvorlage zu erleichtern sucht? Das wird vermutet. Doch die Stellung der Herren von der konservativen Partei zu der Flottenvorlage ist ja gegeben. Sie mögen die Stimmung im Lande darstellen wie Sie wollen, sie sagen müssen Sie doch zur Flotte. (Lachen rechts.) Ihre Stimme hat die Regierung und sie braucht sie nicht zu teuer zu bezahlen. (Lachen rechts.) Den Wahlkampf möchte ich erleben, in dem die Agrarier gegen eine begründete Verneuerung der Wehrkraft Deutschlands eintreten müssen und in dem der Landrat seine Hand von ihnen abziehen muß. (Großer Lärm rechts.) (Der Reichsanwalt Fürst Dohlenlohe tritt den Saal.) Mit Drohungen sind die Herren Agrarier allerdings sehr stark. Wenn die Regierung nicht alles thut, was sie wünschen, denn kündigen sie ihr das Vertrauen. Die Regierung hat Jahrzehnte hindurch eine Großgrundbesitzer-Politik getrieben. (Großer Lärm rechts.) Doch je rücksichtsloser die Agrarier auftreten, desto rücksichtsloser wird die Regierung. Diese Ueberzeugung herrscht im Lande und ich frage die Regierung, ob sie dieser Ansicht durch Zustimmung zu einem solchen Gesetz noch neue Nahrung geben will. Wir machen jedenfalls eine derartige Gefährdung unserer Industrie und unserer auswärtigen Beziehungen (Lärm rechts) nicht mit, weil diese Gefährdung zugleich auch einen Rückschlag für unsere Landwirtschaft in sich schließen kann. (Bravo links, ironisches Bravo rechts.)

Abg. Graf Ranth (l.):

Herr Pachnide behauptete, daß die Getreidepreise gestiegen sind. Er übersieht dabei, daß auch die Produktionskosten erheblich gestiegen sind. (Sehr richtig! rechts.) — Unsere Beziehungen zu Amerika sollen gestärkt werden. Zunächst wird durch das Einfuhrverbot für amerikanisches Fleisch Amerika so gut wie gar nicht betroffen. Allerdings hat Amerika an dem Verbot zubereitetes Fleisch ein nicht unerhebliches Interesse. Doch wird durch die Kommissionsbeschlüsse auch von diesem Fleisch nur ein Sechstel im Werte von 4 Millionen Dollar getroffen. (Sehr richtig! rechts.) Aber diese lumpigen 4 Millionen Dollar sind eine wahre Bagatelle gegenüber den Vorteilen, die Amerika im übrigen von Deutschland hat. Der Export Amerikas nach Deutschland beträgt 553 Millionen mehr als unser Export nach Amerika. (Hört! hört! rechts.) Im Vorjahre hat sich die amerikaische Einfuhr nach Deutschland um 220 Millionen vermehrt, während unsere Ausfuhr nach Amerika in diesem Jahre um 99 Millionen abgenommen hat. (Hört! hört! rechts.) Ich halte die Amerikaner für viel zu kluge Geschäftsleute, als daß sie sich wegen der lumpigen 4 Millionen Dollar ein so wichtiges Abhängigkeitsgebiet verschmerzen könnten. Ich bin deshalb überzeugt, daß Amerika sich wohl hüten wird, gegen uns vorzugehen. Wir haben ja gesehen, was sich Amerika alles von Frankreich hat gefallen lassen, und Frankreich gegenüber sind wir die reinen Waisenkinder. (Sehr richtig! rechts.) Redner verbreitet sich des weiteren über das handelspolitische Verhältnis zwischen Frankreich und Amerika unter stets wachsender Ueberspannung des Hauses. (Stille des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrin:

Ich bitte die Herren, doch etwas mehr Ruhe zu bewahren, damit der Redner verstanden werden kann. Wenn Sie glauben, über den Gegenstand schon genügend orientiert zu sein, so können Sie ja der Debatte durch einen Schlussantrag ein Ende machen. (Große Geisterleit.)

Abg. Graf Ranth (fortfahrend):

Ich schließe (Staatssekretär Graf Posadowski) meldet sich zum Wort. Lebhafte Kl. -Aufe.) mit der Bitte an das Haus, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen und erwarte, daß auch die Regierung ihnen ihre rücksichtlose Zustimmung geben wird. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Ich hätte mir ja noch eine Reihe von Rednern pro et contra anhören können, aber ich will die Geduld des Hauses nicht weiter auf die Probe stellen. Insbesondere muß ich dem Herrn Abg. Pachnide erwidern, daß nicht er, sondern die Regierung selbst darüber zu bestimmen hat, wann sie sich über ihre Stellung auszusprechen will. — Herr Pachnide fragte: wo ist Graf Helldorf? Er ist nicht hier aus einem nahe liegenden und sehr einfachen Grunde. Hier handelt es sich um einen Akt der autonomen Gesetzgebung, (Sehr richtig! rechts.) und wir glauben noch Herr im eignen

Haufe zu sein. (Lebhafte Beifall rechts.) Es handelt sich nicht um eine internationale Regelung, sondern um einen Akt der autonomen Gesetzgebung des Deutschen Reichs. (Bravo! rechts.) Es handelt sich um ein hygienisches Gesetz, das seit Jahrzehnten von allen Parteien des hohen Hauses verlangt worden ist (Sehr richtig! rechts), das lediglich den Zweck hat, die Gesundheit der deutschen Bevölkerung zu schützen. (Sehr richtig! rechts.) Wir müssen vermeiden, und ich stelle das ausdrücklich fest, auch nur den Schein zu erwecken, ob wir irgend welche wirtschaftspolitischen Zwecke verfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Die einzelnen Redner haben in der Debatte zum Teil eine Begründung geliefert, die in mir den Eindruck erweckte, als sprächen wir nicht über ein Gesetz zum Schutze der Gesundheit des deutschen Volks, sondern über eine Position des neuen Zolltarifs. Wenn wir uns wie einer der Vorredner auf den Standpunkt stellen wollten, daß wir die Waren festzuhalten suchen, die wir in Deutschland selbst in ausreichender Qualität und Quantität herstellen können, so würde das jedenfalls zur Nachahmung der anderen Staaten führen. Bei einem solchen Vorgehen wäre bald jeder Gütertausch zwischen den verschiedenen Völkern ausgeschlossen. (Sehr richtig! links.) und wir brauchen uns dann über die künftige Gestaltung der handelspolitischen Beziehungen zu dem Auslande den Kopf nicht zu zerbrechen. (Sehr richtig! links.) Ich meine, wenn man prohibitiv gegen Waren eines anderen Staats vorgeht, so muß man erstens den Beweis führen können, daß wir diese fremden Waren zur Zeit nicht mehr brauchen, und man muß ferner in einem hohen Maße von Wahrscheinlichkeit den Nachweis führen können, daß diese Waren einen gesundheitsgefährlichen Charakter haben.

Die Herren, die gestern und heute für die Kommissionsbeschlüsse gesprochen haben, sagen, wir dürfen das ausländische Fleisch nicht besser stellen, als das inländische. Dann würde aber der Schluss der sein, daß an das ausländische Fleisch genau dieselben Anforderungen gestellt werden wie an das inländische, und wenn es diesen Anforderungen nicht genügt, prohibieren wir es. So weit ist aber in richtiger Erkenntnis der Sachlage die Kommission mit ihren Beschlüssen selbst nicht gegangen; denn wenn sie so weit gegangen wäre, hätte sie weder Speck noch Schmalz dauernd zugelassen. Prohibieren haben die Herren Konserven, Pöselfleisch, Schinken, Würste, frisches Fleisch vom 31. Dezember 1900 ab. Ich bin auch überzeugt, daß in den Häufen, die uns zugeführt werden, manchmal eine grauliche Mischung ist. (Sehr richtig! rechts.) Was die Konserven betrifft, so muß man zugeben, daß sie in so kleinen Stücken eingeführt werden, daß eine Untersuchung kaum noch möglich ist. Ich weise aber auch auf das Pöselfleisch hin. Ich frage Sie: Welcher Unterschied ist zwischen der Gefahr des Specks, der von einem munterstehenden Tier kommt, und der Gefahr des Pöselfleischs? Der einzige Unterschied liegt darin, daß sich im Speck verhältnismäßig selten Toxine finden, während sich im Pöselfleisch häufiger Toxine finden. Aber diese Gefahr wird dadurch beseitigt, daß selbstverständlich an der Grenze das Fleisch auf Toxine untersucht wird. Man hat gesagt, der Bedarf an Fleisch ist in Deutschland noch nicht gedeckt. Ich glaube, daß er gedeckt werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Was die Gesundheitsgefährlichkeit betrifft, so möchte ich die Herren, die für die Kommissionsbeschlüsse sind, daran erinnern, welche ungeheurer Fortschritt im Schutze der Volksgesundheit darin liegt, daß jedes Stück, das in Deutschland eingeht, an der Grenze sachverständig untersucht wird.

Ich bedauere, daß in den Kreis der Debatte internationale Beziehungen gezogen sind. Aber ich sage auch, die Gründe, die gegen die Beschlüsse der Kommission angeführt sind, könnten wirklich dazu beitragen, das nationale Selbstgefühl in hohem Maße zu erschüttern. (Sehr richtig! rechts.) Ich erwähne noch, die Gründe, die für Zulassung des Specks gesprochen haben, sprechen auch für Zulassung des Pöselfleischs. In den Häufen, die den Ansehen erwecken, als seien die sanitären Rücksichten mit den handelspolitischen Erwägungen verbunden, muß ich Sie dringend bitten, wegen der schweren Bedenken, die dagegen an maßgebenden Stellen vorliegen, die Regierungsvorlage wiederherzustellen, und dazu, glaube ich, werden die Herren, die auf dem Boden der Kommissionsbeschlüsse stehen, auch zu bewegen sein. Ich habe oft gehört, daß man von der agrarischen Bewegung sagte, sie ist künstlich erzeugt, sie wird vorübergehen. (Lärm rechts.) Vorübergehende Erscheinung! (Heiterkeit ein Teil der Agitation.) Ich halte diese Auffassung für oberflächlich. Eine Bewegung, die so große Dimensionen angenommen hat, die sozusagen den Charakter einer elementaren Erscheinung trägt, kann nie und nimmer durch bloße Agitation entstanden sein. Wenn wir unsere handelspolitischen Beziehungen neu regeln, werden wir deshalb erst prüfen müssen, inwieweit die Beschlüsse, die von landwirtschaftlicher Seite vorgebracht werden, berechtigt sind und wie weit wir sie ohne Schädigung der übrigen Erwerbsstände mindern können.

Ein französischer Minister hat einmal gesagt, wenn wir keine Opposition hätten, nähmen wir uns eine Waise. Das gilt auch von politischen Verhältnissen. In der jetzigen Zeit des Radikalismus ist die konservative Richtung für die liberale Partei ein wertvoller Anker. (Lärm links.) Hätten wir diese konservative Richtung nicht, dann wären die liberalen Parteien von den radikalen Parteien vielleicht schon verschlungen. Wir werden ernst prüfen müssen, ob wir beim Abklingen der neuen Handelsverträge unsere Landwirtschaft aus politischen und wirtschaftspolitischen Erwägungen wesentlich stärken müssen. Es ist eine geradezu gefährliche Erscheinung, daß die Wanderung der Bevölkerung vom platten Lande nach den Städten, von den östlichen Landesteilen nach dem Industriegebiet im Westen ständig zunimmt. Zum Teil ist damit geradezu eine nationale Gefahr verbunden, daß ganze preussische Provinzen angewickelt sind auf Arbeiter, die jenseits der Grenzen ihrer Heimat haben. Der landwirtschaftliche Arbeiter ist an die Unbillen von Wind und Wetter gewöhnt; er ist der ausdauerndste und schlagfertigste Soldat. Die Tendenz, die sich bei der Kommissionsvorlage geltend gemacht hat, muß man bis zu einem gewissen Grade als berechtigt anerkennen. Die verschiedenen Regierungen haben aber ernste Bedenken gegen eine Verquickung solcher Gesichtspunkte mit der gegenwärtigen Vorlage.

Wir stehen vor einer großen Aufgabe, die vor kurzer Zeit als die wichtigste des neuen Jahrhunderts bezeichnet worden ist. Diese Aufgabe können die landwirtschaftlichen Kreise nicht lösen, wenn sie nicht die Unterstützung der Industrie genießen. Ich es nun tatsächlich richtig, ein Gesetz zu machen, das die dringendsten Bedürfnisse in den weiten Kreisen der Industrie und ihren Spitzen hervorruft? (Sehr richtig! links.) Jetzt ist die Industrie nur besorgt. Sollten aber die von der Industrie befürchteten Folgeerscheinungen eintreten, so würde sich in der Industrie eine Gegnerschaft zur Landwirtschaft entwickeln. (Lärm rechts.) „Wange machen gilt nicht!“ Sie sagen: Wange machen gilt nicht, wenn ich aber eine solche Weigerung thue, dann ist es nicht ein Schicksal, sondern sie entspricht ersten Erwägungen. Innerhalb von 2 1/2 Jahren sind wir gezwungen, unsere handelspolitischen Beziehungen neu zu regeln. Ich würde es für falsch halten, bei den großen Bedenken, die einer derartigen Gestaltung des Gesetzes entgegenstehen, gerade hier vorzutreten zu wollen. Wir können, wenn wir dazu kommen, unsere handelspolitischen Beziehungen auf Grund eines neuen und besseren Zolltarifs zu regulieren, keinen anderen Gesichtspunkt verfolgen als den: Schutze der heimischen Arbeit. Wir haben dann keine Rücksichten mehr zu nehmen, die jetzt noch zu nehmen sind. Wir haben unsre Verträge durchaus gehalten auch da, wo wir glaubten, berechtigten Grund zu Reklamationen anderen Staaten gegenüber zu haben. Wir werden bei den Handelsverträgen unserer heimischen Produktion das selbe Maß von Schutze gewähren müssen, das andere Staaten bereits in verschiedenen Gesetzen in neuer Zeit zum Schutze der deutschen Industrie ihrer heimischen Produktion gewährt haben.

Gegenüber dem Zwischenruf „Wange machen gilt nicht!“ möchte

ich mir zum Schluß noch eine Bemerkung gestatten. Ich bin auch überzeugt, der Beschluß, den die Mehrheit dieses hohen Hauses jetzt fassen wird, ist von einer ganz außerordentlichen Tragweite. (Sehr richtig! links.) und von einer viel höheren Bedeutung, als Sie im gegenwärtigen Augenblicke vielleicht denken. Also haben Sie Geduld, noch ein paar Jahre zu warten. (Lebhafte Zurufe rechts: Oh! oh!) Ich sehe, Sie (nach rechts) haben keine Geduld. Haben Sie Geduld, mit diesen entscheidenden Maßregeln bis zur Umgestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zu warten. Rabins Cunctator (der Zauderer) war nicht der schlechteste Taktiker.

Abg. Fischbeck (fr. Vp.):

[Bei der herrschenden Unruhe im Saale nur schwer verständlich:] Graf Posadowski hat hier die konservative Richtung laut gepriesen. Das war etwas verwunderlich, weil ihm kurz zuvor von einem hervorragenden Führer zugewiesen worden war: Wir haben zur Regierung kein Vertrauen. Redner polemisiert gegen verschiedene Redner der Rechten, seine Ausführungen bleiben aber im Zusammenhang unverständlich. Die Kommissionsbeschlüsse werden eine Fleischvertierung und damit einen Rückgang des Konsums zur Folge haben. Die Volksernährung wird also Schaden leiden. Konsequenz freilich wäre es, die Schmalzeinfuhr auch zu verbieten. Wir müssen auf das Ausland Rücksicht nehmen. Wenn wir dem Ausland etwas verkaufen wollen, müssen wir unsere Wirtschaftspolitik danach einrichten. Auf der Ablehnung des Gesetzes hat nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch der Mittelstand großes Interesse, ganz abgesehen von der am Weltmarkt interessierten Industrie. Herr Graf v. Almsdorff spricht den Segenern der Kommissionsbeschlüsse Nationalgefühl ab und fragt, warum erst jetzt die Opposition so stark erwacht sei. Weil wir Vertrauen zur Regierung hatten. Jetzt aber braucht die Regierung die agrarischen Stimmen für die Flotte und macht KonzeSSIONen. Die Agrarier drohen mit der Ablehnung der Flotte. Solche Drohungen zeigen doch auch nicht von Nationalgefühl, sondern vielmehr von Geschäfts-patriotismus. Ueber den Patriotismus der Stahlpanzer-Patrioten ist sich ja alle Welt einig. Diese Vorlage zeigt den Patriotismus des Bundes der Landwirte in bengalischer Beleuchtung. Es ist interessant, daß die Hamburger Handelskammer die erste gewesen ist, die gegen diese Vorlage mobil gemacht hat. Es ist dieselbe Handelskammer, die in der Flottenagitation vornan steht. Die Hamburger Handelskammer befindet sich jetzt, daß eine Aera des Niederganges des Handels beginnt. Wenn wir schadenfroh wären, könnten wir den Hamburger Herren ihre Mißstimmung gönnen. Sie haben große Hilfe gegeben, schöne Reden mitangehört und nun sehen sie sich durch die Gesetzgebung so enttäuscht. Sie haben dem Satz angehängt: Mehr Flotte, weniger Parteien, und müssen es jetzt erleben, daß der Satz umgeändert ist in „mehr Flotte, weniger Handel“. Aus dem hygienischen Gesetz ist eine agrarische Liebesgabe geworden. Wir werden gegen die §§ 14a—14d stimmen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (l.):

Ich will keine Flottenrede halten wie der Vorredner, sondern bei der Fleischbeschau bleiben. (Sehr richtig! rechts.) Wir halten unsren Standpunkt lediglich aus hygienischen Gründen aufrecht. (Lärm links.) Die weiteren Ausführungen des Redners sind wegen der großen Unruhe im Saale sehr schwer verständlich. Eine Erhöhung der Preise beschädigt die Landwirtschaft nicht. Sie will nur Preise haben, bei denen sie profitieren kann, sie will geschützt sein gegen die Preisdrückerei des ausländischen Fleisches. — Eine Begrenzung gegen den Handel liegt in dem Einfuhrverbot nicht, aber den Handelskammern kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie zu wenig Rücksicht auf die Landwirtschaft nehmen; doch auch die Industrie liegt ihnen nicht so sehr am Herzen, sie fördern nur die Interessen des internationalen Seehandels. — Herr Wurm sprach gestern immer von den nationalen Gesichtspunkten, aus denen seine Partei gegen dies Gesetz sei. Ich bestreite Herrn Wurm das Recht, sich als national zu bezeichnen. (Lärm bei den Soc.) Seine Partei hat sich stets als international bezeichnet. — Herr Pachnide sprach von unserer Stellung zur Flottenvorlage. Wir kennen in solch hervorragenden nationalen Fragen allerdings keinen Schaden, das überlassen wir anderen Parteien.

Die Forderung des Herrn Staatssekretärs, Pöselfleisch zur Einfuhr zuzulassen, ist für uns unannehmbar. Es kommt in ganzen Häufen an und die Untersuchung der einzelnen Stücke ist unmöglich. Die Verhängung und Suspendierung des Einfuhrverbots dem Bundesrat zu überlassen, dazu können wir uns nicht entschließen. Wir sind in verschiedenen Fällen mit unserm Vertrauen zu dem Bundesrat gründlich heringefallen. Der Herr Reichsanwalt hat seiner Zeit das Versprechen abgegeben, daß in der Vorlage inländisches und ausländisches Fleisch gleich behandelt werden soll. Etwas anderes will das Einfuhrverbot nicht. Ich erwarte also von dem Herrn Reichsanwalt, daß er dieses sein Versprechen ebenso einlöst, wie die Aufhebung des Verbindungsverbots politischer Vereine. (Bravo! rechts.)

Hamburgischer Bevollmächtigter Senator Dr. Vurchard:

Die Hamburgische Regierung hat seiner Zeit diese Vorlage welche die Fleischbeschau einheitlich regelt, mit Freuden begrüßt, ich kann es aber doch nicht unterlassen, die schweren Bedenken hier zum Ausdruck zu bringen, welche meine Regierung gegen den § 14a, gegen das Einfuhrverbot hat. Es ist zwar behauptet worden, daß die deutsche Viehproduktion ausreiche, um den deutschen Fleischbedarf zu decken, von anderer Seite wird aber diese Meinung durchaus nicht geteilt, und behauptet, daß wir heute nicht in der Lage sind, ohne Einfuhr von außen unser Volk mit Fleisch zu versorgen. Das bedenkliche an dem § 14a ist aber, daß hier auf dem Wege gesetzlicher Festlegung erklärt werden soll: von dem und dem Termin ab darf bestimmtes Fleisch überhaupt nicht mehr zur Einfuhr gelangen. Diese Bestimmung ist ein vollkommenes Koorn und giebt der Vorlage den Charakter eines Ausnahmegesetzes. — Daß die Handelskammern sich gegen dies Gesetz wehren, ist selbstverständlich, denn sie haben die Pflicht, die Interessen des Handels wahrzunehmen.

Sie können es ihnen nicht verargen, daß sie ihre Wünsche an den Reichstag bringen, denn gerade der Handel ist hier leider am wenigsten vertreten. Die Handelskammern der Seestädte speziell müssen für die Seeschifffahrt, für die großen Dampfschiffahrts-Gesellschaften, die den Ruhm der deutschen Industrie in die Welt tragen, eintreten. Die Behauptung, daß der Seehandel nicht für die Industrie eintrete, ist vollkommen falsch, wird doch der Seehandel von der Industrie alimentiert. Auch die Vergütung der Flotte, für die wir unbedingt eintreten, liegt im Interesse beider.

Vom Standpunkt einer weltanschaulichen und vorsichtigen Politik muß also meine Regierung diesen Kommissionsbeschlüssen ihre Zustimmung verweigern. (Bravo! links.)

Reichsanwalt Fürst Dohlenlohe:

Mein Versprechen, wenn man es so nennen will, von dem Herr v. Wangenheim mit einer gewissen Feiertätigkeit sprach, ist durch die Vorlage dieses Gesetzentwurfs vollständig erfüllt. Daß man die ausländische Fleischwaren nicht ganz gleich mit den inländischen Fleischwaren in allen Fällen behandeln kann, hat die Kommission selbst anerkannt, indem sie Speck und Schmalz von dem Einfuhrverbot ausgenommen hat. (Sehr richtig! links.) Lärm rechts.) Ich bin also vollkommen in der Lage, mich gegen die Kommissionsanträge zu erklären, ohne dadurch mit meiner Erklärung vom Jahre 1898 in Widerspruch zu geraten. (Beiwegung.)

Abg. Steinhauer (fr. Vg.):

wendet sich unter großem Tumult der Rechten gegen die Kommissionsbeschlüsse. Seine Ausführungen bleiben im einzelnen unverständlich.

Ich gehöre zu denjenigen Nationalliberalen, die nicht für alle Einzelheiten der Kommissionsbeschlüsse stimmen können. Der § 14a ist für mich nicht annehmbar. Die Erregung, die sich dagegen geltend gemacht hat, darf man nicht so ohne weiteres übergehen, wenn sie auch teilweise künstlich erzeugt sein mag. Wir fürchten von der Annahme dieser Bestimmungen, daß sie der Sammelungsaktivität schaden wird. Sie ist geeignet, einen Keil zwischen Industrie und Landwirtschaft zu treiben. Hoffentlich kommt bis zur dritten Lesung eine Verständigung zu Stande. (Rufe rechts: Nein, nein.) Sie rufen nein, aber wie ich aus den Reden der Regierungsvertreter entnehmen zu haben glaube, und wie ich namentlich die letzte Bemerkung des Herrn Reichskanzlers verstanden habe, ist gar keine Aussicht vorhanden, daß die Regierung den Kommissionsbeschlüssen zustimmen wird. Da jetzt keine Möglichkeit vorliegt, Änderungen durchzuführen, so werde ich mit einigen meiner Freunde bei der Abstimmung in zweiter Lesung für die Kommissionsbeschlüsse stimmen (Große Heiterkeit links), unter dem Vorbehalt, bei der dritten Lesung eine andere Stellung einzunehmen zu dürfen. (Erneute Heiterkeit.) Wir wünschen das Zustandekommen eines Gesetzes zum Nutzen der Volksernährung und der Landwirtschaft. Wir wollen deshalb abwarten, ob die Regierung ihren jetzigen Standpunkt wahrhaftig wird. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe noch eine Erklärung abzugeben. Ein Teil meiner Freunde schlägt die Vedenken, die die Industrie gegen die Kommissionsbeschlüsse hegt, höher an als ich. Dieser wird schon jetzt in zweiter Lesung gegen die Kommissionsvorlage stimmen. (Langandauernde Heiterkeit.)

Von den Konserverfabriken wird mit Unterstützung der Nationalliberalen und des Centrums ein **Schlussantrag** eingebracht.

Abg. **Einger** (Soz., zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, ich beantrage für den Fall, daß der eben eingebrachte Schlussantrag die gewünschte Unterstützung findet, **namentliche Abstimmung über diesen Schlussantrag.** (Rufe rechts: Psui! Insa m!)

Der Antrag Einger wird außer von den Sozialdemokraten auch von den freisinnigen Gruppen unterstützt. Die Unterstützung genügt. Ebenso genügt die Unterstützung für den Schlussantrag. Die Abstimmung über den Antrag auf **Schluss der Debatte** ist also eine **namentliche.**

Der Schluss der Debatte wird mit **195 Stimmen gegen 89 Stimmen angenommen.** (Präsident Graf v. Helldorf hatte sich der Abstimmung enthalten.) Es kommt zur Abstimmung über die diskutierten Paragraphen.

§ 1 wird einstimmig angenommen. **Alle zum § 2 gestellten Änderungsanträge werden abgelehnt.** Die Abstimmung über § 2 im ganzen ist auf Antrag Einger eine **namentliche.** An der Abstimmung haben sich 284 Mitglieder beteiligt. Mit Ja haben 209, mit Nein 75 gestimmt. § 2 ist also mit 209 gegen 75 Stimmen **angenommen.**

Es folgt die Abstimmung über die §§ 14a bis d. Die Abstimmung über § 14a ist eine **namentliche.** § 14a wird mit 168 gegen 90 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen **angenommen.** Auch die §§ 14b bis d werden nach den Beschlüssen der Kommission **angenommen.** Damit sind die Anträge Abrecht (Soz.) u. Gen. erledigt.

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Samstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.) Schluss 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungskommission.

Am Freitag wurden diejenigen Paragraphen erledigt, welche sich auf die Schiedsgerichte beziehen. Nach einer von der Regierung vorgeschlagenen Änderung soll das Schiedsgericht befugt sein, den Beteiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Mutwillen oder durch ein auf Verschleppung oder Verzögerung berechnetes Verhalten derselben veranlaßt worden sind. Diese Änderung ist schon aus dem Grunde eine herbe Ungerechtfertigkeit gegen die Arbeiter, weil gegen die durch die Berufsgenossenschaft herbeigeführte Verschleppung bei der Feststellung der Renten die Arbeiter ganz wehrlos sind. Wenn aber die Arbeiter in den Verdacht kommen, irgend einen Antrag zu stellen, um die Sache zu verschleppen, dann sollen sie mit Aufsehung eines Teils der Kosten bestraft werden. Die Sozialdemokraten bekämpften daher diese Änderung und führten eine ganze Reihe von Gründen an, welche die vorgelegene Maßregel als durchaus ungerechtfertigt erscheinen lassen. Das Gesetz besetze jetzt schon 15 Jahre und trotzdem wären Fälle der Verschleppung usw. bis jetzt noch nicht vorgekommen, wenigstens könnten derartige Fälle von der Regierung nicht angeführt werden. Es liege daher gar kein Grund zu einer derartigen Bestimmung vor. Außerdem aber enthält das Gesetz so viele Verläufe gegen das Rechtgefühl der Arbeiter, daß letztere in vielen Fällen, in denen sie eine Rente nicht verlangen können, nicht zu begreifen vermögen, daß dies Rechtens sei und deshalb immer wieder von neuem Versuche anstellen, ihr Recht zu erlangen. Diese Versuche werden von dem rechtskundigen Vorsitzenden des Schiedsgerichts als eine

Verschleppung, als Mutwillen usw. aufgefaßt werden, während doch die Arbeiter einzig und allein das Ziel im Auge hätten, ihr vermeintliches Recht zu erlangen. Als Beispiele wurden solche Fälle angeführt, in denen, wie es sich später herausstellte, die Arbeiter tatsächlich arbeitsunfähig waren, auf Grund unwichtiger ärztlicher Zeugnisse aber als Simulanten auch vom Schiedsgericht angesehen wurden. Die Arbeiter würden nach der beantragten Änderung nicht nur mit ihren Ansprüchen abgewiesen, sondern noch durch Aufsehung der Kosten bestraft werden, dafür, daß sie für die Erlangung ihrer Renten eintreten. Endlich sei die Änderung auch geeignet, die Arbeiter von manchen Beweisunterlagen an das Schiedsgericht zurückzuführen, in der Furcht, ihre Anträge könnten als frivol angesehen werden und ihnen dadurch Kosten verursachen. Die bürgerlichen Parteien jedoch hielten es für nicht ausgeschlossen, daß sich irgend ein Fall ereignen könnte, in dem die Arbeiter tatsächlich aus Mutwillen z. B. Anträge an das Schiedsgericht stellten. Für solche Fälle dürfte unter keinen Umständen Kostenfreiheit bestehen und deshalb wurde die von der Regierung beantragte Verschlechterung angenommen. Der Grundgedanke, daß das Verfahren vor dem Schiedsgericht unter allen Umständen für die Arbeiter kostenfrei sein soll, ist also durchbrochen.

Das Verhältnis der Rechtsanwälte zu den Schiedsgerichten wurde durch einen Centramsantrag berührt, welcher einen festen Satz für die Begahlung der Rechtsanwälte in Klagen vor dem Schiedsgericht vorsieht. Sowohl von den Ultramontanen als auch von den Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde betont, daß eine derartige Regelung durchaus notwendig sei. Nach den heutigen Bestimmungen konnte ein Arbeiter, der für eine Klage vor dem Schiedsgericht die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch nehme, von letzterem verklagt werden und müßte dann das für Civilprozesse angelegte sehr hohe Honorar bezahlen. Jedoch war der in dem ultramontanen Antrag vorgesehene Satz den Sozialdemokraten zu hoch. Sie verlangten, daß das Honorar niemals höher als 20 M. sein dürfe, daß ferner ausdrücklich ein höheres Honorar auf Grund eines Sondervertrages verboten und die Frage des Armenrechts geregelt werden müsse.

Darin waren alle Parteien und auch die Vertreter der Regierung einig, daß in vielen Fällen die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts zu den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht durchaus nicht wünschenswert sei. Wenn ein Verstand für den Arbeiter angebracht erscheine, so könne ein mit den Verhältnissen vertrauter Arbeiterssekretär mehr nützen, als ein Rechtsanwalt, der oft genug sich mit diesen Sachen so gut wie gar nicht beschäftigt. Dies wurde auch von dem württembergischen Ministerialdirektor Dr. v. Schider betont. Bisher seien denn auch die Fälle, in denen ein Rechtsanwalt mitwirkte, überaus selten. Würde nun aber ausdrücklich in dem Gesetze eine auf das Honorar der Rechtsanwälte bezügliche Bestimmung enthalten sein, so wäre zu fürchten, daß die Zuziehung eines Rechtsanwalts allmählich die Regel werden würde. Dies aber müßte unbedingt vermieden werden. Deshalb wählte man schließlich den Ausweg, daß die Begahlung der Rechtsanwälte nicht durch das Gesetz selbst, sondern durch eine kaiserliche Verordnung geregelt werden sollte. Der ultramontane Antrag wurde mithin zurückgezogen.

Die **Etatkommission des Reichstags** befahle sich am Freitag mit den Forderungen für **Sabubauten in Ostafrika.** Die Abstimmung über den Antrag Richter (Streidung der 72 000 M. für den Weiterbau der Bahn von Korogwe bis Kenibo) wurde ausgesetzt bis zur Entscheidung über die geforderte Centralbahn und die Fortsetzung der Beratung bis Dienstag vertagt.

Herrenhaus. Die nächsten Plenarsitzungen des Herrenhauses sind auf Dienstag, den 27. März und folgende Tage anberaumt.

Aus der Frauenbewegung.

Soll das weibliche Geschlecht vogelfrei sein und bleiben? Neben dieses Thema referierte Reichstags-Abgeordneter A. Stadthagen am 7. März im Merensischen Lokal in einer von etwa 400 Personen besuchten Volksversammlung, die von den sozialdemokratischen Frauen Berlins einberufen worden war. Der Versammlung wohnten auch verschiedene bürgerliche Frauenrechtlerinnen bei. Nach einer recht interessanten Einleitung über die Entwidlung der Prostitution erörterte der Referent eingehend verschiedene Fragen, die durch die lex Heinze angeregt worden sind, insbesondere die Frage der Befreiung des § 361 Nummer 6 des Strafgesetzbuchs. Dieser Paragraph überliefere nicht nur die Prostituierten, die nach einer französischen Statistik in den weitaus meisten Fällen Opfer der Not und des Glücks seien, vollständig der Willkür der Polizei, er erkläre auch jede andre Frau für vogelfrei. Die Vigilanten, selbst weisse Verbrecher, könnten jede Frau und jedes Mädchen den peinlichsten Untersuchungen aussetzen. Es heiße dann einfach sie hätten sich „verdächtig“ gemacht. Er erinnere nur an den Fall Köppen und an verschiedene andre Fälle. Wenn man übrigens die Pest der Syphilis bekämpfen wolle, und das sei notwendig, dann müsse das in einem besonderen Sanitätsgesetz getrieben, nicht aber in einem Strafgesetz gegen die Unzucht. Referent kritisierte dann eine Reihe anderer Bestimmungen des Gesetzes und

lieferte zu dem Schluss, daß alle Frauen und Mädchen gegen den § 361 Ziffer 6 und seine Wirkung Protekt erhoben müßten, sowie die Möglichkeit, Verbote zu ermöglichen, eine Schmach für das ganze weibliche Geschlecht bedeute. (Lebhafte Weisung.) Frau-
lein Baader ermahnte die Anwesenden, recht viel Unterschriften für die gegen den § 361 Nr. 6 gerichtete Petition zu sammeln, die schon im „Vorwärts“ auszugswise publiziert worden ist. Als nächste Rednerin nahm Fräulein Anna Pappis, eine Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung, das Wort. Sie erklärte sich vollständig mit dem Referenten einverstanden und wandte sich nur gegen einige Bemerkungen Stadthagens, daß die Entziehung der Frauenrechtlerinnen gegenüber den geschiederten Missethänden abgelehnt sei. Das wäre nicht der Fall. Sie selbst habe vor einiger Zeit eine Volksversammlung einberufen, die gut besucht gewesen sei und sich gegen den § 361 Ziffer 6 erklärt habe. Sie habe Vertreter sämtlicher großen bürgerlichen Zeitungen eingeladen gehabt, es sei aber kein einziger erschienen. Die Genossinnen Wenzels und König führten kräftige Beispiele dafür an, wie schwer es einem Mädchen sei, sich von der Prostitution wieder abzuwenden und ein ordentliches Leben zu beginnen. Gerade die Kontrolle bilde das größte Hindernis. Die kontrollierenden Beamten entziffen durch ihr Erscheinen den Armen immer wieder die mühsam erlangte Stellung. — Frau Herrmann schilderte aus eigener Erfahrung, wie auf ostpreussischen Gütern die gräflichen Gutsherrn mit ihren weiblichen Diensthilfen umgehen. Nachdem noch zwei andre Redner im Sinne des Referats gesprochen hatten, erfolgte nach einem Schlusswort des Genossen Stadthagen der Schluss der improvisierten Versammlung.

Im **Frauen- und Mädchen-Bildungsverein** in Nixdorf hielt am 1. März Herr Dr. Jadel einen Vortrag über Pest und Influenza, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Am Schlusse teilte die Vorsitzende mit, daß das Stiftungsfest Sonntag, den 31. März, bei Lanfner, Bergstr. 151/52, stattfindet. Die Bilets kosten 20 Pf.

Frauenarbeit. Frau Staatsminister v. Gohler, Frau Staatsministerin Frau Vauinpfektor Müller, geb. v. Gohler, Frau Major v. Braunsaweig, Frau Generalsuperintendentin Haber und andre Damen finden sich jeden ersten Mittwoch des Monats bei der zuerst genannten Dame zu einer „Nähsunde“ zusammen. Für die armen Näherinnen aus dem Volke wird es angenehm sein zu hören, solche hochgeborene Kolleginnen zu haben; sie arbeiten zwar täglich oft mehr Stunden, wie diese im ganzen Jahr, aber es schafft dennoch ein gewisses Zusammengehörigkeitsgefühl.

Den nach dem Doloribus strebenden Damen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen geben die vornehmen Damen ein gutes Beispiel, wie man sich bescheiden auf das Gebiet beschränken soll, das der Frau von alters her zugewiesen ist.

Marktpreise von Berlin am 8. März 1900

nach Ermittlungen des sal. Polizeipräsidenten.		Schweinefleisch 1 kg		1,80	1,10	
*) Weizen	D. Gr.	15,30	14,-	1,60	1,-	
*) Roggen	-	14,30	13,70	1,60	1,-	
*) Gerste	-	14,10	13,-	2,60	2,-	
*) Hafer gut	-	15,-	14,30	60 Stück	6,- 2,70	
*) mittel	-	14,20	13,50	Karpen	1 kg	2,20 1,30
*) gering	-	13,40	12,70	*) Kalb	-	3,- 1,40
*) Rindfleisch	-	4,32	4,-	*) Zander	-	2,50 1,-
*) Schweinefleisch	-	6,80	4,20	*) Hecht	-	2,- 1,-
*) Gänse	-	40,-	25,-	*) Barsch	-	1,80 0,80
*) Enten	-	45,-	25,-	*) Schleie	-	2,80 1,20
*) Hühner	-	70,-	30,-	*) Karpfen	-	1,40 0,80
*) Rindfleisch, neue	-	7,-	5,-	*) Kebab	per Schaf	12,- 3,-
*) Rindfleisch, alte	-	1,60	1,20			
*) Schaf	-	1,30	1,-			

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Verarb. Landwirtschaftskommission - Weizenmarkt - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Tempelcenter. *) Weinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 9. März. Auf dem Getreide- und Mehlmarkt entwickelte sich unter dem ansehnlichen Einflusse durchgängig fester Meldungen aus New York und Chicago am hiesigen Frühmarkt gleichfalls Festigkeit. Die Preise setzten, wenn auch bei keinen Umsätzen, circa 0,75 Proz. höher ein. Mittags blieben die Preise für effektive Ware fest, obwohl die vorhandene Kauflust nicht eben groß war. Das Angebot aus dem Inlande war schwach, die Qualität des ostpreussischen Weizens aber nicht befriedigend. Aus dem Auslande lagen wieder reichliche Offerten vor, doch waren die Preise, insbesondere für Roggen nicht rentabel. Die Tendenz des Weizenmarktes wurde durch die unzulänglichen Verhältnisse Argentiniens nachdrücklich ungünstig beeinflusst, erholte sich jedoch bald wieder auf festes Ausland, namentlich Amerika und Ostreich-Ungarn, sodann auf bedeutende Weizenanbau in Ostreich-Ungarn. Im übrigen war die Geschäftsbeteiligung nicht groß. Weizen und Roggen waren je 1 M. höher gehalten. Hafer lag ebenfalls höher. Rindfleisch am höheren Saatenpreise in Ostreich-Ungarn.

Am Spiritusmarkt wurde 70er loco unverändert mit 47,00 M. bezahlt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt. Franz Müller. Wir bitten Sie, solche Zuschriften an den „Volkshoten“ in Berlin zu schicken.

Linde-Essenz
ist sehr ergiebig, denn eine Messerspitze voll genügt, Geschmack und Farbe des Kaffees zu verbessern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters
Paul Dothe
lagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Fabrik von Hirschmann und dem Verein deutscher Schuhmacher unseren innigsten Dank.
Frau Minna Dothe, Clara Dothe.
Max Dothe.

Strand-Restaurant Wagners
wird Wagners Hof u. Ausflugslokal.
Empfiehlt: Braten, Beeren und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge meist großartig gelungenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Park, herrliche Meeresküste.
Belustigungen aller Art. Constante Preise.
W. Wagener.
38787-1 „Strandlokal“, Adlon.

Zum Laubebau!
Gedrautes Kahlholz, Bretter, Latten, Leisten, Thürer, Fenster, Dachpappe, Zieg, dila, M. Rühle, Kottbuser Damm 22. 2929

ZAHNSCHMERZ zähler Zähne
beseitigt sofort
KROPP'S Zahnwalle
120% Carvacrolwalle
in plomb. Flasche
50% zu haben
in allen Drogerien
Nimm keine
Nachahmungen!

Arbeiter-Madonnen-Verein
„Berlin“
Heute, abends 7 Uhr,
u. wannen früh 8 1/2 Uhr
nach **Trebbin**.
Statt: Tempelhofer
Feld, Steuerhaus.
Donnerstag: Bismarck III. Erdbeere-
straße 6. 11/4

Neuer Abendkurs der
„Elektra“
Abteil. II für Elektromotoren.
Dienstag, 20. März cr.
Dauer 6 Monate in Theorie
u. Praxis. Keine Vorkenntnisse.
Zeugnis - Stellungsnachweise.
Anmeldung: Prinzenstr. 30, I.
Vom Sonntag bis 1 Uhr.
Kurs verlangt Broschüre.

Concordia-Garten zum
Wasserwerk,
Landbeger Chaussee Nr. 1.
Saal frei zu Versammlungen.
Jeden Sonntag: 38229

Großes Konzert.
Pipenhagen.
Entree frei.

Kösliner Hof
Köslinerstr. 5.
Jeden Sonntag: **Ball.**

Grosse Fänge, Preise billiger!!
Cablau,
der so sehr beliebt, z. Kochen pro **25-30 Pf.**
wie zum Braten **35 Pf.**
sehr empfehlenswert ist, im Anschnitt **25-30 Pf.**
Schellfische in allen pro **25-30 Pf.**
Größen

Delikatess-Fischkotelettes,
gebraten u. mariniert, in Blechdosen v. 8 Liter = 17 Pf. Mk. **3,50**,
4 Liter = 8 Pf. Mk. **2,00**, 2 Liter = 4 Pf. Mk. **1,25**,
empfehle die

Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft „Nordsee“
in ihren 6 Verkaufsstellen:
Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.
No. IV. Im Schlessischen Bahnhof, Madalstr. 22.
No. II. Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 10/11, am Wilhelmplatz.
No. III. Berlin NW., Lünburgerstrasse, Ecke Paulstr., Stadtbahnplatz 388/9 (Centralbahnhof).
No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz u. Ritterstrasse.

Seefische sind das billigste u. beste Nahrungsmittel, ersehen das Fleisch vollständig u. sind überaus wohlschmeckend, nahrhaft und bekömmlich.

Jeder Arbeiter
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die **Leberhose Herkules** tragen
klein-Verkauf. Sehr starke Hose in
praktischen grünen u. braunen Streifen.
Hinter u. vorn am Bund und einem
Stück gearbeitet. Niesnäpfe u. Kapp-
näpfe. Feine Leder-Blitz-Zackeln,
die Hose
(bei Entnahme von) **4 Mf. 50**
(8 Stück 25 Mf.)
Echt indigoblauer Jodett für
Machtkuchen, Monteur etc. **1 Mf. 50**
Echt indigoblauer Hose blau **1 Mf. 50**
Prima Machtkuchen Hose 8.-, 5,50, 3,50
Gefitteter Rauchsch. Jodett 13.-, 9.-
Kerze-Kittel, gebleicht Kessel **2 Mf.**
Wasser-Rittel in Weinen-Wit **2 Mf. 25**
Rechen-Rittel (braun) **2 Mf. 40**
Deiches Leder-Jodett, ge-
färbt, zweifach **7 Mf. 50**
Deiche Leder-Hose, Prima
Hose **3 Mf. 75**

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chansestr. 21a, Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 14te Jährliche Preisliste 1900
über gesamte Herren- und Knaben-Be-
kleidung (Wäsche 1 Million) ist er-
schienen und wird kostenlos und portofrei
zugeandt. 34572
Verlang von 30 Pf. an franco. -
Bei Bestellung genügt Angabe der
Brust- u. Bundweite u. Schriftgröße.
Nachdruck verboten!

Möbel,
Bürgerliche Wohnungen-Einrichtungen
Großes Lager - Billige Preise.
Wohnhelfer-Gewerbe (24829)
Wilh. Lambrecht, Simeon-
straße 19.

Charlottenburg.
M. Schmerberg (34072)
Wilmsdorfer-Strasse 127,
Uhrenmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren**
und **Goldwaren** zu
äußert billigen Preisen.
Optische Artikel. Dichtglas
werden schmerzlos gebohrt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 10. März. Opernhaus. Margarethe. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Die Tochter des Grafen. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Schind und Jan. Anfang 7 1/2 Uhr. Felling. La Bisbetica Domata. (Der Widerspenstigen Zähmung.) Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Freilicht. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Rache Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Rache. Anfang 8 Uhr. Westen. Undine. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr. Meißens. Die Dame von Mayim. Anfang 7 1/2 Uhr. Inten. Drei Paar Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weis. Von Stufe zu Stufe. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr. Victoria. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtsches. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr. Nachmittags 4 Uhr: Dormröschchen. Nebenbrotel. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Hoftheater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte. Landwehrstr. 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Helvet“.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Coffinet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Täglich:
* Theater variété.*
Auftreten des
indischen Fakirs
Kalakutta
- und des Zauberkünstlers -
Mr. Jérôme.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armee
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schubplattler-Gesellschaft.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr 30:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginiellen
Weiber-Parade.
Vorher: Das große März-
Specialitäten-Programm:
The 8 Diamants,
Deltorrelli Trio, Fred Gillet,
Sandor Trio, Georg Kaiser,
The Dayton, Mary Wolf
u. a.
Anfang an Wochentagen um 8,
an Sonntagen 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Macbeth.
Trauerspiel in fünf Aufzügen von
William Shakespeare.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonntag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Montag, abends 8 Uhr:
Macbeth.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Puppe.
(La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Pro-
log mit Ordonneau und Sturges.
Rust von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die
Puppe (La Poupée).
Sonntagvormittag 4 Uhr zu halben
Preisen: Der Bettelstudent. Von C.
Rißler.

Belle-Alliance-Theater.

Gastspiel Emil Richard.
Novität!
Die Reise nach Amerika
Ballett
mit Gesang in 5 Akten v. A. Philipp.
Anfang 8 Uhr.
Preise der Plätze: Loge 4 Mk., Parterre
2,50 Mk., Balkon 2 Mk. und 1,50 Mk.,
Balcon 1,50 Mk. u. 1 Mk., Eintritt 50 Pf.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.
Das Märchen vom falschen Prinzen.
8 kleine Preise. - Abends 8 Uhr:
Von Stufe zu Stufe.
In Vorbereitung:
Der Wenzelskönig von Frankreich.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenerstr. 72/73.
Täglich: Niefenacherfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Tischler, Hemmerling,
Sundermann, Baumhauer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im
Himmelhof.

W. Noacks Theater,

Brunnenstr. 10.
Heute Sonnabend, den 10. März:
Wegen Privataffektlichkeit
keine Vorstellung.
Sonntag:
Berlin, wie es lebt und liebt.

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra
und
8 erstklassige Specialitäten.
Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf von 10-8 Uhr im
Theater sowie beim „Invaliden-
dank“ und „Künstlerdank“.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Heute Sonnabend, den 10. März:
Wegen Vereins-Festlichkeit
geschlossen!
Sonntag und folgende Tage:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Aur erhellende Künstler!
Ren! James Kapelli, Ren!
elektr. unfehlbare Demonstration.
Um 8 1/2 Uhr: Winkler und Fröbel
in der hochbräutlichen Gesangsburleske
Der seltsame Zwickelmann.
Anfang 7 1/2 Uhr. Konzert 9 1/2 Uhr.

Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 10. März,
abends präc. 7 1/2 Uhr:
16. Grande Soirée High
Life. Gala-Programm.
Ren! Ohne Konkurrenz! Ren!
Mr. Wilkes mit seinen großartig
springenden russischen Wollstauden.
Neu! The two Martinecks?
Neu! Neu!
Der phänomenale Weltkünstler
Mr. Loyd.
Dir. Albert Schumann mit seiner
auferkannt unerreicht dastehenden
Original-Dressuren.
Zum Schluss zum 36. Male:
Doktor Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung
in drei Akten von Hofballlet-
meister A. Stems.
Sonntag: 2 große brillante Vor-
stellungen. Nachm. 3 1/2 Uhr: Im Volk-
nachtsbar oder Die Puppenkönigin.
Abends 7 1/2 Uhr: Dr. Faust. Nachm.
1 Kind frei.

Cirkus Busch.

Nur noch kurze Zeit!
Heute Sonnabend, 10. März, abends
7 1/2 Uhr: High Life Evening.
Zum 120. Male: Die Camorra.
Debut d. Troupe Belianis. Die fantasti-
schen Franzosen: Die weiße Dame. Quadrille
aus der Zeit Friedrichs d. Gr. Herr
Burghard: Foxtill. Origan-Troupe.
Signor Ricardo.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Heute Sonnabend:
Keine Soirée.
Sonntag, den 11. März:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Präsident Krüger
(neut bearbeitet).
Sorgfältiges Programm.
Nach der Soirée:
Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Bodentags 8. Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Ausserordentliche General-Versammlung der Oris-Krankenkasse der Gelb- u. Zingliesser

am Sonntag, 18. März, vorm. 10 Uhr,
im Lokal des Herrn. Kaiser, Inselstr. 10,
wozu sämtliche Vertreter der Arbeit-
nehmer hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Antrag des Mandanten um Er-
höhung seines Gehalts.
2. Verschiedenes.
2792b) Der Vorstand.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Rohrleger und Helfer!

Sonntag, den 11. März, mittags 12 Uhr, im Lokal Königshof,
Bülowsstr. 37-40:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Rohrleger und Helfer zu den Errungenschaften
anderer Gewerkschaften? 2. Diskussion.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist unbedingt notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Achtung, Vertrauensleute!
Die Konferenz für den Norden findet Sonnabend, den
10. März nicht statt.
Sonntag, den 11. März, vormittags 10 Uhr
**Allgemeine Versammlung
der Heizungsmonteur, Rohrleger und Helfer
in Feuersteins Salon, Alte Jakobstr. 75.**
111/8 Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Friedrich Schlegel über: „Unternehmer-
Verbände und Arbeiter-Organisationen“. 2. Diskussion. 3. Verbands-
Angelegenheiten.
Neue Zahlstellen sind errichtet worden bei Gleinert, Schussstr. 29;
Tolkendorf, Götterstr. 32; Trabert, Königs-Werkstätten,
Kottbuserstr. 10 - Die Zahlstelle in Tempelhof befindet sich jetzt bei
Kogale, Berlinerstr. 101. Die Zahlstelle bei Grundmann, Raun-
str. 78, ist aufgehoben.
Die Ortsverwaltung.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr
**Ausserordentliche General-Versammlung
im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.**
Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Fortsetzung der Be-
ratung der Entwürfe zum Verbandstag. 3. Verbands-Angelegenheiten und
Verschiedenes.
In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ersuchen wir alle
Mitglieder, pünktlich und vollzählig in dieser Generalversammlung zu
erscheinen.
Die Besammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

13. Stiftungsfest

find in allen Zahlstellen, bei den Vertrauenspersonen, in obiger Ver-
sammlung, sowie in unserem Bureau zu haben.
Achtung!
Sonntag, den 11. März 1900, vormittags 10 Uhr
im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstr. 57
Mitglieder-Versammlung
der Filiale IV des Centralverbands der Maurer Deutschlands.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von Bezirksführern und Neuwahl des Vorstands. 2. Gewer-
schaftliches. 3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8 1/2 Uhr in Weissensee, bei Kühn,
Köllestr. 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht. 2. Wahl. 3. Verschiedenes.
Montag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
bei Diecke, Adersstr. 123.
Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht. 2. Verbandsangelegen-
heiten. 3. Verschiedenes.
145/19
Heute abend in sämtlichen Zahlstellen: Entgegennahme
von Extrabeiträgen.
Der Vorstand.
J. N.: Karl Höfer, Admiralsstr. 19.

Central-Verband der Lösser.

Sonntag, den 11. März, nachmittags 2 Uhr, im Restaurant
Frisch Mauer, Köpenick, Dörfstr. 101:
**Öffentliche Versammlung
der Lösser von Köpenick und Friedrichshagen.**
Tages-Ordnung: Vortrag. Gewerkschaftliches.
Montag, den 12. März, abends 8 Uhr, im Restaurant
Schiller, Rosenthalerstr. 57:
Bau-Deputierten-Versammlung.
Tages-Ordnung: Beratung über Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand der Filiale Berlin.
136/9

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Nowak,
Wanzenstr. 9 (nahe der Köpenickerstr.):
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die tatsächlichen Beschlüsse der Zahlstelle Berlin. 2. Weiterberatung
über die Gestaltung unserer Agitation. 3. Verbandsangelegenheiten und
Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht
Die Kommission.
80/15

Achtung! Kleber (Tapezierer)!

Sonntag, den 11. März, nachmittags 1 1/2 Uhr,
bei Paster, Inselstr. 10:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Situationsbericht über den Stand des Streiks und Beschlüs-
fassung über unser weiteres Vorgehen.
Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt
nötig, das Ihr Mann für Mann erscheint. Ferner werden alle Bau-
arbeiter angefordert, die Kleber auf diese Versammlung auf-
merksam zu machen.
Die Lohnkommission.
101/9

Berliner Spar- und Bauverein

(E. G. m. b. H.)
Sonntag, den 11. März 1900, mittags präcise 12 Uhr:
Öffentliche Versammlung
in Puhmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Dr. Handlung: Die Bedeutung der Bau-
genossenschaften für die Arbeiter. Diskussion.
Der Vorstand.
Verband der Bau-, Erd-
und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin III.)
Sonntag, den 11. März, vormittags 10 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Kranz, Badstr. 12:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Först. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um regen und pünktlichen Besuch ersucht
Die Ortsverwaltung.
32/10

Rixdorf.

Socialdemokr. Verein „Vorwärts“.
Dienstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal des Herrn Lauckner, Bergstr. 151.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag: „Wann und wie die Sozialdemokratie liegen?“ Referent:
Reichstags-Abgeordneter H. B. A. u. d. r.: Kolden. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten.
Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.
Pünktlichen Besuch erwartet

Achtung! Bilderrahmenmacher! Achtung!

Sonnabend, den 10. März, im Neuen Klubhaus,
Kommandantenstr. 72:
**VII. Stiftungsfest
des Fachvereins der Bilderrahmenmacher.**
Hierzu ladet ergebenst ein
Der Vorstand.
Neu! [8749] Neu!
In dem Möbel- und Polsterwaren-Magazin
von
Wilhelm Müller, Gerichtstr. Nr. 10, am Hochplatz
laufen Sie
komplette bürgerliche Wohnungseinrichtungen,
sowie einzelne Möbel, Polsterwaren und Teppiche zu nicht
erhöhten Preisen nach am Zeitabläufe.

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux claquees,
weiche und feste Hüte, Einsegungs-Hüte
zu billigen Preisen bei
Max Radtke, Blumenstr. 39,
Ecke Andreestr. (kein Laden).
3878L*
Wo? ist der schönste Aufenthalt für Ausflüge und Land-
partien? Auf der Insel Pichelswerder
beim alten Freund.

Wo?

Lösl. Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
können den Hausfrauen bestens empfohlen werden. Zu haben bei
Otto Horst, NW., Wilhelmshavenerstr. 54. -- Filiale: NW.,
Hosstockerstr. 6.

van Houtens Cacao

Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den
täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist.
Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht ver-
daulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur
in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei
lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.
Echte Kornbranntweine aus reinem Roggen
und Malz gebrannt.
Wiescher Alter 65 Pf., Nischenberger 95 Pf., Münsterländer 1,10 Mk., Bres-
lauer 1,25 Mk., Steinhäger, Doornik, Kowolvi etc. in Originalabfüllung.
Cognac in großer Auswahl, fl. 1,10-2,50 Mk. Feinste in- und aus-
ländische Viqueurs, Ungarweine etc. empfiehlt die Weinhandlung von
F. Willumeit, Alexanderstr. 62, Potsdamerstr. 145 (Gangang
Kurfürstenstr.) und Stalinerstr. 135. [36302*
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-
ziehen! M. Plomben 1,50 Mk. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 199, Sprochstr. 9-7.

Heute nachmittag 5 Uhr:

Eröffnung

der **bedeutend vergrößerten** und **prächtig renovierten** Geschäftsräume.

Lichthof. • Treppenhaus. • Galerienbau. • 1^{te} Etage.
Grosse Souterrains. • Spiegel-Säle. • Ankleide-Salons.

Beleuchtung durch 28 elektrische Bogenlampen und ca. 200 elektrische und Gasflammen.

Neu aufgenommen:

Hüte, Wäsche, Krawatten, Schirme usw.

Bedeutend vergrößerte Mass-Abteilung und Vorräte in fertiger Kleidung.

Unsre Räume sind eine Sehenswürdigkeit. Wir laden zur gefl. Besichtigung ergebenst ein.

Baer Sohn

Kaufhaus für Herren- und Knaben-Ausstattungen.

II Brücken-Strasse II.

J. Brünn
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Wegen **Umbau** meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Tischzeug! Handtücher!
Fertige Wäsche!

zu sehr billigen Preisen zum
Ansverkauf!!

Aug. Stein
Gold- u. Silberwaren
Berlin 80., 177 Oranienstraße 177, Ecke Halberstr.
Einsegnungs-Schmucks
mit Opalen, Turmalin, Perlen etc.

Hüte
trotz der kolossalen Steigerung in der Gutfabrikation verkaufe noch zu den alten Preisen.
Otto Gerholdt,
Dresdenerstrasse No. 2,
Ecke Stallgerstrasse.
Gutes Lager in Schirmen, Hüten, Krawatten.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 134582
Franz Tutzauer, Oranienstraße 152.

Unsinn ist Viel Geld

Restaurant Müggelschlöbchen
bei Friedrichshagen.
Vorläufige Anzeige

für die Herren Vereinsvorstände, daß ich auch **Sonntags** meinen neuen großen Tanzsaal (denso groß wie der alte bekannte) unentgeltlich an Vereine und Gesellschaften verleihe. Die geehrten Vorstände laden zum Besuche freundlich ein.
Hochachtung
G. Rißer.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Restaurations im SO. Frankreichs halber billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Willi Brocke, Stallgerstrasse 105 im Keller. 1107

Grüntraumgeschäft, viel Kohlenmasse, Riese 45 Mark, sofort veräußert. Braubergstraße 6. 1118

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1119

Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, auch einzeln, spottbillig. Stallgerstraße 88, vorn II. rechts. 52K

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Rappinstraße. 578

Ruhbaummöbel, Stühle, Küche spottbillig, auch einzeln, Gartenstraße 22a, I. links. 177

Stoffe und Heide aus dem Brande eines Warenhauses für Damenkleider, Röcke, Herrenpaletots, Herrenhosen, Knabenjachen etc. Nur prima Qualität, so lange der Vorrat reicht. Spottbillig. Bismarckstraße 53, parterre links. 194

Elegante vorjährige Herrenhosen, feine Stoffe 0-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Betten, Steppdecken spottbillig. Fandliche Reanderstraße 6. 1718

Remontoiröhren. Regulatoren spottbillig. Fandliche Reanderstraße 6.

Teppiche. Gardinen spottbillig. Fandliche Reanderstraße 6.

Teppiche mit Farbenfehlern, Faderräger Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1119

Fahrräder verkauft Graf, Kärntnerstraße 12, Charlottenburg. 1187

Fahrräder, zu kolossal billigen Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik Oranienstraße 33. 59K

Fahrräder. Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Lager vierhundert Fahrräder, einjährige Garantie, liefern direkt Privat. Gebrauchte Fahrräder stets vorrätig. Imperial-Fahrradwerke, Dierichenstraße 31. 1058

Fahrräder, erstklassige Marken, zwei Jahre Garantie, billig. Teilzahlung gestattet. Reparatur-Bezahlung. Landens und Güntiger werden versehen. Gefährliche Räder, gut erhalten, billig. Carl Fischer, Dierichenstraße 9. 888

Uhrenausverkauf spottbillig, Stallgerstraße 126 parterre.

Goldwaren-Ausverkauf, spottbillig. Stallgerstraße 126 parterre. 128

Rahmmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, 5jährige Garantie. Postkarte genügt. Vandsberger, Vandsbergerstraße 35.

Steppdecken am billigsten. Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Kanarienhähne, edle Südweibchen verkauft Vilmow, Cuvrosstraße 29, vorn II. 120629

Rahmmaschinen, alle Sorten, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte. Heiner, Kuffsteinstr. 26. 1136

Pranctanten und Umgehenden offeriere: Pudel-Kleiderpinde 27, Ruffel-Epistel 10, Säulen-Ermineur 20, 10. Kuchlein, Panzer-Straggen, Taschen-Stofftasche 25. Große Kundwohl in Kuchennöbeln. Vollständige Wohnungs-Einrichtungen. Trotz enormer Preissteigerung liefere noch zu alten, wirklich billigen Preisen. Dirichthof, Mariannestraße 7a.

Grüntram (Geschäft, Kartofoel, Öringe, verkauft Kaufgerstraße 43.

Brotschke, entgegenendes Vorkaufgeschäft, große Wohnung, wegen Grundstücksannahme bis April billig veräußert. Graunstraße 43, Paden. 12006

Fahrrad, sehr gut erhalten, 60 Mark. Ebornerstraße 46/47. Kaufsch.

Halbrenner nun verkauft werden Böder, Gr. Frankfurterstraße 108, IV.

Billard verkauft billig wegen Abbruch Roth, Neue Königstraße 5. 1753

Elektrotechnik Nadion Alie Jakobstraße 24. Neuer Abendkurs 19. III. Lehrer: Herr Direktor Giller. 127529

Boite Akademie. Illustrierte Monatschrift für ererbende Volk. Monatsheft 25 Pfennig. Heft 1 sofort erschienen. Für jeden Arbeiter hochinteressant. Parteigenossen zum Vertrieb für Berlin und allen Orten Deutschlands gesucht. Adresse: Vitterarische Bureau Nürnberg. 91K

Wernerlegions Brodhaus, Brehm und andre wissenschaftliche Bücher verkauft und leicht Antiquariat Kochstraße 56 I. 898

Angushabad. Adminderstraße 60. Bäder jeder Art für sämtliche Kranken. Laffen. 778

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertig. Ferdinand Kleinert, W. Bismarckstraße 56, 2. Hof parterre. 13876

Handschone verkauft Fandliche Brantenstraße 63. 908

Uhren repariert. Wilhelm Rade Uhrentacher, Pulverstraße 45. 1145

12 Vereine haben heute neu renovierte Vereinszimmer in Germania Restaurant, Schwedterstraße 23/24. Saal und Garten zu Sommerfestlichkeiten, 500-1500 Personen fassend, zu vergeben. 1125

Vereinszimmer Simonsstraße 23. 64K

Vereinszimmer empfiehlt Bier, Alte Jakobstraße 119. 1288K

Arbeitsmarkt.

Stellungsangebote.

Klempnerlehrling verlangt Hr. Stange, Doppelnerstraße 48. 989

Schneidergesellen auf bessere Damensackets verlangt Lehmann, Boettcherstraße 25. 17886

Schneiderinnen, hoher Wochenlohn, verlangt Bese, Reanderstraße 1 I.

Arbeiterin auf besserer Damenjackets verlangt Lehmann, Boettcherstraße 25. 17876

Schulfräulein, sauberes Mädchen, welches zu Hause schläft, sucht Rosenbad, Heuburgerstr. 11. 27058

Waisen- und Heidenarbeiterin verlangt Schüpke, Reichsbergerstraße 58 III. 17946

Lehrmädchen verlangen gegen Vergütung T. Wenzel & Co., Braungasse 17. 948

Am Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Tischlergesellen
für Bausticherei finden von sofort dauernde Beschäftigung; für verheiratete in Wohnung vorhanden. 138721
E. u. C. Körner, Bülow, Bei. Röllin.

Vertreter gesucht.
Wein-Groß-Handlung und Kellerei sucht für hiesigen Platz u. Umgebung tüchtigen Vertreter gegen hohe Provision event. Fixum. Nur solche Herren erhalten den Vorzug, welche sich guten Rufes erfreuen und bereits mit Erfolg in dieser Branche gearbeitet. Offerten an die Exped. von G. H. Vatterauer, Rierstein (Rheinliefen). 138802

Achtung! Achtung! Bürstenmacher.
Die Kollegen der Firma Stanzmann, Köpferstr. 38 und Krauß, Köpferstr. 21, haben wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 50/16
Die Kommission.

Der Fachkongress der Gastwirtsgehilfen Deutschlands.

Dritter Tag.

Schluss der Nachmittags-Sitzung.

Hierauf folgte die Beratung der Kellnerinnenfrage. Der Referent Gutmann-Leipzig vertrat den Standpunkt, dass die Kellnerinnen keine eigentlichen Gastwirtsgehilfen seien, sondern fast ausnahmslos in sittlicher Hinsicht zweifelhafte Personen seien, die nur die Aufgabe haben, die Gäste zu animieren und im Interesse der Wirte auszubilden. Der Referent legte seine Forderungen in folgender Resolution dar:

- a) Um der gesamten Menschheit moralisch und sittlich gerecht zu werden, darf weibliches Personal, welches direkt mit dem Publikum (Gästen) in Verbindung steht, von abends 10 Uhr bis morgens 8 Uhr diese Räume nicht betreten. b) Jugendliche Arbeiter und Lehrlinge dürfen in Wirtschaften mit weiblicher Bedienung nicht beschäftigt werden. c) Kellnerinnen unter 25 Jahren sind nicht anzustellen. d) Lokale mit weiblicher Bedienung sind um 10 Uhr abends zu schließen.

Der Korreferent Staake-Berlin führte demgegenüber an: Es sei ein ganz unberechtigter Standpunkt, wenn man die Kellnerinnen ohne weiteres mit den Prostituierten auf eine Stufe stelle. Ueber die wirtschaftliche Lage der Kellnerinnen, die ja auch die wesentlichste Ursache der sittlichen Verhältnisse sei, geben die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik vom Jahre 1898 Aufschluss. Danach haben mehr als die Hälfte aller Kellnerinnen eine Arbeitszeit von 14-16 Stunden, nicht ganz ein Drittel 16-18 Stunden. Weiter geht aus den Erhebungen hervor, dass die Verhältnisse der Kellnerinnen in Süddeutschland schlechter seien als im Norden. Man dürfe die Kellnerinnen nicht als unethische Personen betrachten, man müsse sie vielmehr als gleichberechtigte Kolleginnen ansehen und für die Verbesserung ihrer Lage eintreten. (Beifall.)

Verschiedene Redner sprachen zum Teil unter lebhaftem Beifall im Sinne des Referenten. Sie befürworteten gesetzliche Maßnahmen, welche die Haltung von Kellnerinnen so gut wie unmöglich machen. Andererseits traten auch Redner aus Süddeutschland auf, welche darauf hinwiesen, dass es in süddeutschen Lokalen eine sehr große Zahl höchst anständiger Kellnerinnen gebe, auf die die hier ausgesprochenen abfälligen Urteile durchaus nicht zutreffen. Nachdem wieder einige Redner mit sittlichen Bedenken gegen die Existenz der Kellnerinnen vorgegangen waren, erhielt der als Gast anwesende Reichstags-Abgeordnete Kollmann das Wort. Er bemerkte, man dürfe die Bestrebungen der Sittlichkeitsvereine nicht verquiden mit der Kellnerinnenfrage. In der Kommission für Arbeiterstatistik sei Redner dafür eingetreten, dass den Arbeiterinnen im Gastwirtsgerwebe derselbe Schutz zu teil werde wie den männlichen. (Beifall.)

Hierauf vertraten wieder einige Redner die Ansicht, dass die Kellnerinnen aus dem Gastwirtsgerwebe verdrängt werden müssten. Sie sollen als Dienstmädchen arbeiten und dann Hausfrauen werden, sagte ein Redner unter lebhaftem Beifall eines Teils der Delegierten und Zuhörer. Bösch-Berlin führte aus: Die Verhandlungen der vorigen Tage seien Kostbarkeiten, welche die unter den traurigsten Verhältnissen leidenden Gastwirtsgehilfen laut werden ließen. Heute dagegen habe sich das Blatt gewendet. Heute erheben sich die männlichen Gehilfen gegen die noch in viel höherem Maße gedrückten und gequälten weiblichen Kolleginnen. Ein Sklave wende sich gegen den andern. Diese Verhandlung werde nach außen hin keinen guten Eindruck machen. Die würde es denn den Kellnern gefallen, wenn man ihren ganzen Beruf als einen unmoralischen hinstellen wollte. Ein Schrei der Entrüstung sei durch die Fachpresse gegangen, wenn behauptet wurde, dass es unter den Kellnerinnen eine besonders hohe Zahl von unzüchtigen Elementen gebe. Mit Recht habe man immer gesagt, das seien nur einzelne. Ebenso müsse anerkannt werden, dass die Kellnerinnen nicht ohne Ausnahme so verwerfliche Geschöpfe seien, wie es von einzelnen Rednern hingestellt wurde. Nur Konkurrenzneid könne verlangen, dass die Frauen aus dem Gastwirtsgerwebe ausgeschlossen werden. Mit der Frauennarbeit, die nach und nach in alle Berufe eindringe, müssten sich auch die Kellner befremden. Ihre Aufgabe aber sei es, dafür zu sorgen, dass der Lohn für beide Geschlechter der gleiche und die Arbeitszeit der Kellnerinnen vernünftig beschränkt werde. (Beifall.)

Verschiedene zur Kellnerinnenfrage vorliegende Anträge, die sich inhaltlich wesentlich widersprechen, wurden, sobald in einer Geschäftsordnungsdebatte dieser Umstand geltend gemacht wurde, mit geringer Mehrheit einer Kommission überwiesen, zwecks Bearbeitung zu einer einheitlichen Resolution.

Hierauf referierte Volkmarth-Röhl über die Stellenvermittlung.

Der Redner gab ein Bild von den Missständen, welche die Arbeitsvermittlung durch Kommissionäre mit sich bringt. Er empfahl die Einführung kostenloser Arbeitsnachweise. Die von den Gehilfenvereinen eingerichteten Arbeitsnachweise sollten in den einzelnen Städten verschmolzen werden. Kommunale Arbeitsnachweise könnten nur anerkannt werden, wenn sie von den Gehilfen verwaltet werden. Ferner müssten feste Lohnsätze eingeführt werden, auf Grund deren die gemeinsamen Nachweise die Stellenvermittlung zu betreiben haben.

Hierauf schilderten Hamacher-Röhl und Grethe-Berlin die Lebensstände des privaten Vermittlungswesens in Berlin und Rölln.

Vierter Tag.

Vormittags-Sitzung.

Die Debatte über die Stellenvermittlung wird fortgesetzt.

Nach Schluss der Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Um die Stellenvermittlung im Gastwirtsgerwebe einer für die Interessenten gefundenen Bahn zuzuführen, d. h. die gewissenlose Ausbeutung der Stellensuchenden durch das Buchertum der gewerbmäßigen Privat-Placeure zu unterbinden, halten wir die Konzeptionspflicht der letzteren unzureichend — ja gefährlich, und können eine Besserung nur dann voraussetzen, wenn die Arbeitsvermittlung reichsrechtlich geregelt wird.

Um das zu erreichen, halten wir folgende Bestimmungen für geboten:

Jede Stellenvermittlung gegen Entgelt ist verboten und strafrechtlich zu verfolgen.

Als Entgelt sind die Beiträge, welche die bestehenden Verbände (Vereine) zur Unterhaltung ihrer Arbeitsvermittlungsbüros benötigen, nicht zu rechnen.

Bis zur gänzlichen Beseitigung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung haben die Arbeitgeber die Vermittlungs-Gebühren selbst zu tragen und durch keinerlei Vorwand den Angeklagten aufzubürden.

Von den Stellensuchenden darf der Vermittler keinerlei Vergütung noch „Einschreibegeld“ noch Geschenke fordern oder annehmen.

Die Stellenvermittlung darf nur als selbstständiges Gewerbe betrieben werden, insbesondere ist es zu verbieten, dass Gastwirte (Wogis-, Schlafstättewirte, Koffizier etc.), Cigarren-, Weinhändler etc. den Arbeitsnachweis betreiben. Ebenso ist es unterlagt, in Gastwirtschaften, Cigarren- und Weinhandlungen den Arbeitsnachweis durch Dritte betreiben zu lassen.

G. Staake-Berlin.

Zu der in der gestrigen Sitzung behandelten Kellnerinnenfrage wurde folgende Resolution angenommen:

Im Hinblick auf die niedere soziale Stellung der Kellnerin scheint es vom Standpunkt des Gastwirtsgehilfen geboten, der bedrängten

und gar nicht organisierten Arbeiterin im Gastwirtsgerwebe helfend beizutreten.

Es ist ein thätfächlicher Irrtum, das Kellnerinnen-Anwesen den Trägern des Namens zuzuschreiben und ein bedauerliches Vorurteil, die Kellnerin als Konkurrentin des Gastwirtsgehilfen hinzustellen. So sind es wohl auch nicht ethische Gründe, welche eine große Zahl der Kollegenchaft veranlaßt, die „Kellnerinnenfrage“ nicht ruhen zu lassen.

Weil die Kellnerin in den meisten Fällen nicht nur zum Auftragen der Speisen und Getränke bedient, sondern namentlich zum Animieren der Gäste und Mittrinken durch ihren Arbeitgeber gezwungen wird und dadurch die Existenz des letzteren nur zu oft mit ihrer Gesundheit und Unbescholtenheit opfern muß, darum ist es unsere Pflicht, die wirklichen Ursachen des gastgewerblichen Arbeits-schadens möglichst zu beseitigen und Abhilfe zu schaffen. Eine Verkürzung der Polizeistunde in den Wirtschaften mit weiblicher Bedienung durch die Landesbehörden hat nach den Verhandlungen vor der Kommission für Arbeiterstatistik (17. bis 21. November 1898) nicht wesentlich gesucht und so halten wir folgende Grundbestimmungen für notwendig:

Die im Gastwirts-Gewerbe und ähnlichen Betrieben beschäftigten Kellnerinnen oder solche weibliche Dienstpersonen, welche in unmittelbarem Verkehr mit dem Publikum (Gästen) stehen, dürfen nicht unter dem 18. Lebensjahre beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit darf 10 Stunden nicht überdauern und hat in der Zeit von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens gänzlich und allgemein zu ruhen. Jugendliche Arbeiter und Lehrlinge dürfen in Wirtschaften mit weiblicher Bedienung nicht beschäftigt werden.

Hierzu wird noch folgender Antrag, ebenso wie die vorstehende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Im weiteren erwartet der Kongress, daß von den in Betracht kommenden Behörden der § 33 der Reichs-Gewerbe-Ordnung Absatz Ziffer 1, wonach es heißt, daß zur Vertreibung der Gastwirtschaft die Erlaubnis zu versagen ist, wenn gegen den nachstehenden Thatfachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß er das Gewerbe zur Förderung der Wöllerei, des verbotenen Spiels, der Hehlerei oder der Unsitlichkeit mißbrauchen werde, insbesondere bei Gastwirtschaften mit weiblicher Bedienung eine energische Anwendung finde.

Es folgt die Beratung der Organisationsfrage. Referent ist Dr. Wlüber-Leipzig, Redakteur des Fachorgans des Deutschen Kellner-Bundes. Redner wirt zunächst einen Überblick auf die Geschichte der Gastwirtsgehilfen-Organisationen. Er bedauert den Streit unter den Einzelorganisationen und tritt lebhaft für eine Einigung ein.

Der Streit zwischen diesen Organisationen müsse ein Ende nehmen. Ein Fortschritt auf dem Gebiet der Organisation sei das Zustandekommen des Kongresses. In eine Verschmelzung der bestehenden Verbände sei nicht zu denken. Um aber ein gemeinsames Wirken auf sozialpolitischem Gebiet zu ermöglichen, schlägt der Redner vor, daß der in Berlin bestehende, aus Gastwirtsgehilfen verschiedener Richtungen zusammengesetzte Ausschuss, welcher den gegenwärtigen Kongress vorbereitet hat, bestehen bleibe, und daß diesem Ausschuss die Aufgabe zufalle, auf sozialpolitischem Gebiet weiter zu arbeiten, künftige Kongresse vorzubereiten und als Schiedsgericht bei Streitigkeiten zwischen den Organisationen zu fungieren. Redner schließt mit den Worten: Möge kommen, was da wolle — die Not wird Euch noch alle zusammenweihen. (Lebhafter Beifall.)

Bösch-Berlin wendet sich gegen einzelne Punkte der von Wlüber vorgelegten Resolution. Es dürfe den einzelnen Verbänden nicht verwehrt werden, Propaganda für sich zu machen und Artikel an dem Verhalten der andern Vereine zu üben. Sein Verband lasse sich in der Beziehung die Hände nicht binden. Eine Verhandlung und ein gemeinsames Vorgehen der Gehilfenchaft müsse zunächst nur in solchen Fragen herbeigeführt werden, die im Interesse aller Gastwirtsgehilfen liegen, so wie es bei diesem Kongress geschehen ist. Redner empfiehlt die Einsetzung eines Ausschusses in Berlin.

Nachmittags-Sitzung.

In der Diskussion über die Organisationsfrage betonen sämtliche Redner, daß abgesehen von allem, was die einzelnen Organisationen trennt, ein Zusammengehen derselben notwendig sei, soweit es sich um gemeinsame Berufsinteressen handelt. Zwar wurde auch hier und da auf das Trennende hingewiesen, der Wunsch nach Einigkeit stand jedoch im Vordergrund der Ausführungen aller Redner.

Zum Punkt „Organisation“ lagen zwei Resolutionen vor, eine vom Referenten Wlüber, die andre von Bösch. Beide Resolutionen wurden unter Mitwirkung ihrer Verfasser zu einer einzigen umgearbeitet und in folgender Fassung einstimmig angenommen:

In Erwägung, daß erst ein so geringer Teil der gastwirtschaftlichen Angestellten organisiert ist, in fernerer Erwägung, daß ohne Organisation selbst die beste gesetzliche Maßnahme zu Gunsten der Angestellten für diese wertlos bleibt, erklärt der Kongress es für die wichtigste Aufgabe, die Masse der indifferenten Gastwirtsgehilfen zu den Organisationen heranzuziehen.

Der Kongress erkennt ausdrücklich an, daß das Endziel der Organisationsbestrebungen sein muß die Verschmelzung sämtlicher Verbände gastwirtsgehilflicher Arbeiter.

So wünschenswert dies wäre, so stellt sich doch der Kongress auf den Boden der Thatfachen, erkennt die Unmöglichkeit einer sofortigen Verschmelzung an und begnügt sich mit der Einsetzung eines ständigen, aus den größeren Fachvereinigungen zusammenzusetzenden Ausschusses, der seinen Sitz in Berlin hat.

Die Hauptaufgaben dieses Ausschusses sind: die Weiterarbeit auf sozialem Gebiet zu fördern, Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzustellen sowie überhaupt die allgemeinen Interessen der Berufsgenossen der Öffentlichkeit, den Behörden, den geizigebenden Adressaten gegenüber zu vertreten.

Der Ausschuss hat ferner die Vorbereitungen zu späteren allgemeinen Fachkongressen zu treffen.

Die notwendigen Geldmittel sind, soweit sie nicht durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden, durch entsprechende Zuschüsse der Fachvereine zu decken.

Zur Herbeiführung und Unterstüzung der oben bezeichneten Ziele empfiehlt der Kongress: In Orten, wo Organisationen unseres Berufs bestehen, haben sie sich zusammenzuschließen beziehungsweise Kommissionen zu bilden, um Ständeinteressen gemeinsam zu fördern.

Um die bestehenden Organisationen zu stärken, und eine weitere Zerstückelung zu verhüten, verpflichtet der Kongress die hier anwesenden Delegierten, unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Organisationen jeder weiteren Reorganisation solcher allerorts energig entgegenzutreten, so weit es sich nicht um Gründung von Zweigstellen oder Zweigvereinen der bereits bestehenden Vereine oder Verbände handelt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Gastwirtsgerwebe.

Der Referent Klein-Frankfurt a. M. begründet folgenden Antrag, der nach kurzer zustimmender Diskussion angenommen wird:

In Anbetracht der durch die Statistik festgestellten hohen Prozentzüge von Unglücksfällen im Gastwirtsgerwebe beantrage ich folgendes:

a) Der Fachkongress möge bei den gesetzgebenden Körperschaften dahin vorstellig werden, daß sie bestimmen, die Unfallversicherung möge sich auch auf das Gastwirtsgerwebe ausdehnen.

b) Für den Fall einer Ablehnung an das Reichsamt des Innern zu petitionieren, daß eine Enquete über die Unglücksfälle mit Todeserfolg und Invalidität angestellt werde.

Es werden sodann Beschlüsse gefaßt, die sich gegen die Verwendung von Soldaten als Kellner bei Streitigkeiten und gegen die Mahregelung von Kollegen wegen Agitation für die Organisation wenden.

Zuletzt wird noch folgender Beschluß gefaßt: Aufgabe der örtlichen Kommissionen in den verschiedenen Städten ist es unter andern, daß sie den Zusammenschluß der Arbeitsnachweise (Stellenvermittlungsbüros) unter losenloser Vermittlung herbeizuführen suchen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende Lamprecht-Berlin schloß den Kongress mit dem Wunsch, daß die Einigkeit aller Angestellten im Gastwirtsgerwebe auch in Zukunft ebenso zum Ausdruck kommen möge, wie es bei den Verhandlungen der Fall war, daß man alles, was die verschiedenen Richtungen der Gehilfen trennt, zurückstellen und in allen gemeinsamen Angelegenheiten zusammenarbeiten möge.

Gemeindevahlen in den Vororten.

Treptow-Baumschulenberg. Am Mittwoch, den 15. März, nachmittags von 3 bis 1/2 Uhr, sind die Wahlen der 3. Klasse im Lokal von Buchholz, Paradiesgarten, Treptower Chaussee. Es sind von unserer Seite der Kassierer Alwin Gerisch, Beringstr. 44, als Anführer und der Stucateur Paul Krebs, Baumschulstr. 32, als Richter, zu Kandidaten nominiert worden. Parteigenossen, sorgt dafür, daß am Tag der Wahl keiner fern bleibe; ganz besonders sind die Genossen von Unter-Treptow und Kiehlweg eingeladen, wo es nicht möglich war, daß sich die Kandidaten in einer Versammlung vorstellten. Zur Agitation findet am Sonntag früh 1/2 Uhr eine Flugblattverteilung statt. Die Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich im Lokal von Staake einzufinden. Das Wahlkomitee.

Steglitz. Am Montag, den 12. März, abends von 5 bis 8 Uhr, finden in Steglitz die Wahlen zur Gemeindevvertretung statt, zu denen die Genossen Mechaniker Klapp im ersten und Tischler Rohr im zweiten Bezirk mit guten Aussichten kandidieren. Die Wahl vor zwei Jahren, wo wir mit zwei Stimmen unterlegen sind, hat gezeigt, daß es auf jede Stimme ankommt. Es ist daher Ehrenpflicht der Genossen, die Scharte dadurch auszuweihen, daß jeder seine ganze Kraft zur Agitation für unsere Sache in Haus und Werkstatt einsetzt. Am Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr findet in den Kaiserhallen eine öffentliche Gemeindevähler-Versammlung statt, in der Genosse Frik Jubel spricht. Jeder, der am Wahltag abends 7 Uhr zur Verfügung des Wahlkomitees stehen kann, möge sich zur Anweisung seines Stimmums am Sonntag früh präzis 8 Uhr bei Seilhase, Hornstraße 12a, einfinden. Um dieselbe Zeit treffen sich die Genossen des zweiten Bezirks zu einer Flugblattverteilung in den Kaiserhallen im Lokal Marksteinstr. 1, früher Geil. Das Wahlkomitee.

Mariendorf-Südende. Parteigenossen! Am Montag, den 12. März, vormittags von 11 bis 2 Uhr und nachmittags von 5 bis 7 Uhr, wird — wie schon bekannt gegeben — die Gemeindevvertreter-Wahl für die 11. Klasse vollzogen; um die Agitation für unsere Kandidaten, Buchdrucker Hermann Schüttelop, möglichst thätigst unterstützen zu können, ist es in Ermangelung eines Versammlungslokals, notwendig, neben der mündlichen Agitation eine solche auch durch Flugblätter vorzunehmen; eine Flugblatt-Verteilung findet am Sonntagmorgen 8 Uhr statt. Treffpunkt 1/2 Uhr bei Ebel. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und zu helfen. Das Wahlkomitee.

Pankow. Parteigenossen! Am Montag, den 19. März, finden die Erjähwahlen der Gemeindevvertretung für die dritte Wahlerklasse statt und zwar wählt der erste Wahlbezirk bei Ebersbach, „Aur-fürstensäle“, Berlinerstr. 102, der zweite Wahlbezirk im Restaurant Kranke, Wollanstr. 1. Die Wahlzeit ist auf die Zeit von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr festgelegt. Als Kandidaten sind aufgestellt: für den ersten Bezirk: Heinrich Klingenberg, Restaurateur, für den zweiten Bezirk: Georg Freiwaldt, Tapezier. Parteigenossen! Da die gesamten bürgerlichen Parteien sich geringt haben, uns nur einen Kandidaten in jedem Bezirk entgegenzustellen, so erwächst uns die Pflicht, mit aller Macht für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten. Wir ersuchen die Genossen, zu der am Sonntag, den 11. ds. M., stattfindenden Flugblattverteilung morgens 7 Uhr bei Debantier, Flora- und Wälschenstraßen-Ecke, zahlreich zu erscheinen. Das Wahlkomitee.

Kommunales.

Aus der Magistratsitzung am Freitag. In der Sitzung lagen dem Kollegium zwei Ortsstatute zur Genehmigung vor. Das eine betrifft die Hinterbliebenen-Versorgung der Gemeindebeamten, welches auf Grund des § 11 der Städte-Ordnung für die städtischen Provinzen vom 30. Mai 1853 in Ausführung und Ergänzung des § 15 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899 für die Stadt Berlin erlassen werden soll und wozu die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung erforderlich ist. Die Bestimmungen dieses Ortsstatuts finden auf die Wittwen und ehelichen oder durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder der bediensteten Magistratsmitglieder sowie derjenigen Beamten der Stadt Berlin Anwendung, welche in Gemäßheit des § 1 des Gesetzes vom 30. Juli 1899 als Kommunalbeamte anzuzählen sind und unter Verschickung der Bestimmungen der §§ 1, 2-12 des Gesetzes vom 30. Juli 1899 Ansprüche auf Pensionen haben. Das Wittwengeld beträgt höchstens 3000 M. und mindestens 300 M. Das Waisengeld beträgt für alle Waisen der Beamten zusammengerchnet oder, wo nur ein Kind vorhanden, auch für dieses allein mindestens 300 M. Das zweite Ortsstatut betrifft die Hinterbliebenenversorgung der Direktoren, Lehrer und Beamten in den städtischen Schulen Berlins (mit Ausnahme der Kommunalbeamten, deren Verhältnisse bereits durch ein früheres Gesetz geregelt sind), sowie aller Pensionfähigen im Dienste der Stadt und der städtischen Betriebe angestellten Personen (mit Ausnahme der Kommunalbeamten, deren Verhältnisse ebenfalls durch Gesetz anderweitig geregelt sind). Das Wittwengeld beträgt auch hier höchstens 3000 M. und mindestens 300 M. Das Waisengeld beträgt auch hier ebenfalls für alle Waisen eines Lehrers oder eines Beamten zusammengerchnet, oder wo nur ein Kind vorhanden, auch für dieses allein mindestens 300 M. Die Berechnung der Wittwen- und Waisengelder sollen nach denselben Grundsätzen erfolgen, wie im ersten aufgeführten Ortsstatut. Das Kollegium genehmigte diese Ortsstatute und wird eine diesbezügliche Vorlage noch vor dem 1. April der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung zugehen lassen.

Der Antrag des Stadtschwalbe in der letzten Stadtverordneten-Versammlung: Zur Feier des 200-jährigen Jubiläums des Bestehens der Königl. Akademie der Wissenschaften eine Stiftung aus städtischen Mitteln im Betrage von 100 000 M. zu machen bezugs Verwendung zu wissenschaftlichen Zwecken, wüß auch der Magistrat nach Beschluß des Kollegiums, sofern derselbe von der Stadtverordneten-Versammlung genehmigt wird, betreiben.

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Rewahl eines unbediensteten Stadtrats zur Wiederbesetzung der von dem aus dem Amt geschiedenen Herrn Kämpf innegehenden Stelle hielt gestern Abend zunächst unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsichters Mischele, dann unter dem Vorsitz des aus dem Reichstag zurückgekehrten Stadtverordneten-Vorsichters Dr. Langehans wiederum

eine mehrstündige Sitzung ab, die zu keiner endgültigen Entscheidung auch diesmal nicht führte, vielmehr ist dieselbe bis zum 20. d. Mts. vertagt worden.

Lokales.

Mit einem Siege unfres Parteigenossen Glode

Hat die gestrige Sitzung am 11. Kommunal-Wahlbezirk nach heiligem Kampfe abgeschlossen.

Glode erhielt 1561 Stimmen, während auf den Gegner 1534 Stimmen fielen. Dies Resultat hat unsere Ansicht, daß die bürgerlichen Parteien trotz der Bedenken, die gegen die Person wie gegen die Parteistellung des Vätermeisters Wolff obwalteten, sich festgeschlossen gegen die Socialdemokratie zusammenscharen würden, vollaus bestätigt. Um so glänzender ist der Sieg, den wir über die Koalition unserer Gegner erringen haben.

Bei der Hauptwahl am 14. Februar erhielt Glode 1240 Stimmen, Brederodt (Freisinn) 331, Damaschke 316 und Wolff (Bürgerpartei) 736. Insgesamt wurden also am 14. Februar 1883 bürgerliche Stimmen abgegeben.

Mit Glode zieht der 22. Arbeitervertreter in die Stadtverordneten-Versammlung ein.

Sechster Wahlkreis, Schönhauser Vorstadt. Am 18. März, mittags 12 Uhr, findet im Berliner Prater, Kasanien-Allee 7-9, eine Solksversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter G. Baum über die Bedeutung des 18. März sprechen wird. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vertrauensmann.

Moderne Arbeiterfürsorge im Eisenbahnbetrieb.

Lagt die Hoffnung zurück! Diese Worte werden sich die Eisenbahnarbeiter mehr und mehr selbst dann zu merken haben, wenn sie der Behörde mit den bescheidensten Bitten um Aufbesserung ihrer Lage kommen.

Wie wenig die Eisenbahn-Direktion geneigt ist, den Arbeitern entgegen zu kommen, zeigt von neuem ein Schriftwechsel aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahres.

Aus den Kreisen der Wagenreiniger an einem hiesigen Bahnhof war an die Eisenbahn-Direktion folgendes Gesuch gerichtet worden:

Ich Unterzeichneter erlaube mir hiermit ergebenst, die königliche Eisenbahn-Direktion um gütigste Einsicht in unsere Lohnverhältnisse zu bitten. Denn bei den teuren Berliner Lebensunterhalt, besonders bei den sich immer steigenden Mieten, ist es uns fast unmöglich, wenn wir auch noch so eingeschränkt leben, mit unsern familiären Verpflichtungen und ehrlich durchzukommen. Auch in bezug unserer freien Sonntage, erlaube ich die kgl. Eisenbahn-Direktion ergebenst zu bitten, ob es nicht angängig wäre, daß wir anstatt wie bisher jeden vierten Sonntag jeden dritten Sonntag frei bekommen könnten. Da uns doch die Feiertage auch nicht als Sonntage gerechnet werden, so haben wir das ganze Jahr nur 13 freie Sonntage, obwohl unsere Arbeit, besonders des Nachts, äußerst anstrengend und gesundheitsschädlich ist. Auch ist jeder Familienvater doch gern mal ungehört für einen Tag im Kreise seiner Familie.

Folgt Unterschrift.

Hierauf ging nach einiger Zeit von der Behörde folgende Antwort ein:

Auf das Gesuch des Arbeiters N. betr. Änderungen der Lohnverhältnisse und der Dienstverteilung verfuhr die Maschinen-Inspektion: Die Lohnverhältnisse sämtlicher Arbeiter sind durch die Verfügung der N. G. vom 11. 8. 87, II. 4411, geregelt; hiernach sind auch die Löhne der Wagenreiniger festgesetzt. Zuweisungen von diesen Vorarbeiten sind unzulässig. Die den betreffenden Leuten gewährten Ruhetage sind auf Grund der von den vorgesetzten Behörden erlassenen Bestimmungen bemessen und können auch in dieser Beziehung von hier aus keinerlei Änderungen eintreten. Mit Rücksicht auf die hiesigen Wohnungs- und Mietverhältnisse hat die kgl. Eisenbahn-Direktion auch im Interesse der Arbeiter die Bewilligung freier Eisenbahnfahrt für dieselben nach den Berliner Vororten genehmigt. Es muß den Leuten überlassen bleiben, von diesen Vergünstigungen Gebrauch zu machen. Begehrungsweise Wohnungen in billigeren Orten zu mieten. Dem Antragsteller wollen Sie in meinem Namen entsprechende Eröffnungen machen. gez. Gerlach.

Bei solcher Stellungnahme der Behörde bleibt den Arbeitern nur ein Mittel, nämlich das der Organisation übrig. Es ist wohl ganz gewis, daß diese Notwendigkeit auch in Berlin noch allem mehr und mehr erkannt wird.

Der Samariter-Arzt für Arbeiter und Arbeiterinnen hat bekanntlich im Jahre 1887 eine besondere Arbeiter-Samariter-Kolonie errichtet, die auf manchen großen Selbstversessenheit überaus segensreich gewirkt hat. Allein bei dem letzten Sangesfest hatte die Kolonie in dreifach fällen, von denen einige recht schwerer Natur waren, unter ärztlicher Leitung Hilfe zu bringen. Selbstverständlich ist eine derartige Hilfeleistung, die von den Mitgliedern der Kolonie umsonst und mit selbstloser Aufopferung gewährt wird, mit Unkosten verbunden, die sich im selben Maße, wie die Kolonie in Anspruch genommen wurde, gesteigert haben. Der Arbeiter-Samariter-Arzt wendet sich daher an die Arbeiterorganisationen mit einem Appelle, dem wir folgendes entnehmen:

Wir besitzen angeblich Inventar, Instrumente und Verbandsmaterial im Werte von etwa 500 M. Durch die vermehrte Thätigkeit entstehen natürlich größere laufende Ausgaben. Die Medikamente, das Verbandsmaterial müssen wieder ersetzt werden. Ferner ist es notwendig, daß ein Verbandsgeld beschafft wird, da wir uns oft bei den großen Festen mit den ungenügenden Räumen behelfen müssen, wo unsere Instrumente und Materialien verstaubten und verschimmten und deshalb für unsere Zwecke nicht mehr geeignet waren. Unsere jährlichen Listen belaufen sich auf etwa 400 M. Es wird wohl jedem klar sein, daß eine so kleine Organisation, wie die Arbeiter-Samariter-Kolonie, welche aus 36 Mitgliedern besteht, diese Summe nicht allein herbeizuschaffen kann. Wenn wir bisher nur die moralische Unterstützung begehrten, so sehen wir uns jetzt gezwungen, auch eine materielle Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Wir sind überzeugt, daß es bei den Gewerkschaften und Vereinen nur dieser Artung bedarf, um ein so notwendiges und segensreiches Institut wie die Arbeiter-Sanitäts-Kolonie nach jeder Richtung hin sicher zu stellen. Wir sind, daß die Herren G. Hellmuth, Berlin O., Langstr. 22, und G. Stein, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40, zu jeder Auskunft sowohl wie zur Annahme von Geldern bereit sind.

Eine Aufgabe für die städtische Finanzverwaltung. Mit der Umgestaltung des Schloßplatzes hat es der Magistrat sehr eilig. Stadtbaurat Krause wird bereits in nächster Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung sein Projekt vorlegen. Dieses Projekt geht bekanntlich dahin, daß zu beiden Seiten des Schloßbrunnens Infelpersonen angelegt werden. Der vor dem Schloß auf der Schloßfreiheit liegende Vorgarten von Meter Breite soll auch dem Schloßplatz selbst in derselben Breite angeordnet, jedoch an der Ecke gegenüber dem roten Schloß bis auf 3 1/2 Meter eingeschränkt werden. Die Straßenbahn, welche zur Zeit an der Einmündung der Brüderstraße eine scharfe Kurve bildet, soll in gerade Linie nach der Aufstiegsstraße geleitet werden, wodurch gleichzeitig eine bessere Einfahrt der Straßenbahn in die Dretzowstraße erzielt wird. Die Kosten sind auf 165 000 M. berechnet. Hierzu geht der Wert des wiedergewonnenen Materials in Höhe von 55 000 M. ab, so daß der aus dem Stadtbauhaushalt-Gut zu entnehmende Betrag auf 110 000 M. beläuft.

Gegen die Regulierung des Schloßplatzes, soweit sie dem Vorgarten zuzurechnen ist, ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Wohl aber ist es Pflicht und Schuldigkeit der Stadtverordneten-Versammlung, in der Vorgartenfrage mit peinlicher Gewissenhaftigkeit zu erwägen, ob im Verkehrsinteresse die von der Krone verlangte Abtretung von 6 Meter Straßenbreite auch nach jeder Richtung hin verantwortet werden kann. Sollte diese Frage, was uns noch überaus zweifelhaft scheint, am Ende bejaht werden können, so wäre ferner die Entschädigungsfrage mit läßt er Geschäftsmäßigkeit zu erörtern; man könnte sich da etwa von den Grundbesitzern lassen lassen, die der Fiskus in der Angelegenheit des Botanischen Gartens und in ähnlichen Fällen der Stadt gegenüber eifrigst zu behaupten gewohnt hat. In der Frage, wie hoch die von der Krone zu fordernde Entschädigung bemessen werden soll, ist selbstverständlich der ideelle Wert des künftigen Vorgartens in Anbetracht zu ziehen, und daß dieser Wert ein enormer sein muß, steht für jeden billig Denkenden außer aller Frage. Alles in allem scheint die Schloßplatzfrage sich in ihrer neuesten Phase für die Stadtverwaltung insoweit günstig zu gestalten, als sie ihr eine willkommene Gelegenheit bietet, sich erstens im Interesse der jüdischen Steuerzahler nach oben hin einmal rückgriffen zu bewähren und zweitens zu zeigen, daß ihre finanziellen Talente denen des Herrn v. Niquel an Respektabilität zum mindesten gleichkommen.

Kann Dissidentischer Mischerei einem Säugling gefährlich werden? Am 16. November v. J. berichteten wir über eine Verfügung des hiesigen Polizeipräsidenten, die einem Dissidenten und seiner Ehefrau mit Rücksicht darauf, daß diese Dissidenten sind, die Erlaubnis zum Halten von Kindern unter 4 Jahren verweigert und das Halten des Pflanzelindes unter Androhung von Strafe verbot. Die von dem Dissidenten hiergegen eingelegte Beschwerde hat Erfolg gehabt. Der Polizeipräsident hat der von dieser Verfügung betroffenen Ehefrau nunmehr folgenden Bescheid zugehen lassen: „Die Verfügung vom 25. November v. J., durch welche Ihnen die polizeiliche Erlaubnis zum Halten von Kindern gegen Entgelt aus dem Grunde verweigert worden ist, weil Sie und Ihre Ehefrau Dissidenten sind, wird hiermit zufolge Ihrer Beschwerde auf Anordnung des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg aufgehoben. Die letzten seiner Zeit bereits dar, daß die nunmehr aufgehobene Verfügung schließend mit der Verfassung unvereinbar war, und daß man das Rätsel hätte lösen müssen, weshalb man gerade einem Kinde unter 4 Jahren die Pflanzelindeschaft einer Dissidentin gefährlich werden sollte.“

Ein Berliner Schulpaß. Aus wird geschrieben: Berlin hat keine Armenhäuser mehr und das Schulgeld ist aufgehoben! Darauf thut sich das freisinnige Bürgertum, wie es sich so gern nennt, nicht wenig zu Gute. Aber wenn es sich um so notwendige Ausgaben, um Beseitigung der schrecklichsten Mißstände handelt, dann ist man auf jeder Seite taub und blind. Dafür ein krasses Beispiel: Von mehreren Eltern, welche ihre Kinder in die Gemeindeschule der Derfflingerstraße zu dem Lehrer Kroll schickten, werden geradezu haarsträubende Dinge über den Zustand des betreffenden Schulzimmers erzählt. Das Schulhaus ist von 1886-88 aufgebaut und seit jener Zeit sind in dem betreffenden Räume die Wände und die Decke nicht renoviert. Dies allein wäre schon unerhört; denn man muß bedenken, was für Schmutz und Unrat an den Wänden haften muß. Aber das ist noch gar nichts. Man höre weiter: In dem Klassenzimmer löst sich an vielen Stellen der Deckenputz und der Mörtel ab. Dann muß der Schuldiener den Schmutz wegtragen, die Decke mit einer Stange herausziehen, klopfen, ob wohl nächstens mehr einfliegen werde und dann geht es weiter. Der Lehrer soll sich in seiner Not samt Tisch und Stuhl in eine Fensterecke gerettet haben, die Wandtafel soll auf zwei Stühlen in einer andern Ecke stehen, und so sehen Lehrer und Kinder bei der Arbeit mit einem schänen Blick anständig nach der Decke; denn der herabsinkende Mörtel droht eben: Heute mir, morgen Dir! Heute meinem Kopf, morgen Deinem Auge! Wo bleibt da die Fürsorge für das Wohl der Kinder, wo die Rücksicht auf den Lehrer, wie kann da ein ordentlicher Unterricht erteilt werden?

Die Prostituierten in Berlin. Der Berliner Frauenbund mit dem Pastor Nauack an der Spitze sucht bekanntlich unter polizeilicher Beihilfe die „gefallenen Mädchen“ zu retten. Nach einer vom Verein veröffentlichten Statistik für voriges Jahr geben die Altersverhältnisse der Prostituierten ein trübes Bild. Ein Mädchen war erst 11 Jahre alt, es zwei waren 12 bezw. 13 Jahre, 14 Mädchen fanden erst im Alter von 14 Jahren, 25 waren 15 Jahre, 24 16 Jahre alt usw., 4 standen im Alter von 50 bis 60 Jahren! Die meisten, nämlich 552, befanden sich im Alter von 20-29 Jahren. Zu Berlin geboren waren 292, außerhalb 789, unehelich geboren 190. Eltern hatten noch 357, halbverwaist waren 338, ganz verwaist 237 - 69 hatten ihre Eltern nicht genannt. In der Klassenstatistik des städtischen Obdachs in der Frobelsstraße konnte an 465 weiblichen Personen mehr oder weniger gearbeitet werden, 131 davon standen bereits unter sittenpolizeilicher Kontrolle. Auch hier war ein Mädchen erst 13 Jahre alt, 8 zählten 14, 20 erst 15 Jahre und 84 erst 16 Jahre. In Berlin und seinen Vororten waren 135 geboren, die übrigen stammten aus der Provinz Brandenburg und den übrigen Provinzen und Ländern.

Daß von nennenswerten Erfolgen kaum die Rede sein kann, geht der Verein selber ein. Frommerr Weise läßt sich dies Hebel nicht aus der Welt schaffen.

Berliner Glendstatistik. Wegen Vellelei wurden in Berlin nach den Angaben des letzten erdianenen statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin im Jahre 1887 verurteilt a) bei der Amtsgerichts-Abteilung in Moabit 2500 Personen, darunter mit 3 weibliche; wegen Obdachlosigkeit 9 männliche Personen; b) bei der Amtsgerichts-Abteilung am Alexanderplatz wegen Vellelei 8017 männliche, 164 weibliche Personen; wegen Obdachlosigkeit 1368 männliche, 47 weibliche Personen. Das ergibt für beide Amtsgerichts-Abteilungen zusammen 10 317 wegen Vellelei und 1424 wegen Obdachlosigkeit Verurteilte.

Gegen das Vorjahr hat die Zahl der durch die am Alexanderplatz belegene Abteilung des Amtsgerichts I wegen Vellelei verurteilten Männer um 6 Proz. zugenommen, während diejenige der wegen Obdachlosigkeit verurteilten um 29,6 Proz. gesunken ist. Im Jahre 1887 befanden sich unter den verurteilten Bettlern 16,4 Proz., unter den wegen Obdachlosigkeit verurteilten 26,2 Proz. geborene Berliner. Dem Verlaufe nach bezeichnet sich die weitaus größte Zahl als Arbeiter, nämlich 36,4 Proz. der Bettler und 43,2 Proz. der Obdachlosen. Unter den geborenen Berlinern, welche wegen Vellelei oder Obdachlosigkeit verurteilt wurden, machten die als Arbeiter bezeichneten sogar 38,8 bezw. 50 Proz. aus. Von den übrigen Berufsbezeichnungen, von denen keiner den Betrag von 5 Proz. der Gesamtzahl erreichte, waren am zahlreichsten die Schlosser mit 377 Bettlern, 76 Obdachlosen; die Schuhmacher mit 385 Bettlern, 43 Obdachlosen; die Schneider mit 339 Bettlern, 61 Obdachlosen; die Anstleute und Händler mit 331 Bettlern, 31 Obdachlosen; die Tischler mit 333 Bettlern, 43 Obdachlosen und die Bäcker mit 236 Bettlern und 48 Obdachlosen vertreten.

Ein Strafverfahren wegen Begünstigung ist gegen den Malter M. eingeleitet, welcher sich mit Erfolg bemüht hatte, in der Untersuchungsphase gegen den Bankier August Sternberg Verlastungen zu beeinflussen. Dem Kriminalkommissar v. Tressow war es aufgefallen, daß auf die Feigen, welche er zu vernichten hatte, eingewirkt worden war. Längere Beobachtungen führten zu dem Ergebnis, daß M., nachdem Sternberg in Haft genommen war, sich an alle in Betracht kommenden Personen heranmachte, um sie durch Geldversprechungen zu einer für Sternberg günstigen Aussage zu bewegen. M., ein wie der Richter später ausdrücklich bemerkt, an der Berliner Börse angelegener Bankier, soll wegen Kolissionsgefahr in Haft genommen werden. Einen diesbezüglichen Antrag hat die Staatsanwaltschaft bei dem Untersuchungsrichter gestellt.

Verammlungsankündigung. Eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung der Handbangerbeiter, die gestern im Zeenpalast gegen die geplante Warenhäuser-Erweiterung stattfand, wurde gelegentlich der Enttarnung einiger Redner polizeilich aufgelöst, nachdem eine Protestresolution bereits mit überwältigender Mehrheit angenommen worden war.

In der jetzigen Stillschließung spielt das Fehlen auf die nackte Kunst eine so große Rolle, daß kaum ein Schaufenster vor einer Belamität mit Herrn v. Windhelms Patrouille frei ist. Etwas sicherer als die vermeintlich kunstliche Wirtn scheint sich in deutschen Landen die wirkliche Kunstfertigkeit zu fühlen, soweit sie sich den Internatell im deutschen Blütenwald zum Tummelplatz erkoren hat. Daß die Kunst im Zeichen der lex Heinge sogar mit aller Ungenügsamkeit über die bestehenden Kuppelparagrafen des Strafgesetzbuchs hinweghüpft, zeigt folgende Anzeige aus der dritten Beilage des „Berl. Tagebl.“ Nr. 122:

Werberbergerhaus.

Ein in renommirtest. Straße Hamburgs bel. **Vordell**, erbaut 1802, nach d. neuest. Const. einger. Salon, 8 Mädchenz., Badez., Toiletten usw., all. hochf. weg. Zarabel. sehr preisw. z. verk. Näheres folgt Adress.

Hierzu meint die „Krenz-Zeitung“: „Daß man sich in Hamburg über die Reichsgesetze, die bekanntlich denartige Häuser verbieten, einfach hinwegsetzt, ist schon genug, aber es genügt von einer unerhörten Dreistigkeit, dies auch öffentlich zu behaupten.“

Das ist nun gar nicht einzusehen. Wenn ein deutscher Staat dem Gesetz zum Trotz der Kunst die eine Lizenz gestattet, warum soll sie nicht auch sich gestatten lassen, die andre in Anspruch zu nehmen. Sittensmalen sie die meisten Verleger fest in dem Glauben weis, daß vor allem das von ihr eingebrachte Geld nicht stinkt.

Das Polizeipräsidentum wiederholt die Warnung, Mißverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu der die von der Ausfertigung des Mißbau-Abnahmeprotokolls ablaufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsuntauglichkeit noch nicht verstrichen ist, da die Polizeidirektion von Ablauf dieser Frist das Bezahlen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeidirektion werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Bezahlbarkeit von Wohnungen in neuen oder umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Aus dem Fenster gesprungen ist vor den Augen mehrerer Säugmänner der 23 Jahre alte Kaufmann Max Sellhorn, nachdem er sich vorher mehrere Schritte in den Hals mit einem Messer beigebracht hatte. Er wohnte seit dem Oktober vorigen Jahres bei dem gleichfalls unterheirateten Schneidemeister George im vierten Stock des Hauses Brunnenstr. 14, war seit zwei Monaten ohne Stellung und hatte schon in der Verzweiflung darüber am Donnerstagnachmittag die Absicht ausgesprochen, sich das Leben zu nehmen. Als der Meister gegen 1/4 11 Uhr abends von einem Geschäftsgang heimkehrte und die Thür verriegelt fand, vermutete er nichts Gutes und holte sich polizeiliche Hilfe aus dem 62. Revier. Als die Schuttmänner den Hof betraten, stürzte sich Sellhorn hinab. Außer den Schnittwunden, die er sich selbst beigebracht hatte, trug er durch den Sprung einen Bruch beider Beine und innere Verletzungen davon und wurde in bedenklichem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Durch eine selbstschließende Thür wurde am Freitagnachmittag um 4 Uhr die fünf Jahre alte Erna Koch aus der Spreestraße in Charlottenburg schwer verletzt. Das Kind spielte mit anderen kleinen Mädchen Versteck und wollte sich hinter der selbstschließenden Thür verstecken. Dabei hat es wahrscheinlich mit einem Finger den die Thür haltenden Nippel zurückgehoben, so daß der Selbstschließer in Thätigkeit trat. Während sich die Thür schloß, befiel Erna K., die links hand in der Spalte zwischen Thür und Pfosten und wurde vollständig eingeklemmt. Die zusammengekauerten Handbewohner schauten sich, die Thür zu öffnen, in der Furcht, sie möchten dem Kind dadurch noch weitere Verletzungen zufügen. So mußte denn die Kleine in der qualvollsten Lage bleiben, bis der Schneidemeister Giese die eisernen Angeln herausgenommen und dadurch die Thür aus ihrer Lage gebracht hatte. Erna Koch wurde auf der Unfallstation verbunden.

Ein Röntgen-Arzt, in der Hauptsache für Kerze und alle bestimmt, denen es von Wert ist, die physikalischen Vorkenntnisse und technischen Hilfsmittel zur Ausübung der Röntgen-Praxis lernen zu lassen, wird am Montag, den 19. März in der Urania, Taubenstraße, beginnen. Den Vorlesungen sollen sich praktische Übungen in der Behandlung der Apparate anschließen. Die näheren Bedingungen, sowie die Teilnahmegebühr für diesen Kursus, der im Foyer des Instituts stattfinden soll und dessen Leitung Dr. Donath übernimmt hat, liegen an der Kasse der Urania aus.

Feuerbericht. Freitagnachmittag 3 Uhr wurde die Wehr gleichzeitig nach Frankfurter Allee 107 und nach Gesselfraße 17 gerufen. Im ersten Falle handelte es sich um einen kleinen Zimmerbrand, im letzteren hatte die Kofettpackung Feuer gefangen. Donnerstagnachmittag 8 Uhr kam in der Lindowstraße 14 in einer Schlafstube neben dem Wacraum einer Bäckerei Feuer aus, das von der benachbarten Wehr der Panstraße rechtzeitig bekämpft werden konnte. Anz darauf ging Kantenstraße 26 Stroh in Flammen auf. Ein Schaufensterbrand verursachte einen Alarm nach Oranienstraße 42 und ein Gardinenbrand nach Alexandrinenstraße 14.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Sonntag, abends 6 Uhr, findet im Klubhaus, Hauptstr. 56, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt, in welcher Genosse Saubert einen Vortrag über die lex Heinge hält. Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Um zahlreiches Erscheinen bittet Die Vertrauensperson.

Staatmäßige Niedriglagen für städtische Arbeiter hat der Staatsausgang der Stadtverordneten-Versammlung zu Charlottenburg jedoch zur Durchführung empfohlen. Die Löhne sollen nach 2, 4, 6, 8 und 10 Jahren im allgemeinen steigen. So erhalten von den ständigen Kammerei-Arbeitern die gewöhnlichen, ohne handwerkemäßige oder sonst technisch vorgebildete Arbeiter einen Monatslohn von 80, 90, 95, 100, 105 und 110 M. nach 2-6 Jahren; die handwerkemäßig oder technisch vorgebildeten Arbeiter, Kolonnenführer, Vorarbeiter und Kesselwärter sollen erhalten 95, 100, 105, 110, 115 und 120 M. von 2 zu 2 Jahren steigen. Aufseher 106-136 M. je um 6 M. steigen. Von den Mannschaften der Feuerwehr sollen die Feuerwehrmänner und Telegraphisten ein Monatslohn von 95 bis 120 M. alle 2 Jahre um 5 M. steigend erhalten, die Oberfeuerwehrmänner 115-150 M. mit den entsprechenden Stufen. Die Verhältnisse der Feuerwehrmänner, Telegraphisten und Oberfeuerwehrmänner sollen in allen übrigen Bedingungen besonders geregelt werden. Die Löhne der Lohnarbeiter sollen von 10 auf 13 M. für die Erste steigen, und zwar alle 2 Jahre und nicht erst alle 3 Jahre, wie der Magistrat beantragt hatte. Bei den Mannschaften der Feuerwehr wird eine Aufbesserung nicht für notwendig erachtet, ebenso bei den Bureau-Hilfsarbeitern mit 350 M. täglich, dem Interpersonal der Familienhäuser, dem Parte-, Dienst- und Arbeitspersonal im Krankenhaus. Den Lohn der gewöhnlichen Kammerei Arbeiter erhalten die Affektisten, Stachnacharbeiter, die Wärterinnen und Bedienten der Volkshaus-Anstalt; den Lohn der gelehrten Arbeiter die Bedienten, Bedienten und Heizer, sowie die Kolonnenführer der Verwaltung; den Lohn der Aufseher die Heizer und Bedienten der Bade-Anstalt und einige andre. Die Steinseher sind nach Einmündung, nach freier Vereinbarung anzunehmen. Die städtischen Hauswarte erhalten 1140-1440, durchschnittlich 1290 M. jährlich. Jeder Arbeiter muß mit dem Mindestlohn anfangen. Die Arbeiter, die bereits einen höheren Lohn besitzen, behalten diesen. Ueberstunden über

10 Stunden täglich werden mit 35 Pf. für ungelernete, 40 Pf. für gelernete Arbeiter und 45 Pf. für Aufsicherer vergütet. In Krankheitsfällen wird bis zu 26 Wochen die Hälfte des Lohnes neben dem Krankengeld bezahlt. Demnach ist die Lohnzahlung auf den militärischen Leistungen eingezogenen Arbeiter für 8 Wochen die Hälfte des Lohnes zu zahlen. Eine Entlassung von Arbeitern, die länger als 10 Jahr im städtischen Dienst sind, kann nur auf Deputationsbeschluss erfolgen.

Liberales aus Spandau. Der Antrag der socialdemokratischen Stadtverordneten in Spandau, den Schülern der Gemeindefschulen unentgeltlich, auf städtische Kosten, Lehr- und Lernmittel zu gewähren, wurde vor einigen Wochen, wie wir berichteten, von der doctigen Stadtverordneten-Versammlung mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Oberbürgermeister Köhler erklärte in der Debatte, daß die Schuldenaufnahme aus den ihr hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln in „loyaler Weise“ „bedürftigen“ Kindern unentgeltlich Bücher und Hefen gewähre; eine bezügliche Frage eines unserer Parteigenossen wurde vom Magistrat nicht beantwortet, daß diese unentgeltliche Vergabe von Lehr- und Lernmitteln an bedürftige Gemeindeglieder vom Magistrat nicht als Armenunterstützung angesehen werde, welche etwa den Verlust des Bürgerrechts für die Eltern solcher Kinder zur Folge haben könnte. Folgender Brief des Rectors einer Spandauer Gemeindefschule, welcher an eine Witwe gerichtet ist, die zu ein in der von einem Tagesbediensteten von 2 Pf. zu ernähren hat und welche sich außer Stande sah, einem ihrer Kinder rechtzeitig ein Heft anzuschaffen, legt aber am besten dafür Zeugnis ab, welche Auffassung in den Kreisen der Pädagogen Spandaus besteht, und wie sehr begründet deshalb der Antrag unserer Genossen gewesen ist. Der Brief des Herrn Rectors lautet:

„Ihren Sohn Hefen zu geben, bin ich nicht berechtigt, weil Sie keine Armenunterstützung beziehen!“
Da Sie täglich Geld verdienen, so sollten Sie eigentlich erörten, wenn Sie um 10 Pf. bitten! Ich erwarte morgen ganz bestimmt ein Heft von Ihrem Anaben, sonst muß ich Sie auf dem Zwangswege dazu anhalten lassen!
Spandau, d. 21./2. 1900.

Den weiteren Kommentar hierzu werden die Vertreter des Proletariats in Spandau bei nächster Gelegenheit im Stadthaus geben!

Spandau. Das bekannte Spandauer Straßenpflaster soll unserer Nachbarstadt soweit als möglich erhalten bleiben. Die Stadtverordnetenversammlung hat nämlich, soweit sie aus bürgerlichen Vertretern besteht, einstimmig einen socialdemokratischen Antrag abgelehnt, in welchem für die Neupflasterung der Straßen der inneren Stadt eine feste Unterbrechung gefordert wurde. Auch die von socialdemokratischer Seite vorgeschlagene Uebernahme der Neupflasterung in städtische Regie wurde verworfen. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung fiel ferner ein Stück höngrischer Anspruchselbstigkeit besonders in die Augen. Der Hausbesitzer August B. verlangte nämlich für die im Interesse des Verkehrs erforderliche Verfestigung des Kellerfußes an seinem in der Vorademstr. 22 belegenen Hause nicht weniger als 400 M. Entschädigung. Diese Forderung wurde vom Magistrat abgelehnt. Ein Magistratsantrag, die Restaurationsräume im Rathaus zu Bureauzwecken zu verwenden, wurde mit großer Mehrheit verworfen. In der Angelegenheit der immer noch nicht geäußerten Heranziehung des Militärischen zu den kommunalsten soll von den städtischen Körperschaften an den Kriegsminister wie an den Bundesrat eine Petition abgehandelt werden.

Die Nizdorfer Stadtverordneten-Versammlung hatte sich gestern abends mit einem Antrage auf Uebernahme des dem Lehrer Fischer gehörigen naturhistorischen Schulmuseums zu beschäftigen. Der Fischer hat jetzt folgende protokollierte Erklärung abgegeben: „Ich erkläre ausdrücklich und vorbehaltlos, daß ich im Falle der Uebernahme des Museums in städtische Verwaltung gegen Zahlung von 4000 Mark seitens der Stadt weder ein Recht auf Teilnahme an der Verwaltung der Sammlungen, noch eine Ermäßigung meiner Pflichtenstunden beanspruche.“ — Das den Betrieb des Museums betreffende ist für die erste Zeit Veränderungen nicht in Aussicht genommen. Der Antrag wurde diesmal gegen etwa zehn bürgerliche Stimmen angenommen. Das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr hat auf Verlangen der Polizeibehörde nach dem Brande des Kronischen Warenhauses Brandwachen aufstellen müssen. Da diese Dienstverrichtungen nicht zum freiwilligen Feuerlohdienst gehören, sind sie mit 75 Pf. pro Stunde und Mann bezahlt worden, und kamen insgesamt auf 200,25 M. zu stehen. Derartige Ausgaben sind bisher stets von den Gemeindefürsorgern ausnahmslos bezahlt worden. Im vorliegenden Falle ist der Eigentümer zahlungsunfähig. Die Freiwillige Feuerwehr hat seine Mittel für solche Ausgaben. Es wird deshalb vom Magistrat beantragt, ihr die veranschlagte Summe als ersatzfähigen Mittel zu erstatten. Die Stadtverordneten-Versammlung stimmte dem Antrage zu. Es folgte dann eine längere nichtöffentliche Sitzung.

Aus Weissenhof berichtet man uns: Die Entwässerungsanlagen der Gemeinde drohen wegen ihrer Unzulänglichkeit seit längerer Zeit zu einer Katastrophe auszuwachen. Trotzdem die Gemeindevorstellung sich schon oftmals mit der Sache zu befassen hatte, ist man über Ermüdungen nicht hinausgekommen. Nachdem verschiedene Interessenten in der Nähe des Rieselfeldes beschwerend gegen diese Uebelstände zu Felde gezogen waren, hat sich der Landrat des Kreises der Sache angenommen. Da des letzteren Aufforderung an die Gemeindevorstellung, Pläne einzurichten, nicht entsprochen werden konnte, weil ein Plan einfach noch nicht vorhanden war, ist jetzt, nach vielem Hin- und Herschreiben der Gemeindevorstellung vom Landrat eine Beschlussempfehlung abgegeben, die in ihren hauptsächlichsten Teilen wie folgt lautet: „Die Behauptung der Verwaltung, daß die Rieselfelder vorzüglich seien, trifft nicht zu. Auf die unzulängliche Finanzlage des Orts ist so viel als irgend möglich Rücksicht genommen worden. Der Hinweis auf das früher gegebene Versprechen Berlins, Weissenhof den Zuschuß an seine (Berlins) Anlagen zu gestatten, ist nicht in Betracht zu ziehen, das steht noch im weitesten Felde. Es scheint der Gemeindevorstellung an der nötigen Energie zur Durchführung dieser Sache zu fehlen.“ Jedenfalls um der Gemeindevorstellung klar zu machen, daß auch die höheren Verwaltungsstellen ebenfalls die Aufsicht des Landrats teilen, verfügte der Regierungs-Präsident folgendes: „Damit diese Sache von der Gemeindevorstellung nicht wieder verschleppt wird, genügt es zu sagen, daß ich ihrer Verfügung beistimme.“

Diese väterlichen — Ermahnungen scheinen denn auch zu fruchten. Es wird jetzt, nachdem sich die Beseitigung dieser Uebelstände auf andre Weise, z. B. durch Einführung des sogenannten Märkischen, für die Gemeinde als unmöglich herausgestellt hat, der Anlauf von Landkreisen zur Vergrößerung der Rieselfelder begonnen werden.

Wenn es gegen die Arbeiterkraft ging, so ist in der Gemeinde von einem Mangel an Energie nichts zu spüren gewesen. Bei Abstellung von Uebelständen ist es freilich etwas anders.

Schöneberg. Der städtische Arbeitsnachweis hatte im Februar folgende Frequenz: An Angeboten der Arbeitgeber gingen ein: 78 (davon 38 männliche, 38 weibliche), vom Vermonat übernommen 10, zusammen 88 Personen. Davon erledigt durch Einstellung 54, anderweitige Beschäftigung 10, Streichung 15 Personen. Gesuche der Arbeitnehmer: 96 (71 männliche, 25 weibliche), vom Vermonat übernommen 19, zusammen 115 Personen. Davon erledigt durch Einstellung 54, durch Streichung 43 Personen. Die Bemerkung des Nachweises zeigt für den Februar eine merkliche Verminderung, die nicht auf des Conto des Verlustes der drei Tage, sondern vor allen Dingen darin begründet liegt, daß dieses

Institut in den Kreisen der Bevölkerung fast gar nicht bekannt ist. Es ist hohe Zeit, daß seitens des Magistrats etwas geschieht, will man den bei Errichtung des Nachweises so sehr betonten socialpolitischen Charakter dieses Unternehmens aufrecht erhalten. So wie die Arbeitsvermittlung jetzt vor sich geht, gleicht sie mehr einem Heimmisshand als einer Begünstigung von Angebot und Nachfrage. — Eine Erhöhung der Grundsteuer von 2 auf 2 1/2 pro Mille hat der Magistrat beschlossen. Die übrigen kommunalpolitischen bleiben die gleichen. Ob sich die Stadtverordneten damit einverstanden erklären werden, bleibt abzuwarten. — Zwei neue Feuerwachen sollen eingerichtet werden und zwar im Berliner und im Friedenpark-Ortsteil.

Unter die Näder gekommen ist am Freitagnachmittag um 4 Uhr der Stredenarbeiter Friedrich Schulz aus Reinickendorf, der nahe beim Bahnhof Reinickendorf arbeitete und einen ansonsten den Tag nicht rechtzeitig bemerkte. Der Zug fuhr ihm den linken Fuß ab und brachte ihm eine schwere Kopfverletzung bei. Schulz erhielt an der Unglücksstelle einen Notverband und wurde dann in einem Zuge nach Berlin gebracht und einem Krankenhaus zugeführt.

Kunst und Wissenschaft.

Lesing-Theater: Ermene Novelli. — Wieder einmal ein italienischer Schauspieler in Berlin! An und für sich haben wir dagegen gar nichts einzuwenden. Das literarische Leben ist längst international. Warum sollte es das Theaterleben nicht auch werden? Nur muß man dafür sorgen, daß die Sache nicht in sentimentale Virtuosenfahrten ausartet und daß sie nicht, in Deutschland wenigstens, gefordert zu sein. Die lächerlichen Beizeuge der Duse haben wir freilich nicht vergeßen, ebensowenig aber, daß beispielsweise die Rejane uns eine stunde über die Grenze brachte, die wir nicht besitzen und — das ist das Wesentliche — die wir in dieser Art und Weise auch gar nicht besitzen können. Seien wir unerbittlich gegen Spekulanten und Karrenschwindel. Im übrigen aber müssen wir Herz und Sinne für alles Gute offen halten, komme es, woher es immer kommen mag.

Freilich: gewisse Forderungen müssen wir an die Leute stellen, die nach Berlin kommen, um sich inmitten einer kleinen Truppe behaupten zu lassen. Natürlich fordern wir nicht, daß sie uns mit lauter guten Stücken kommen — so verlegene Phantasten sind wir nicht. Wenn wir mit einem Schauspieler willen ins Theater gehen, müssen wir uns schon gefaßt machen, mit einer Rolle abgepaßt zu werden. Wir fordern aber freilich, daß es sich um bekannte Rollen handelt. Es ist völlig unmöglich, einen ausländischen Schauspieler zu beurteilen, wenn man nicht im einzelnen weiß, was er spricht. Herr Novelli hätte sich gefälligst erkundigen sollen, was für Stücke in Berlin dem Theaterpublikum allgemein bekannt sind und hätte von diesen eins wählen sollen, anstatt uns mit dem fürchterlichen Schmarren zu kommen, der „Papa Lebomard“ heißt. Der schänderhafte „Papa“ ist unfreiwillig in Berlin überhaupt noch nicht gespielt worden und Herr Novelli kam somit unmöglich verlangen, verstanden worden zu sein. Wenn aber das Verständnis ausbleibt, bleibt auch — wenigstens bei sachlichen Leuten — das Urteil aus und damit kann Herr Novelli doch im Grunde nicht gedient sein.

Zunächst also müssen wir bekennen, daß wir sichere Anschauungen von der Kunst des Gastes überhaupt nicht gewinnen konnten. Wir hatten den Eindruck eines natürlichen und guten Schauspielers — nicht mehr und nicht weniger. Vorläufig hat er nichts geboten, was wir nicht jeden Abend im Deutschen Theater oder anderswo ebenso gut sehen könnten. Eine individuelle Färbung, die in Berlin neu wäre, eine nationale Eigenart, die uns begeistern könnte, habe ich nicht bemerkt. Ein guter Schauspieler, meintwegen sogar ein vorzüglichlicher — mehr läßt sich heute nicht sagen und das ist für einen Künstler, der sich extra aus Italien herbeimüht, freilich etwas wenig. Natürlich können wir auf Novelli noch zurück und es sollte uns aufrichtig freuen, wenn wir dann unser Urteil erweitern könnten. Die Premiere war übrigens außerordentlich schlecht besucht. Das Publikum wies große Lücken auf, im ersten Rang genossen einige verlassen Wesen den Segen der Einmaligkeit und im zweiten Rang war überhaupt niemand zu sehen. Vielleicht beginnt damit die Reaktion gegen den unerhörten Schwindel, der mit der Duse getrieben worden ist und der freilich wie jeder andre Schwindel einmal zusammenbrechen mußte. Unter den wenigen, die überhaupt erschienen waren, fanden sich übrigens viele, die mit spanisch vorkamen und die ich daher für Italiener halte. — E. S.

Versammlungen.

Die Sattler können die durch den fünfjährigen Streik bei den Firmen Edert, Reichelt, Weiser und Düwe erlangten Zugeständnisse als zufriedenstellend bezeichnen. Wie Sassenbach in der Versammlung am Mittwoch im „Englischen Hof“ berichtete, ist anstatt der bis jetzt zehnständigen die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit erzielt worden. Die Forderung der Streikenden, ne angehörlten Arbeitern pro Woche 21 M. Minimallohn, Reichsmännern 24 M. und Werkstudenältesten 30 M. zu zahlen, haben die Fabrikanten ebenfalls bewilligt. Ueberstundenarbeit wird mit 0,50 M. Nacht- und Sonntagarbeit mit 0,75 M. pro Stunde bezahlt. In der ebenfalls geforderten Freigabe des 1. Mai haben sich die Fabrikanten nicht ablehnend verhalten. Sämtliche Streikenden können die Arbeit am Donnerstag, den 8. März wieder aufnehmen. Die Einmütigkeit und das ruhige, besonnene Verhalten der Streikenden habe der Unternehmensleitung in Aussicht gegeben, es gelte für die Zukunft, durch Festhalten an der Organisation des Erringene hochzuhalten und zu geeigneter Zeit weitere Vorteile zu erzielen. Die Diskussion bewachte sich zunehmend zu dem Referat.

Der Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter (Abteilung 1) hörte am 4. d. M. einen Vortrag des Genossen Jahn über Welthandel im 19. Jahrhundert. Sodann wählte die Versammlung zur Provinzialkonferenz das Mitglied Ludwig zum Delegierten.

Waldmannslust. Am 4. d. M. tagte hier eine Versammlung, in der die Genossen Eckardt und Adam einstimmig als Kandidaten für die Gemeinderats-Wahl aufgestellt wurden. Die Mitglieder-Versammlung am Sonntag fällt aus, dafür findet am 18. März bei Auba eine Volksversammlung statt mit dem Thema: Die Bedeutung des 18. März.

Flößerverein. Heute, abends 8 1/2 Uhr, Reichthorstraße 15: General-Versammlung. — Mitgliedskaus legittimiert.

Centralverband der Elektromonteur und Vermögensgenossen Deutschlands. Section Berlin II. Heute 8 1/2 Uhr Sitzung bei Immanuel dorf, Sophienstr. 3.

Freireligiöse Gemeinde zu Berlin. Sonntag, den 11. März, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 70: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr veranlaßt ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Böhme: „Einsiedlung und Rückkehr“ (Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. — Nachmittags 5 Uhr in derselben Lokalität, Köpenickerstr. 20: „Fest der Stützungsfeier“, Festrede, gehalten von Hrn. Ida Wilmann; Hauptred: Theater; „Im Thale der Seligen“ (Sänger-Vorführung); Das Weib des Arbeiters u. a. m.

Verliner Spar- und Bauverein. Sonntag, den 11. d. M., mittags 12 Uhr, in Perlmans Poudelle-Theater, Schönhauser Allee 148: Vortrag des Herrn Dr. Mündering über „Die Bedeutung der Bau-genossenschaften für die Arbeiter“. Diskussion.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Nizdori-Brig. Sonntag, den 11. Februar: Beschlußung des Gewerkschaftsausschusses in Berlin. Versammlung der Teilnehmer bis 9 Uhr bei Drathschmidt, Hermannsplatz, Ecke Lindenstraße.

Vermischtes.

Ueber den Brand des Théâtre Français wird aus Paris noch vom Freitag berichtet: Eine große Neugierfrage umgingte bis spät in die Nacht hinein die Brandstätte des Théâtre Français,

welche von Beamten der Sicherheitspolizei und Militär abgesperrt ist. Die Feuerwehr ist zurückgezogen; nur zwei Spritzen sind zur Sicherheit vor dem Theater noch geblieben. Nur 9 Uhr abends nahm der Direktor des Theaters Jules Claretie auf der Reitere des ersten Arrondissement in Gegenwart des ganzen Theaterpersonals ein Verhör vor mit den beiden Maschinen, welche sich auf der Bühne befanden und angezündet hatten, das Feuer sei unterhalb der Bühne ausgebrochen. Die Zusammenkunft verlief ergebnislos. Ueber die Entstehungszusammenhänge des Brandes laufen die verschiedensten Gerüchte um, auch das, daß das Feuer erst angelegt worden. Letzteres Gerücht findet in keiner Weise Bestätigung.

Der Unterrichtsminister Leggues, der Kommandant der Feuerwehr und mehrere Architekten der Regierung beschäftigten Freitagvormittag das Théâtre Français und stellten fest, das einzelne Teile des Gebäudes vom Feuer fast unberührt geblieben sind, namentlich das Foyer der Künstler, die Ankleidezimmer der Künstlerinnen, das Anstaltungs-magazin und das Ankleidezimmer des Hrn. Henriot. Mehrere Dokumente wurden wieder aufgefunden, darunter der Erlaß Ludwigs XIV. an Colbert, betreffend die Gründung der „Comédie Française“ und das Manuscript von „Bernani“. Claretie ist der Ansicht, daß das Theater in zwei Monaten wieder hergestellt werden könnte, da der Hauptteil des Gebäudes intakt geblieben sei.

Allseitig wird die Mangelhaftigkeit der Sicherheits-Vorkehrungen festgestellt; der eiserne Bühnenvorhang ging nicht nieder, im ganzen Hause war keine einzige Feuerwaage. Weitab gleich bei Beginn der Feuerbrunst stürzte die einzige Treppe ein, die zu den höheren Stagen führte, so daß deren Besuchern jeder Rettungsweg abgeschnitten gewesen wäre, wenn der Brand während der Vorstellung ausgebrochen wäre. Stadtrat Levee, einer der ersten auf der Brandstätte, berichtet, wenn es den Feuerzylinder an Wasser geschloß habe, so sei es gewesen, weil die Feuerwaagen in der Hof die Wasserleitungsleitungen nicht recht geöffnet hatten. Ähnlich bleibt man dabei, das Feuer schädlichsten Heizröhren zuzuschreiben. Vor genau vierzehn Tagen ereignete sich während der Nachmittagsvorstellung der „Andromaque“ ein Verstoß von Feuer aus derselben Ursache; der Brand wurde rasch unterdrückt, die Vorrichtung nach einer kurzen Pause fortgesetzt. Claretie und der Baumeister erstatteten der Aufsichtsbehörde einen Bericht, der mit der Forderung schloß, die Heizeinrichtung vollständig auszubessern; es war aber bis gestern nichts geschehen. Abends um neun Uhr fand in der Bürgermeisterei des ersten Stadtbezirks eine Versammlung des technischen Baupersonals statt; hier versicherten die zuständigen Beamten, das Feuer könne bestimmt nicht von den Heizröhren herrühren. — Das wertvolle Archiv ist gerettet, die Bücher nur wenig beschädigt. Der Soltaire von Soudan hat nicht gelitten, seinen Geldwert schätzt man auf 600 000 Fr. Die Vorstellungen werden bis zur Beseitigung des neuen Hauses im D e o n und bis zu dessen Anbahnung an den drei freien Wochenabenden in der Großen Oper stattfinden. Abgeordneter Ruget will heute die Regierung in der Kammer über die Katastrophe und die beschlossenen Maßregeln befragen.

Präsident Loubet hat einen Ordanzoffizier an die Familie der verbrannten Schauspielerin Henriot geschickt, um ihr sein Beileid auszusprechen. Gleichzeitig ließ er Erkundigungen über das Befinden des bei den Vorkämpfen schwer vermalten Feuerwehr-offiziers einziehen. Von den 17 verwundeten Personen sind nur dieser Offizier und ein Soldat schwer verletzt. Die Untersuchung über die Ursache der Feuerbrunst hat endlich zu dem Ergebnis geführt, daß die Centralheizung den Brand herbeigeführt hat. Eine der Röhren soll verstopft gewesen sein, wodurch sich entzündbare Gase gebildet haben, die durch irgend einen Zufall zur Explosion gekommen sind.

Wieder zwei Grubenfälle. Ueber ein auf der Grube „Am nassen Fleck“ bei Guben vorgekommenes Grubenunglück, bei dem drei Bergleute ihren Tod fanden, berichtet man folgende Einzelheiten: Der Aufseher Schulz und die Lehrlinge Jach und Walter waren mit dem Aufsteigen eines ausgebauten Venues beschäftigt, als schwinndendes Gestein, durchbrach, die Leute über-schwemmte, so daß sie erstickten. Ein vierter Bergmann wurde nur bis an die Aule verschüttet, er konnte sich retten. Alle drei Verunglückten sind verheiratet und Familienväter. Die Leiche Jachs, die mehr vorne lag, ist bereits geboren; die Bergung der beiden andren Leichen dürfte mehrere Tage in Anspruch nehmen. — Ein zweites Unglück wird aus Reuthen O. S. berichtet: Der Schleppler Johann Severin aus Reuzula ist auf der „Höfslowitz-Grube“ durch herabfallende Kohle verschüttet und getötet worden.

In Köln verbreitete sich in der Nacht zu gestern ein in der Dampfmaschine von Eignam angebrochenes Großfeuer mit derartiger Schnelligkeit, daß in wenigen Minuten die ganzen oberen Logen des mit 20 000 Sad Weizen gefüllten Eises in Flammen standen. Der gesamte Vorrat wurde vernichtet. Der Schaden ist sehr groß. Das nichtbevölkerte Häuserviertel in nächster Umgebung war sehr gefährdet. Den angelegentlichsten Bemühungen der Feuerwehr gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und gegen Morgen zu erlöchen.

Eine absonderliche Noheit ist in Nürnberg verlobt worden. Im zweiten Stock des alten Rathhauses wurden 12 Kaiserbilder, und zwar diejenigen von Karl V. bis Leopold II., durch Schüsse erheblich beschädigt. Die That wurde gestern nachmittag entdeckt. Die Täter sind bisher nicht festgestellt. Die betreffenden Räume werden wenig benutzt.

Der Elberfelder Militärbesetzung-Prozess, der am 15. d. M. zur Verhandlung gelangt, nimmt immer größere Dimensionen an. In Steele wurden zwei Söhne angelegener Gutbesitzer festgenommen und ins Elberfelder Gefängnis übergeführt. Eine Anzahl Personen, die nur gegen hohe Kautionsummen auf freiem Fuß belassen waren, wurden gestern wieder in Haft genommen. Der Prozeß, der vor dem Elberfelder Landgericht verhandelt wird, wurde wegen seines gewaltigen Umfangs in mehrere Serien eingeteilt.

In dem Hause zu Chelsea, wo, wie bereits gemeldet, sechs einbalsamierte Kinderleichen gefunden wurden, sind jetzt noch zwei weitere Kinderleichen entdeckt worden. Die Verhörsprotokolle des Daires leugnet jede Schuld. Verschiedene Anzeigen deuten darauf hin, daß das Verbrechen erst kürzlich verübt wurde.

Aus Mailand wird berichtet: Auf Antrag des deutschen Konsuls wurde gestern in Salo am Gardasee der Vorkassierer Karl Moser aus Duisburg verhaftet; er ist verdächtig, 85 000 M. veruntrent zu haben. Die Verhöre in Vozen hatte ihn einige Tage zuvor wegen Mangels an Beweisen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Aus Tiflis meldet der Telegraph: In der Nacht auf den 23. Februar a. St. wurde in Ordubach im Gouvernement Erivan ein harter unterirdischer Stoß verspürt. Unglücksfälle sind nicht vorgekommen. — Auf der Grusinischen Herrschaft ist der Verlethe infolge von Schneeverwehungen seit drei Tagen eingestellt.

Witterungsbericht vom 9. März 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temp. in C.	Temp. in F.	Einheiten	Barometer (Höhe über Meer)	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temp. in C.	Temp. in F.
Schwetende	760	SW	3	Schnee	1	33	Paris	759	SW	1	Wolke	14	57
Gumburg	771	SW	1	Wolke	0	33	Wien	770	SW	1	Wolke	14	57
Berlin	771	SW	1	Wolke	2	33	Frankfurt	767	SW	1	Wolke	14	57
Wiesbaden	770	SW	3	Wolke	1	33	Stuttgart	769	SW	1	Wolke	14	57
München	770	SW	3	Wolke	1	33	Hamburg	767	SW	1	Wolke	14	57
Wien	771	SW	1	Wolke	1	33							

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 10. März 1900.
Bleibt heiter, nachts etwas kälter, am Tage mild bei schwachen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim

Berlin, Leipzigerstr. 132/133.

Rosenthalerstr. 27/29 und 54.

Oranienstr. 53/54.

Anfertigung eleganter

Herren-Garderobe nach Mass

Sommer-Paletots nach Mass, Covert coat, in grosser Farben-Auswahl : : : : : **36, 38, 42 Mk.**

Frühjahrs-Sacco-Anzüge nach Mass, Cheviot u. Kammgarn in den neuesten Farben : : : : : **36, 42, 51, 60 Mk.**

Beinkleider nach Mass, aus soliden haltbaren Stoffen, neue Muster : : : : : **9,75, 12,50, 16 Mk.**

Anfertigung sämtlicher Sport-Bekleidung; für Vereine besondere Preise.

Grosses Lager von in- und ausländischen Stoffen; fortwährend Eingang von Neuheiten.

Einsegnungs-Anzüge,

neueste Favours in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot
Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstrasse Nr. 141, Ecke Fruchtstrasse. 375604

Dieser Raum ist für 104 Inserate



von Apotheker A. Wurm pro Jahr gemietet.

Attest:

Herrn Apotheker A. Wurm in Darmen bezeuge ich hiermit gern, daß sein Liqueur „Magendoktor“ als ein besonders geeigneter und zweckdienlicher Hauskranken empfohlen werden kann, namentlich für Personen, deren Appetit zu wünschen übrig läßt. Wegen des hervorragenden Wohlgeschmacks wird der „Magendoktor“ gern als Anregungsmittel genossen.

D., d. 10./1. 1900.

(gez.) Dr. med. G. J., prakt. Arzt.

Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Delfischwaren- und Drogeriehandlungen abgegeben.

Ausverkauf in den Restaurationen.

Nr. 51

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

17. Jahrg.

Ziehharmonika mit Spiral-Zitter-Apparat.

Auffehen erregende Neuheit. Preis nur 5 M.

Diese Trompeten-Hornharmonika, 35 cm hoch, hat einen ganz großartig fröhlichen zehnjährigen modulationsfähigen Orgelton. Mittels des neuen Zitterapparates, welcher mit Spiralfederung versehen ist und infolge dessen einen herrlichen und lieblichen Zitterton hervorbringt, kann man die Musik selbstig zum Tremolieren oder Zittern bringen, ähnlich wie bei italienischen Drehorgeln. Dieses Instrument zeichnet sich gleich, ob Zitterapparat in oder außer Tätigkeit, durch seine sehr leichte Stimmenansprache und abersahnd schöne Klangfarbe aus. Außerdem ist dieses Instrument versehen mit 48 breiten Stimmen, 10 Tasten, garantierter unzerbrechlicher Spiral-Tastensfedern, unzerbrechlichen Vakuum- und Luftklappenfedern, extra guten Doppelschlägen, 2 Kontrabässen, 3 Registern (wie Abbildung) offener Nadelklaviatur mit Nadelstab umletzt, hochfeinen Nadelbeschlägen und Verzierungen, Metall-Holzgehäusen. Durch Massenausverkauf können wir dieses großartige Instrument nicht neuester Selbstherstellung für 5 Mark liefern. Keine Konkurrenz im ganzen Deutschen Reich ist im Stande, diese Harmonika mit unserm Spiral-Zitter-Apparat zu liefern. Schöne Instrumente mit 3 echten Registern kosten nur 6 Mark, schöne, 4 echte Register 7 1/2 Mark, schöne, 6 echte Register 11 1/2 Mark, schöne mit 4 Böden, 19 Tasten 9 1/2 Mark, mit 21 Tasten 10 Mark. Neuartiges Glodenpiel 30 Ufa, extra, Trompeten-Hornharmonika, Größe 35 cm, ohne Zitter-Apparat aber in hochfeiner Ausführung, man höre und staune, nur 4 1/2 Mark. Kaufen Sie also nicht von solchen Firmen, die wegen ihres kleinen Umlages nicht so billig liefern können. Anderweitig angebotene Instrumente zu 4,25 sind minderwertiger. Kein Risiko, wir zahlen Geld zurück, wenn dieses nicht der Wahrheit entspricht. Kaufen Sie keine Harmonika mit Zitter-Apparat, an welcher der letztere nicht mit unserer Spiralfederung versehen ist, da diese nicht den schönen Zitterton hervorbringen. Man kaufe auch keine fortwährende Tremolos, die sich gar nicht durch Registerzug abstellen lassen. Unser Zitterapparat ist der beste und weil mit Spiralfederung auch von starker Wirkung. Verpackung umsonst. Nachnahme Porto 50 Ufa. Versand gegen Nachnahme. Preisliste gratis und franco. Man bestelle nur bei der

ältesten u. grössten Neuenrader Harmonika-Fabrik von Severing & Co., Neuenrade i. W.

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass,

30 Mark hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Für 10 Mark hohelegante Beinkleider nach Mass, [3870L] guter Stoff, tadelloser Sitz! Riesenstofflager

14 Krausen-Strasse 14, 1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Hans Kayser
Südl. Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Falbe,
44. Elsasserstr. 44.
Behandlung aller Haut- u. Hornleiden ohne Berufshörung. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz. 34540*

Schultze,
Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Hals- und Hornleiden ohne Berufshörung. 3575L*
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Reserviert für

Carl Mampe

Berlin.

Einsegnungs-Anzüge 12-27 M.
Schneidermeister M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4. am 1. Kottb. Th. Streng feste Preise.
Bitte genau auf die Firma zu achten.

Möbel auf Teilzahl. Oranienstr. 181.
Contant H. & M. Lewent. Deantzen Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Horn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheit. Heilt sicher ohne Berufshörung. [34440]*
R. Wagner, Ballstraße 23, 9-2, 5-9, 11-2

Laabs
Elsasserstr. 39.
Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Verbandskarten Grundsicherung.

A. L. MOHRsche neue Margarine „MOHRA“

ist die einzige Sorte Margarine, welche grösseren Zusatz von Eigelb und Rahm enthält und daher vollständig so wohl-schmeckend ist und genau so bräunt und duftet beim Braten, wie feinste Naturbutter. Ein vergleichender Bratversuch mit Konkurrenz-Margarine und mit Butter wird die Vorzüge unserer „MOHRA“ bestätigen.

Beim Einkauf von „MOHRA“ achte man gefl. darauf, dass der Name „MOHRA“ an jedem Gebinde sichtbar ist.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, nur neue moderne Sachen. [34800]* prima Qualität 1,50 und 2.-
Die besten Arbeitshüte immer 1 Mk. nach früherer Darunterstr. 4 u. 5.
Hutfabrik-Comptoir jetzt Kaiserstrasse 25 A.